

Rechtsprechung

Hacks/Wellner/Klein/Kohake

# Schmerzensgeld- Beträge 2025

inkl. Online-Version mit juris-Rechtsprechung

43. Auflage



Schmerzensgeld  
Online



Deutscher Anwalt Verlag

**Hacks/Wellner/Klein/Kohake**

SchmerzensgeldBeträge 2025



Rechtsprechung

# Schmerzensgeld- Beträge 2025

---

43. Auflage 2025

- Über 3 000 Urteile, mit den neuesten Entscheidungen deutscher Gerichte
- Bemessungsgrundlagen
- Unfallmedizinisches Wörterbuch

RAin **Susanne Hacks** (†),  
RiBGH a.D. RA **Wolfgang Wellner**,  
RiBGH Dr. **Oliver Klein**,  
RA, FA für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht  
**Klaus Kohake**

In Zusammenarbeit mit der  
Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht des  
Deutschen Anwaltvereins



Deutscher**Anwalt**Verlag

---

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an  
**[kontakt@anwaltverlag.de](mailto:kontakt@anwaltverlag.de)**  
Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Copyright 2025 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn  
Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum  
Satz: doctronic GmbH & Co.KG, Bonn  
Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen  
ISBN 978-3-8240-1747-8

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

## Mit dieser 43. Auflage

führen die Autoren das Standardwerk für die Bemessung von Schmerzensgeld, die „Hacks-Schmerzensgeld-Tabelle“, mit aktueller und praxisgerechter Gestaltung fort. Zu den bisherigen Autoren, Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner und Richter am BGH Dr. Oliver Klein als aktivem Mitglied des dortigen VI. Zivilsenats ist Rechtsanwalt Klaus Kohake hinzugegetreten.

Der Inhalt ist mit **über 100 neuen Entscheidungen aktualisiert** worden. Das Werk enthält **insgesamt über 3.200 Entscheidungen deutscher Gerichte zum Schmerzensgeld** und **viele hier erstmals veröffentlichte aktuelle Schmerzensgeld-Urteile**.

Die **alphabetische Sortierung nach Verletzungsarten** hat sich bewährt. Um häufige Verletzungsarten (wie beispielsweise am Arm) übersichtlich darstellen zu können, sind diese in die einzelnen Bereiche (Ober-, Unterarm, Ellenbogen) unterteilt. Lebensgefährliche Mehrfachverletzungen sind in einer eigenen Kategorie „Polytraumen“ gebündelt. Außerdem können die Urteile nach dem Kriterium „mit“ bzw. „ohne immat. Vorbehalt“ recherchiert werden. Der tabellarische Aufbau des Buches bietet Ihnen den Vorteil, durch „Querlesen“ schnell die passenden Vergleichsfälle zu finden.

Auf vielfachen Wunsch haben wir am Ende der vorliegenden Auflage des Werks eine **zusätzliche Übersicht, gestaffelt nach der Höhe des Schmerzensgeldes**, mit den laufenden Nummern der Entscheidungen aufgenommen, um auch eine übergreifende Orientierung – insb. bei hohen Schmerzensgeldern – zu ermöglichen.

Ebenfalls nachgewiesen sind Entscheidungen zur **Geldentschädigung bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts**, zum **Hinterbliebenengeld** und zum immateriellen Schadensersatz wegen **Verstoßes gegen die DSGVO**. Diese wie der Schmerzensgeldanspruch auf Ausgleich immaterieller Beeinträchtigungen gerichteten Ansprüche werden in einem dem Entscheidungsteil vorangestellten **Allgemeinen Teil** ebenso praxisgerecht erörtert und eingeordnet wie der Schmerzensgeldanspruch selbst in seinen Voraussetzungen, Besonderheiten, Bemessungsgrundsätzen und verfahrensrechtlichen Problemen.

Mit unserer **Online-Lösung** ([www.schmerzensgeld.online](http://www.schmerzensgeld.online)) steht Ihnen das gesamte Spektrum an Recherchemöglichkeiten zur Verfügung – inklusive direkter Verlinkung zu den Urteilsvolltexten in der juris-Datenbank.

Unser besonderer Dank gilt wieder all denen, die durch die Einsendung interessanter Urteile zu der Aktualität dieser 43. Auflage beigetragen haben. Weil die Rechtsprechung der deutschen Gerichte in ständiger Entwicklung ist, wiederholen wir an dieser Stelle unsere Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen aus der Justiz, der Rechtsanwaltschaft und den sonstigen mit Schmerzensgeldern befassten Institutionen, den Autoren interessante neue (rechtskräftige) Urteile zu übersenden:

**Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner**  
c/o Bundesgerichtshof  
Herrenstr. 45 a  
76133 Karlsruhe  
E-Mail: [wolfgang.wellner@hotmail.de](mailto:wolfgang.wellner@hotmail.de)

**Richter am BGH Dr. Oliver Klein**  
c/o Bundesgerichtshof  
Herrenstr. 45 a  
76133 Karlsruhe

**Rechtsanwalt Klaus Kohake**  
Dr. Sandhaus und Kollegen GbR  
Konrad-Adenauer-Ring 24  
49074 Osnabrück  
E-Mail: [k.kohake@dr-sandhaus-kollegen.de](mailto:k.kohake@dr-sandhaus-kollegen.de)

Gerne können Sie Urteile, Anregungen oder Kritikpunkte auch direkt an den Verlag unter [schmerzensgeld@anwaltverlag.de](mailto:schmerzensgeld@anwaltverlag.de) richten.

Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, das Werk weiter zu perfektionieren. Dabei sind wir nicht nur für Anregungen und Kritik, sondern auch für ein positives Feedback dankbar.

Bitte unterstützen Sie uns weiter in diesem Bemühen, Ihnen mit jeder „Hacks-Tabelle“ eine zuverlässige und aktuelle Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen. Vielen Dank!

Wolfgang Wellner  
Dr. Oliver Klein  
Klaus Kohake

Deutscher Anwaltverlag

## Die Autoren

### Susanne Hacks (†)

Susanne Hacks, Volljuristin, ist die Begründerin der „SchmerzensgeldBeträge“. Sie war von 1958 bis 1974 in der Juristischen Zentrale des ADAC tätig und setzte sich engagiert für eine höhere Bemessung der Schmerzensgelder, insbesondere für schwere Verletzungen, durch deutsche Gerichte ein.

### Wolfgang Wellner

Wolfgang Wellner ist Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. und war rund 20 Jahre Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung und Persönlichkeitsrechtsverletzungen) zuständigen VI. Zivilsenats des BGH. Er ist erfahrener Dozent und Autor im Bereich des Schadensrechts, Mitherausgeber des „Freymann/Wellner, juris Praxiskommentars Straßenverkehrsrecht“, Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV), Autor der im Deutschen Anwaltverlag erschienenen Titel „BGH-Rechtsprechung zum Kfz-Sachschaden“ und „BGH-Rechtsprechung zum Personenschaden“, Mitautor im „Geigel, Der Haftpflichtprozess“, Dozent der DeutschenAnwaltAkademie und er leitete verschiedene Arbeitskreise beim Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.

### Dr. Oliver Klein

Oliver Klein ist seit dem Jahr 2016 Richter am Bundesgerichtshof. Er ist dort Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung, Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Ansprüche aus der DSGVO) zuständigen VI. Zivilsenats, zudem des Notarsenats. Dem Verkehrsrecht ist Dr. Klein auch als Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV) und über Fachvorträge verbunden; beim Deutschen Verkehrsgerichtstag hat er im Jahr 2023 einen Arbeitskreis geleitet. Dr. Klein stammt aus der baden-württembergischen Justiz, neben Abordnungen an das Bundesverfassungsgericht und an das Bundeskanzleramt war er dort vor seiner Ernennung zum Richter am Bundesgerichtshof als Staatsanwalt und als Richter am Amts-, Land- und Oberlandesgericht tätig.

### Klaus Kohake

Klaus Kohake ist als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht sowie als ADAC Anwalt tätig und hat seinen Schwerpunkt u.a. in der außergerichtlichen und gerichtlichen Regulierung von Ansprüchen Unfallgeschädigter im Sach- und im Personenbereich. Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit vertritt er bei der Durchsetzung von Ansprüchen Unfallgeschädigter sowohl die Aktiv- als auch die Passivseite. Herr Kohake wurde vom Deutschen Anwaltsverein in den Beirat eines Reha-Managementunternehmens entsandt. So begleitet er nicht nur als Anwalt, sondern auch durch diese Beiratstätigkeit intensiv den Prozess der Abwicklung von Ansprüchen schwergeschädigter Unfallopfer. Im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen ist er zudem für unterschiedliche Bildungsträger als Dozent für Rechtsanwälte tätig.

## Benutzer-Hinweise

### A. Buch

Mit der 43. Auflage erhalten Sie über 3.200 Urteile deutscher Gerichte, die **nach Verletzungsarten in einer übersichtlichen Tabelle** aufgeschlüsselt nach Betrag, Verletzung, Behandlung, Verletzten, Dauerschaden, besonderen Umständen sowie Urteil mit Aktenzeichen aufbereitet wurden. In der Einführung, dem **Allgemeinen Teil**, werden die Grundsätze für die Bemessung von Schmerzensgeld, materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs und Verfahrensfragen erläutert. In einer separaten Übersicht finden Sie zum einen eine Zusammenstellung der Urteile, die eine **Schmerzensgeldrente** ausurteilen sowie eine Auflistung der Urteile, die einen **immateriellen Vorbehalt** (= Feststellung) zusprechen. Abschließend vermittelt Ihnen das unfallmedizinische Wörterbuch das notwendige Know-how, um die medizinischen Fachbegriffe in den richtigen Kontext einordnen zu können.

Technische Notwendigkeiten haben dazu geführt, dass wir ab der 41. Auflage alle Urteile mit einer Festnummerierung versehen. Dies bedeutet, dass sich die Urteilsnummerierung ab der 41. Auflage nicht mehr von Auflage zu Auflage ändern wird. Ein neues Verzeichnis unmittelbar vor dem Urteilsteil ermöglicht zudem, die jeweilige Seitenzahl zu den Urteilsnummern nachzuschlagen.

### B. [www.schmerzensgeld.online](http://www.schmerzensgeld.online)

Nutzen Sie auch unsere ständig optimierte Online-Lösung ([www.schmerzensgeld.online](http://www.schmerzensgeld.online)) der SchmerzensgeldBeträge! Mit dieser Weblösung verschaffen Sie sich von überall und jederzeit einen Zugriff auf die Schmerzensgeldtabelle!

In unserer Online-Lösung ([www.schmerzensgeld.online](http://www.schmerzensgeld.online)) erhalten Sie noch mehr Urteile!

Urteile, die nicht mehr im Buch abgedruckt sind, finden Sie in unserer neuen Online-Lösung – hier haben wir **mehr als 5.000 Urteile für Sie aufbereitet**.

Nutzen Sie die Möglichkeit durch Verknüpfung unterschiedlicher Suchfunktionen die Suche Ihren spezifischen Bedürfnissen anzupassen. Mit der Suchfunktion haben Sie insbesondere auch hier die Möglichkeit, Schmerzensgeldbeträge nach multiplen Verletzungsarten aufzufinden und sich einen Überblick bzgl. der Bezifferung des Schmerzensgelds zu verschaffen. Oder lassen Sie sich alle Urteile eines bestimmten Spruchkörpers zu einer Verletzungsfolge anzeigen – das alles ist mit der intelligenten Suchfunktion möglich. Auch besteht die Möglichkeit, nach Urteilen mit bzw. ohne immateriellen Vorbehalt zu suchen. Durch die Verlinkung mit der juris-Rechtsprechungsdatenbank haben Sie überdies direkten Zugriff auf die dort vorhandenen Volltexte der Urteile.

Alles, was Sie hierfür tun müssen: Registrieren Sie sich mit Ihrer E-Mailadresse und einem selbst gewählten Passwort unter [www.schmerzensgeld.online/registrierung](http://www.schmerzensgeld.online/registrierung). Nachdem Sie die Registrierung bestätigt haben, können Sie sich unter [www.schmerzensgeld.online](http://www.schmerzensgeld.online) einloggen und mit dem im Buch enthaltenen Freischaltcode für Schmerzensgeld Online freischalten. Ab Freischaltung können Sie Schmerzensgeld Online 365 Tage nutzen.

Bearbeitungsstand dieser Auflage ist Ende August 2024.

# Inhalt

Literaturverzeichnis .....	9	b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil .....	25
Abkürzungsverzeichnis .....	9	c) Adhäsionsverfahren .....	25
<b>A. Allgemeiner Teil</b> .....	<b>11</b>	d) Berufung und Revision .....	25
<b>I. Schmerzensgeldanspruch</b> .....	<b>11</b>	e) Streitwert .....	26
1. Begriff .....	11	f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen .....	26
2. Funktion .....	11	g) Abfindungsvergleich .....	26
a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55 .....	11	<b>II. Entschädigung für immaterielle Schäden außer- halb des Schmerzensgeldes</b> .....	<b>27</b>
b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16 .....	11	1. Überblick .....	27
3. Gesetzliche Regelungen .....	11	2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemei- nen Persönlichkeitsrechts .....	27
4. Voraussetzungen .....	12	a) Rechtsgrundlagen .....	27
a) Geschützte Rechtsgüter .....	12	b) Funktion .....	28
aa) Körper und Gesundheit .....	12	c) Voraussetzungen .....	28
bb) Freiheit .....	12	d) Höhe .....	28
cc) Sexuelle Selbstbestimmung .....	13	e) Sonstiges .....	29
b) Schaden .....	13	f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts? .....	29
c) Voraussetzungen der Haftungsnorm .....	13	3. Hinterbliebenengeld .....	29
5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzens- geldanspruchs .....	13	a) Grundsätzliches .....	29
a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit .....	13	b) Voraussetzungen .....	29
b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs .....	13	c) Höhe .....	29
aa) Mitverschulden .....	13	d) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	30
bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr .....	14	aa) Verhältnis zum Schockschaden .....	30
cc) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII) .....	14	bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungs- recht .....	30
dd) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen .....	15	4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO .....	30
c) Verjährungsfragen .....	15	a) Grundsätzliches .....	30
d) Verkehrsofferhilfe (§ 12 PflVG) .....	15	b) Voraussetzungen .....	31
6. Bemessung des Schmerzensgeldes .....	16	aa) Verstoß gegen die DSGVO .....	31
a) Grundsätzliches .....	16	bb) Schaden .....	31
b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“ .....	17	cc) Kausalzusammenhang .....	32
c) Vergleichsentscheidungen und Zeitablauf .....	17	c) Höhe .....	32
aa) Allgemeine Geldentwertung .....	17	<b>B. Entscheidungen deutscher Gerichte</b> .....	<b>33</b>
bb) Sonstiges .....	18	<b>Verzeichnis der Urteile</b> .....	<b>35</b>
d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen .....	18	<b>I. Zusammenstellung nach Art der Verletzungen</b> ....	<b>47</b>
aa) Ausgleichsfunktion .....	18	<b>II. Häufige Verletzungsarten</b> .....	<b>581</b>
bb) Genugtuungsfunktion .....	21	<b>III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungs- ursachen und Verletzungsfolgen</b> .....	<b>588</b>
e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei gering- fügigen Verletzungen .....	22	<b>IV. Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente</b> .....	<b>971</b>
f) Kapitalabfindung oder Rente? .....	22	<b>V. Kapitalabfindung mit immateriellem Vorbehalt</b> .....	<b>975</b>
7. Besteuerung des Schmerzensgeldes .....	23	<b>VI. Zusammenstellung nach der Höhe des Schmerzensgeldes</b> .....	<b>985</b>
8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes .....	23	<b>C. Unfallmedizinisches Wörterbuch</b> .....	<b>987</b>
a) Sozialrecht .....	23		
b) Bürgerliches Recht .....	23		
c) Sonstiges .....	24		
9. Verfahrensfragen .....	24		
a) Klageantrag .....	24		
aa) Unbestimmter Leistungsantrag .....	24		
bb) Schmerzensgeldrente .....	24		
cc) Erfasste Verletzungsfolgen .....	25		
dd) Teilklage .....	25		
ee) Feststellungsantrag .....	25		





# Literaturverzeichnis

## Bücher

- Ahrens/Spickhoff**, Deliktsrecht, 2022, C.H. Beck Verlag  
**Bieritz-Harder/Conradis/Thie**, Sozialgesetzbuch XII, 13. Auflage 2024, Nomos Verlag  
**Cantler**, Asylbewerberleistungsgesetz, 2019, Nomos Verlag  
**Geigel**, Der Haftpflichtprozess, 29. Auflage 2024, C.H. Beck Verlag  
**Grüneberg (vormals Palandt)**, Bürgerliches Gesetzbuch, 83. Auflage 2024, C.H. Beck Verlag  
**Gsell/Krüger/Lorenz/Reymann**, beck-online-Großkommentar zum Zivilrecht (BeckOGK), 2024, C.H. Beck Verlag  
**Huber/Kadner Graziano/Luckey**, Hinterbliebenengeld, 2018, Nomos Verlag  
**Rolfs/Giesen/Meßling/Udsching**, BeckOK Sozialrecht, 2024, C.H. Beck Verlag  
**Säcker/Rixecker/Oetker/Limberg**, Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 9. Auflage 2021, C.H. Beck Verlag  
**Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi**, Handbuch Schmerzensgeld, 2. Auflage 2020, Reguvis Verlag  
**Vorwerk/Wolf**, BeckOK-ZPO, 2024, C.H. Beck Verlag

## Zeitschriften

- Almeroth**, Abfindung von Personenschäden nach Verkehrsunfällen und anderen Schadensereignissen, NJW 2024, 1457

- Berger**, Tendenzen bei der Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 1977, 877  
**von Gerlach**, Die prozessuale Behandlung von Schmerzensgeldansprüchen, VersR 2000, 525  
**Gietl/Amberger**, Menschenrechtliche Herausforderungen für das deutsche Staatshaftungsrecht, NJW 2023, 3468  
**Götting**, Die „Kohl-Protokolle“ – Eine Abrechnung, GRUR 2022, 369  
**Gsell**, Anmerkung zu BGH, Teilurt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 871  
**Hager**, Postmortales Persönlichkeitsrecht, JA 2022, 338  
**Jaeger**, Einfluss der Niedrigzinsphase auf die Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 2019, 577  
**Jansen**, Das Hinterbliebenengeld als kleines Schmerzensgeld?, JZ 2024, 64  
**Lang/Bucka**, Das neue Hinterbliebenengeld – Erste Praxiserfahrungen und gerichtliche Entscheidungen, DAR 2020, 445  
**Lang/Nugel**, Sechs Jahre Hinterbliebenengeld – ein erstes Fazit aus der Praxis, VersR 2023, 1416  
**Müller**, Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld, VersR 2017, 321  
**Staudinger**, Gedankensplitter zu § 844 Abs. 3 BGB, DAR 2019, 601  
**Wellner**, Anmerkung zu OLG Brandenburg, Urt. v. 16.4.2019 – 3 U 8/18, DAR 2020, 26

# Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht		
a.a.O.	am angegebenen Ort	BFH	Bundesfinanzhof
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz	BGBI	Bundesgesetzblatt
a.E.	am Ende	BGH	Bundesgerichtshof
a.F.	alte Fassung	BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
AG	Amtsgericht	BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	BMF	Bundesministerium der Finanzen
a.M.	anderer Meinung	BMJ	Bundesministerium der Justiz
AMG	Arzneimittelgesetz	BR-Drucks	Bundesratsdrucksache
Anm.	Anmerkung	BSHG	Bundessozialhilfegesetz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz	Bspr	Besprechung
AtomG	Atomgesetz	BStBl	Bundessteuerblatt
AU	Arbeitsunfähigkeit	BT-Drucks	Bundestagsdrucksache
Aufl.	Auflage	BVerfG	Bundesverfassungsgericht
Az.	Aktenzeichen	BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BAföGVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	BW	Brustwirbel
BAG	Bundesarbeitsgericht	BWK	Brustwirbelkörper
BAK	Blutalkoholkonzentration	BWS	Brustwirbelsäule
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	bzw.	beziehungsweise
BB	Betriebsberater	cm	Zentimeter
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz	DAR	Deutsches Autorecht
Beschl.	Beschluss		

dB	Dezibel	NJWE-VHR	Entscheidungsdienst Versicherungs-/Haftungsrecht
DEVK	Deutsche Eisenbahnversicherungskasse	NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
DM	Deutsche Mark	Nr.	Nummer
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung	NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
Ed.	Edition	NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
EEG	Elektroenzephalogramm	NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
EGBG	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	OLG	Oberlandesgericht
EKG	Elektrokardiogramm	OP	Operation
EMG	Elektromyographie	OSG	Oberes Sprunggelenk
ErwG	Erwägungsgrund	PflichtversG	Pflichtversicherungsgesetz
ESTG	Einkommensteuergesetz	PKH	Prozesskostenhilfe
etc.	et cetera	ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof	r+s	Recht und Schaden
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	RefE	Referentenentwurf
f., ff.	folgende, fortfolgende	RG	Rahmengesetz Reichsgericht Reichsgesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
FGO	Finanzgerichtsordnung	Rn	Randnummer
GdB	Grad der Behinderung	RVO	Reichsversicherungsordnung
GenTG	Gentechnikgesetz	S.	Satz
GG	Grundgesetz	SGB	Sozialgesetzbuch
ggf.	gegebenenfalls	SGG	Sozialgerichtsgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)	SHT	Sozialhilfeträger
GSZ	Großer Senat für Zivilsachen beim Bundesgerichtshof	sog.	sogenanntes
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz	SP	Schaden-Praxis (Zeitschrift)
HaftPflG	Haftpflchtgesetz	StGB	Strafgesetzbuch
HDI	Haftpflchtverband der Deutschen Industrie	StPO	Strafprozessordnung
HW	Halswirbel	StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
HWK	Halswirbelkörper	StVG	Straßenverkehrsgesetz
HWS	Halswirbelsäule	SVR	Straßenverkehrsrecht – Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen
insb.	insbesondere	SZ	Süddeutsche Zeitung
i.S.	im Sinne	UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
i.V.m.	in Verbindung mit	UrhG	Urheberrechtsgesetz
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)	Urt.	Urteil
JZ	Juristenzeitung	v.	vom
Kap.	Kapitel	VerkMitt	Verkehrsrechtliche Mitteilungen
KG	Kammergericht Berlin	VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
Kl.	Kläger/Klägerin	vgl.	vergleiche
KunstUrhG	Kunsturhebergesetz	VO	Verordnung
KVR	Kraftverkehrsrecht von A–Z	VRS	Verkehrsrechtsammlung
LAG	Landesarbeitsgericht	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
lfd.	laufende	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
LG	Landgericht	VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
LuftVG	Luftverkehrsgesetz	WK	Wirbelkörper
LW	Lendenwirbel	WoGG	Wohngeldgesetz
LWK	Lendenwirbelkörper	WS	Wirbelsäule
LWS	Lendenwirbelsäule	zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen	ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit	ZPO	Zivilprozessordnung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht	z.V.b.	zur Veröffentlichung bestimmt
n.F.	neue Fassung	z.Z., zzt.	zurzeit
NJW	Neue Juristische Wochenschrift		

# A. Allgemeiner Teil

## I. Schmerzensgeldanspruch

### 1. Begriff

Nicht nur umgangssprachlich wird häufig jede Art des materiellen Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen als Schmerzensgeld bezeichnet. Besonders glücklich ist das nicht. Denn ein derartiges Verständnis des Begriffs des Schmerzensgeldes verdeckt, dass sich die einzelnen Ansprüche auf Ersatz immaterieller Beeinträchtigungen zum Teil nicht unerheblich voneinander unterscheiden. Der unscharfe Blick vermittelt mitunter den Eindruck von Gerechtigkeitsdefiziten, der sich bei genauem Hinsehen oft nicht bestätigt. Erinnerung sei an dieser Stelle an die immer wieder zu hörende Klage, in Deutschland sei das Schmerzensgeld für Körper- und Gesundheitsschäden im Vergleich zum „Schmerzensgeld“ für Persönlichkeitsrechtsverletzungen unangemessen niedrig.

Im Folgenden soll der Begriff des Schmerzensgeldes deshalb nur für die **(Geld-)Leistung** verwendet werden, für die der Gesetzgeber den Begriff in der gesetzlichen Überschrift zu **§ 847 BGB**<sup>1</sup> einst selbst gebraucht hat, nämlich den heute insb. in **§ 253 Abs. 2 BGB** und parallel hierzu in zahlreichen **Spezialgesetzen** (vgl. nachfolgend unter 3.) geregelten Ersatz von immateriellen Schäden in Fällen der **Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung**. Andere Fälle des Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen (hierzu nachfolgend unter II.), allen voran die **Entschädigung bei schweren Persönlichkeitsrechtsverletzungen** oder das sog. **Hinterbliebenengeld** nach § 844 Abs. 3 BGB, haben mit dem Schmerzensgeld in diesem Sinne unmittelbar nichts (mehr) zu tun.

### 2. Funktion

Die Frage nach der Funktion des Schmerzensgeldes führt direkt zu den beiden großen **Leitentscheidungen** des BGH aus diesem Bereich: dem Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955<sup>2</sup> und dem Beschluss der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016.<sup>3</sup>

#### a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55

Im Jahr 1955 hatte der VI. Zivilsenat des BGH dem Großen Senat für Zivilsachen die Frage vorgelegt, ob bei der **Bemessung der Höhe einer billigen Entschädigung in Geld** nach § 847 BGB „alle Umstände, also auch die Vermögensverhältnisse und der Grad des Verschuldens des Verpflichteten“ zu berücksichtigen seien. Der Große Senat für Zivilsachen hat dies mit folgendem Tenor bejaht: „Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 847 BGB können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden, darunter auch der Grad des Verschuldens des Verpflichteten und die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Teile. Dabei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit der Verpflichtete durch eine Haftpflichtversicherung oder einen Ausgleichsanspruch Ersatz seiner Leistung findet.“

Für die Funktion des Schmerzensgeldes interessanter als der Tenor ist allerdings der vom Großen Senat für Zivilsachen for-

mulierte **erste Leitsatz** zu dieser Entscheidung. Er lautet: „Der Anspruch auf Schmerzensgeld nach § 847 BGB ist kein gewöhnlicher Schadensersatzanspruch, sondern ein Anspruch eigener Art mit einer doppelten Funktion: Er soll dem Geschädigten einen angemessenen Ausgleich für diejenigen Schäden bieten, die nicht vermögensrechtlicher Art sind, und zugleich dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten Genugtuung schuldet für das, was er ihm angetan hat.“

Das Schmerzensgeld hat demnach eine **Doppelfunktion**: Zum einen dient es – und zwar in erster Linie<sup>4</sup> – der Entschädigung des Verletzten, also dem **Ausgleich** der vom Verletzten erlittenen Beeinträchtigung. Weil der Schädiger dem Geschädigten das Leben schwer gemacht hat, soll er durch seine Leistung dazu beitragen, es ihm im Rahmen des Möglichen wieder leichter zu machen.<sup>5</sup> Zum anderen soll das Schmerzensgeld aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten für das, was er ihm angetan hat, **Genugtuung** oder – auch diesen Begriff verwendet der Große Senat für Zivilsachen im Jahr 1955<sup>6</sup> – „Buße“ schuldet. Begründet wird dies mit den **rechtsgeschichtlichen Wurzeln des Schmerzensgeldes** im Strafrecht, auch wenn den modernen schadensrechtlichen Ansprüchen aus unerlaubter Handlung ein unmittelbarer Strafcharakter natürlich nicht mehr zukommt. Die Doppelfunktion des Schmerzensgeldes ist – auch das wird im Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen deutlich<sup>7</sup> – nicht nur dogmatische Spielerei: Sie hat ganz konkrete Auswirkungen auf die bei der Schmerzensgeldbemessung im Einzelfall maßgeblichen Faktoren (siehe hierzu nachfolgend unter 6.).

#### b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16

Mit ihrer Entscheidung vom 16.9.2016<sup>8</sup> haben die Vereinigten Großen Senate des BGH diese Grundsätze bestätigt. Angerufen worden waren sie vom 2. Strafsenat, der sich in zwei strafrechtlichen Revisionsverfahren mit Adhäsionsentscheidungen konfrontiert sah und der Auffassung war, es komme bei der Schmerzensgeldbemessung entgegen der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung weder auf die Vermögensverhältnisse des Geschädigten an, noch dürften die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers berücksichtigt werden. Die von ihm deshalb – u.a. – gestellte Vorlagefrage „*Dürfen bei der Bemessung der billigen Entschädigung in Geld (§ 253 Abs. 2 BGB) die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten berücksichtigt werden?*“ haben die Vereinigten Großen Senate wie folgt beantwortet: „Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 253 Abs. 2 BGB (§ 847 BGB a.F.) können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten können dabei nicht von vornherein ausgeschlossen werden.“

Zur Begründung haben sich die Vereinigten Großen Senate auch auf die oben dargestellte **Doppelfunktion** des Schmerzensgeldes gestützt.

### 3. Gesetzliche Regelungen

Mehr als 100 Jahre war das Schmerzensgeld in § 847 BGB geregelt. Mit dem Inkrafttreten des **2. Schadensrechtsände-**

<sup>1</sup> In der vom 1.1.2002 bis zum 31.7.2002 geltenden Fassung.

<sup>2</sup> GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

<sup>3</sup> VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

<sup>4</sup> BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (154).

<sup>5</sup> So BGH, a.a.O.

<sup>6</sup> BGH, a.a.O. (155).

<sup>7</sup> BGH, a.a.O. (154 ff.).

<sup>8</sup> BGHZ 212, 48.

**rungsgesetzes**<sup>9</sup> zum 1.8.2002 hat sich das geändert. Nunmehr ist § 253 Abs. 2 BGB die zentrale Norm. Zudem finden sich in vielen **Spezialgesetzen** entsprechende Vorschriften, etwa in § 11 S. 2 StVG, § 6 S. 2 HaftPflG, § 36 S. 2 LuftVG, § 32 Abs. 5 S. 2 GenTG, § 8 S. 2 ProdHaftG, § 13 S. 2 UmweltHG oder § 29 Abs. 2 AtomG. Konkrete Folge dieser Gesetzesänderung ist eine nicht unerhebliche Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Schmerzensgeldes: Schmerzensgeld gibt es nicht mehr nur im Falle – regelmäßig **schuldhafter – unerlaubter Handlungen** i.S.d. §§ 823 ff. BGB, sondern auch im Falle von **Vertragsverletzungen** und im Rahmen der **Gefährdungshaftung**. Besondere praktische Auswirkungen hat dies natürlich für den Bereich des **Verkehrshaftpflichtrechts** (§ 11 S. 2 StVG). Aber etwa auch im **Arzthaftungsrecht** sind die Konsequenzen der Neuregelung spürbar: Für einen Schmerzensgeldanspruch des Patienten gegen den Krankenhausträger kommt es nun nicht mehr darauf an, dass der schuldhaft handelnde Arzt Organ bzw. Repräsentant des Krankenhausträgers i.S.d. § 31 BGB ist oder jedenfalls die Voraussetzungen des § 831 BGB gegeben sind; der Krankenhausträger haftet dem Patienten nun schon aus §§ 280, 630a ff. BGB auf Schmerzensgeld, wobei ihm das Verschulden des für ihn tätigen Arztes ohne Weiteres gem. § 278 BGB zuzurechnen ist. Im Jahr 2017 hat die Rechtsprechung den Schmerzensgeldanspruch im Rahmen der **Staatshaftung** ausgedehnt und darauf erkannt, dass der **allgemeine Aufopferungsanspruch** wegen eines hoheitlichen Eingriffs in die körperliche Unversehrtheit nicht auf den Ersatz materieller Schäden begrenzt ist, sondern auch nichtvermögensrechtliche Nachteile des Betroffenen umfasst.<sup>10</sup>

#### 4. Voraussetzungen

##### a) Geschützte Rechtsgüter

Nach § 253 Abs. 2 BGB kann Schmerzensgeld (nur) wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung gefordert werden.

##### aa) Körper und Gesundheit

In erster Linie wird die körperliche Unversehrtheit gegen jedwede unangemessene Einwirkung oder Behandlung geschützt, die zu einer nicht völlig unerheblichen Verletzung führt. Der Begriff der **Körperverletzung** ist dabei weit auszulegen. Er umfasst jeden unbefugten, nicht von einer Einwilligung des Rechtsträgers gedeckten Eingriff in die Integrität der körperlichen Befindlichkeit.<sup>11</sup>

Geschützt wird weiter vor **Gesundheitsbeschädigungen**. Darunter fällt jedes Hervorrufen oder Steigern eines von den normalen körperlichen Funktionen nachteilig abweichenden, wenn auch nur vorübergehenden Zustands.<sup>12</sup> Eine Gesundheitsbeschädigung in diesem Sinne kann auch ohne die unmittelbare körperliche Misshandlung, z.B. durch Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit, durch Beibringung von Gift, als Unfallshock in Form einer posttraumatischen Belastungsstörung oder einer anderen psychischen Störung von Krankheitswert<sup>13</sup> wie auch als (pathologische) psychische Beeinträchtigung wegen des Unfalltodes oder schwerster Verletzungen nächs-

ter Angehöriger (sog. **Schockschaden**)<sup>14</sup> eintreten. Die zum Schockschaden entwickelten Grundsätze sind dabei nach Auffassung des BGH auch in dem Fall anzuwenden, in dem das haftungsbegründende Ereignis kein Unfallereignis im eigentlichen Sinne, sondern eine fehlerhafte ärztliche Behandlung des Angehörigen<sup>15</sup> oder etwa die Kenntniserlangung vom sexuellen Missbrauch des eigenen Kindes durch einen Dritten<sup>16</sup> ist. Auch der Verlust einer zur Aufbewahrung übergebenen Zahnprothese kann eine Gesundheitsbeschädigung bzw. Körperverletzung zur Folge haben und deshalb einen Schmerzensgeldanspruch begründen, wenn der Verlust zu gesundheitlichen Folgen wie etwa zu Einschränkungen und Schmerzen bei der Nahrungsaufnahme führt oder eine erneute zahnärztliche Behandlung notwendig macht.<sup>17</sup>

##### bb) Freiheit

Freiheit meint allein die **körperliche Bewegungsfreiheit**. Zu beachten ist, dass § 253 Abs. 2 BGB – anders als früher § 847 BGB a.F. – für den Schmerzensgeldanspruch keine Freiheitsentziehung mehr verlangt, sondern auch unterhalb dieser Schwelle liegende Beeinträchtigungen der körperlichen Bewegungsfreiheit ausreichen lässt.<sup>18</sup>

Eine im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB **relevante Freiheitsbeeinträchtigung** kann sich etwa aus einer rechtswidrigen Inhaftierung,<sup>19</sup> behördlichen<sup>20</sup> oder sonstigen Unterbringung<sup>21</sup> oder einer zu Unrecht erfolgenden – auch kurzfristigen – Ingewahrsamnahme<sup>22</sup> ergeben. Dabei kann es ausreichen, dass sich die Inhaftierung/Unterbringung/Ingewahrsamnahme nur formell als rechtswidrig darstellt.<sup>23</sup> Auch Fixierungen – etwa eines Patienten am Krankenbett – stellen Beeinträchtigungen der Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB dar; auch sie können deshalb zu Schmerzensgeldansprüchen führen.<sup>24</sup> Wer vom Kaufhausdetektiv zu Unrecht des Diebstahls verdächtigt und deshalb – wenn auch nur kurz<sup>25</sup> – am Weggehen gehindert wird, wird in seiner Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB ebenfalls beeinträchtigt.<sup>26</sup> Auch Verkehrsblockaden wurden im Einzelfall schon als schmerzensgeldbegründende Freiheitsbeschränkungen gewertet.<sup>27</sup>

Häufig wird die Freiheitsbeeinträchtigung von der Verletzung anderer von § 253 BGB erfasster Rechtsgüter begleitet, etwa im Falle von Sexualdelikten.

<sup>14</sup> Vgl. etwa BGH, Ur. v. 27.1.2015 – VI ZR 548/12, DAR 2015, 200; v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590.

<sup>15</sup> BGH, Ur. v. 21.5.2019 – VI ZR 299/17, BGHZ 222, 125.

<sup>16</sup> BGH, Ur. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983.

<sup>17</sup> AG Nürnberg, Ur. v. 23.6.2021 – 19 C 867/21, juris Rn 33.

<sup>18</sup> BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2022, § 253 Rn 38.

<sup>19</sup> Vgl. OLG Hamm, Beschl. v. 16.12.2020 – 11 W 67/20, NJW-RR 2021, 535.

<sup>20</sup> Vgl. OLG Karlsruhe, Ur. v. 12.11.2015 – 9 U 78/11, VersR 2016, 254 (255 ff.).

<sup>21</sup> Vgl. OLG Hamm, Ur. v. 9.1.2001 – 29 U 56/00, FamRZ 2001, 861 (863).

<sup>22</sup> Vgl. OLG Koblenz, Beschl. v. 7.3.2018 – 1 U 1025/17, juris.

<sup>23</sup> BGH, Beschl. v. 1.8.2007 – III ZR 284/06, juris Rn 4 f.; OLG Bremen, Ur. v. 18.8.2006 – 1 U 34/06, juris Rn 13 ff.

<sup>24</sup> Vgl. OLG Frankfurt, Ur. v. 16.7.2018 – 8 U 59/18, juris, insb. Rn 85 ff.

<sup>25</sup> Sehr weitgehend AG Regensburg, Ur. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402.

<sup>26</sup> AG Regensburg, Ur. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402; AG Osnabrück, Ur. v. 21.11.1988 – 40 C 269/88, NJW-RR 1989, 476.

<sup>27</sup> LG Frankfurt/M., Ur. v. 17.9.1984 – 2/24 S 362/82, NJW 1985, 201.

<sup>9</sup> BGBl I 2002, 2674.

<sup>10</sup> BGH, Ur. v. 7.9.2017 – III ZR 71/17, BGHZ 215, 335.

<sup>11</sup> BGH, Ur. v. 17.9.2013 – VI ZR 95/13, VersR 2013, 1406 Rn 12, m.w.N.

<sup>12</sup> Vgl. nur BGH, Ur. v. 14.6.2005 – VI ZR 179/04, VersR 2005, 1238, juris Rn 9; v. 21.6.1960 – 1 StR 186/60, NJW 1960, 2253.

<sup>13</sup> Vgl. nur BGH, Ur. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8, m.w.N.

### cc) Sexuelle Selbstbestimmung

Schließlich kommt nach § 253 Abs. 2 BGB auch bei der Verletzung der **sexuellen Selbstbestimmung** ein Schmerzensgeldanspruch in Betracht. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gewährleistet das Recht jedes Einzelnen, frei über seine Sexualität zu bestimmen.<sup>28</sup> Dementsprechend kann ein Schmerzensgeldanspruch insb. in den Fällen der §§ 174 ff. StGB (einschließlich des sog. „Stealthings“)<sup>29</sup> oder des § 825 BGB gegeben sein. In jüngerer Zeit sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch Fälle des sexuellen Missbrauchs durch Priester der katholischen Kirche in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, wobei neben Ansprüchen gegen die Täter selbst auch Ansprüche gegen die Kirche bzw. das zuständige Bistum – etwa unter dem Gesichtspunkt des Organisationsverschuldens und des Unterlassens – in Betracht kommen.<sup>30</sup>

Keine Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung liegt vor, wenn allein die tatsächliche Möglichkeit, die eigene Sexualität auszuleben, beschränkt wird; so hat etwa eine Frau im Falle einer zur Impotenz führenden Verletzung ihres Ehemannes unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung keinen eigenen Schmerzensgeldanspruch gegen den Schädiger ihres Ehemannes.<sup>31</sup>

### b) Schaden

Auch das Schmerzensgeld dient dem Ersatz eines – wenn auch immateriellen – Schadens. Voraussetzung ist deshalb auch hier das Vorliegen eines solchen Schadens. In aller Regel ist das völlig unproblematisch: Geht es dem Verletzten infolge des Verhaltens des Schädigers etwa aufgrund von **Schmerzen oder psychischen Beeinträchtigungen** – wenn auch nur vorübergehend – schlechter als es ihm ohne dieses Verhalten gegangen wäre, liegt ein solcher (immaterieller) Schaden ohne Weiteres vor.

Dass die Frage des Schadens in Ausnahmefällen bei der Prüfung von Schmerzensgeldansprüchen Schwierigkeiten bereiten kann, zeigt das Urteil des BGH vom 2.4.2019 (VI ZR 13/18, „Weiterleben als Schaden“).<sup>32</sup> Danach kommt ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB mangels Schadens nicht in Betracht, wenn die angebliche Schädigungshandlung die Fortführung lebenserhaltender Maßnahmen darstellen und der (immaterielle) Schaden darin liegen soll, dass der Verletzte, anstatt sofort sterben zu dürfen, (auch mit Schmerzen) weiterleben muss. Allerdings hat der BGH in der genannten Entscheidung – was häufig übersehen wird – einen Geldentschädigungsanspruch des Patienten wegen Verletzung seines Selbstbestimmungsrechts nicht ausgeschlossen; ein solcher Anspruch setzt freilich die positive Feststellung eines gegen die lebensverlängernden Maßnahmen gerichteten Willens des Patienten voraus.<sup>33</sup>

### c) Voraussetzungen der Haftungsnorm

Schon aus dem Wortlaut der Vorschrift („Ist wegen [...] Schadensersatz zu leisten, kann auch [...]“) ergibt sich, dass § 253 Abs. 2 BGB **keine eigenständige Anspruchsgrundlage** darstellt. Vielmehr bestimmt sie – ebenso wie ihre „kleinen Schwestern“ in den Spezialgesetzen – allein den Umfang des bei gegebener Schadensersatzpflicht zu ersetzenden Schadens. Vor die Prüfung der Voraussetzungen des § 253 Abs. 2 BGB hat der Gesetzgeber somit die Prüfung und Bejahung der Voraussetzungen einer Anspruchsgrundlage gesetzt. Folglich schlagen Beschränkungen und Besonderheiten der jeweiligen Anspruchsgrundlage voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch. Im für das Schmerzensgeld besonders relevanten Bereich des Straßenverkehrsrechts bedeutet dies etwa:

- Gegenüber verletzten Personen, die nicht nach dem Straßenverkehrsrecht haften (etwa Fußgänger und Radfahrer), kommt ein – auch den Schmerzensgeldanspruch erfassender – **Haftungsausschluss** für Halter und Haftpflichtversicherer eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers nur dann in Betracht, wenn der Unfall durch „höhere Gewalt“ verursacht worden ist (§ 7 Abs. 2 StVG).
- Haften sowohl Schädiger und Geschädigter für die **Betriebsgefahr** der beteiligten Kraftfahrzeuge (oder Anhänger), scheidet Schmerzensgeldansprüche grds. gegenüber demjenigen aus, für den sich der Unfall als unabwendbares Ereignis darstellt (§§ 17 Abs. 3, 19 Abs. 3 StVG).
- Nach § 828 Abs. 2 S. 1 BGB sind Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug **haftungsprivilegiert**. Werden sie bei einem solchen Unfall verletzt, haben sie sich auch bei der Schmerzensgeldbemessung kein Mitverschulden anrechnen zu lassen. Der sich aus § 828 Abs. 2 S. 1 BGB ergebende Schutz des verunfallten Kindes entfällt allerdings nach höchstrichterlicher Rechtsprechung, wenn der andere Unfallbeteiligte darlegt und gegebenenfalls beweist, dass sich im Unfall keine typische Überforderungssituation des Kindes durch die spezifischen Gefahren des motorisierten Verkehrs realisiert hat.<sup>34</sup>

## 5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs

### a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit

Der Schmerzensgeldanspruch kann **frei übertragen** (und damit gepfändet, § 851 Abs. 1 ZPO) werden und ist **uneingeschränkt vererblich**. Es ist nicht erforderlich, dass der Erblasser noch zu seinen Lebzeiten seinen Willen bekundet hat, Schmerzensgeld zu fordern. § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss, ist bereits mit Wirkung zum 1.7.1990 und damit lange vor Erlass des 2. Schadensrechtsänderungsgesetzes im Jahr 2002<sup>35</sup> aufgehoben worden.<sup>36</sup>

### b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs

#### aa) Mitverschulden

Der Verletzte muss sich auch auf seinen Schmerzensgeldanspruch ein etwaiges **Mitverschulden** i.S.v. § 254 BGB **anrechnen** lassen. Wie der Anspruch auf den Ersatz materieller Schäden wurde hierfür zunächst auch der Schmerzensgeldanspruch um die Quote des Mitverschuldens des Verletzten gekürzt. Gegen diese Verfahrensweise wurde eingewandt, sie passe nicht zur im Rahmen der Schmerzensgeldbemessung grds. ange-

<sup>28</sup> Vgl. OLG Köln, Urte. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

<sup>29</sup> Vgl. BGH, Beschl. v. 13.12.2022 – 3 StR 372/22, NJW 2023, 701: Gegen den erkennbaren Willen des Sexualpartners heimlich ohne Kondom ausgeführter Geschlechtsverkehr.

<sup>30</sup> LG Köln, Urte. v. 13.6.2023 – 5 O 197/22, NJW 2023, 2496: Schmerzensgeld von 300.000 € für jahrelangen schweren Missbrauch eines Messdieners.

<sup>31</sup> Vgl. OLG Köln, Urte. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

<sup>32</sup> BGHZ 221, 352; Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers nicht zur Entscheidung angenommen durch BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, NJW 2023, 356.

<sup>33</sup> BGH, Urte. v. 2.4.2019 – VI ZR 13/18, BGHZ 221, 352 Rn 23; vgl. hierzu nachfolgend unter II. 2 f).

<sup>34</sup> BGH, Urte. v. 30.6.2009 – VI ZR 310/08, BGHZ 181, 368 Rn 7 ff.

<sup>35</sup> BGBl I 2002, 2674.

<sup>36</sup> BGBl I 1990, 428.

zeigten **Gesamtbetrachtung**. Der BGH teilt diese Einschätzung.<sup>37</sup>

Jedenfalls im **theoretischen Ansatz** wird deshalb heutzutage im Falle mitwirkenden Verschuldens des Verletzten nicht etwa ein angemessenes Schmerzensgeld ohne Mitverschulden, das dann um die Mitverschuldensquote gekürzt wird, bestimmt. Vielmehr ist von vornherein ein Schmerzensgeld zuzubilligen, das unter Berücksichtigung des Mithaftungsanteils angemessen ist. Das Verschulden ist also nur ein Bemessungsfaktor von vielen, der – und das ist der entscheidende Unterschied – von Fall zu Fall **im Verhältnis zu den anderen Bemessungskriterien unterschiedliches Gewicht** besitzen kann.<sup>38</sup> Die tatrichterliche **Praxis** sieht im Ergebnis allerdings anders aus. Hier schlägt die Mithaftungsquote in aller Regel voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch.

Als Folge der im dogmatischen Ansatz unterschiedlichen Behandlung des Mitverschuldens beim materiellen Schadensersatz einerseits und beim Schmerzensgeld andererseits stellt sich die Frage, ob die **Haftungsquote** auch beim Schmerzensgeld schon Bestandteil eines Feststellungsausspruchs und eines Grundurteils i.S.v. § 304 Abs. 1 ZPO sein kann oder ob sie erst im Rahmen der **Leistungsklage bzw. im Betragsverfahren** eine Rolle spielt.

Ersteres ist der Fall: **Feststellungsausspruch** und **Grundurteil** können – müssen aber nicht in jedem Fall<sup>39</sup> – auch bezüglich des Schmerzensgeldanspruchs eine Haftungsquote bestimmen, die dann einem künftigen Streit entzogen ist.<sup>40</sup> Im Rahmen der Leistungsklage bzw. des Betragsverfahrens ist die festgelegte Quote dann als ein Bemessungsfaktor neben anderen zu berücksichtigen.

Da der Schmerzensgeldanspruch ein echter Schadensersatzanspruch ist, trifft den Geschädigten dem Schädiger gegenüber gem. § 254 Abs. 2 S. 1 BGB die Obliegenheit, den Schaden **mit zumutbaren Maßnahmen** zu mindern.<sup>41</sup> Insbesondere wird vom Verletzten verlangt, dass er, soweit er dazu imstande ist, zur Heilung oder Besserung seiner Krankheit oder Schädigung die nach dem Stand der ärztlichen Wissenschaft sich anbietenden Mittel anwendet; er darf in der Regel nicht anders handeln, als ein verständiger Mensch, der die Nachteile ersatzlos hinzunehmen hat, es bei gleicher Gesundheitsstörung tun würde.<sup>42</sup> Voraussetzung für die Annahme eines Mitverschuldens in Form eines Verstoßes gegen diese **Schadensminderungsobliegenheit** ist allerdings stets, dass dem Geschädigten die Behandlung zumutbar ist.<sup>43</sup> Einer ärztlichen Behandlung braucht sich der Geschädigte nur dann zu unterziehen, wenn sie einfach und gefahrlos ist, wenn sie nicht mit besonderen Schmer-

zen verbunden ist und wenn sie die sichere Aussicht auf Heilung oder wesentliche Besserung bietet.<sup>44</sup>

#### bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr

Auch die eigene, mitursächliche **Betriebsgefahr** muss sich der verletzte Kraftfahrer auf seinen Schmerzensgeldanspruch anrechnen lassen.<sup>45</sup> Ist der verletzte Kraftfahrer nicht der Halter, ist dies nur dann der Fall, wenn er seinerseits für Verschulden (§ 823 BGB) oder vermutetes Verschulden (§ 18 StVG) haftet.<sup>46</sup> Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Schadensentstehung eine dem Verletzten zurechenbare **Tiergefahr** verwirklicht hat;<sup>47</sup> trifft den Verletzten allerdings nur die Tiergefahr und den Schädiger (auch) ein Verschulden, so fällt die Tiergefahr entsprechend dem Rechtsgedanken des § 840 Abs. 3 BGB auch beim Schmerzensgeld nicht ins Gewicht.<sup>48</sup>

#### cc) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII)

Ist die Haftung des Schädigers bei Arbeitsunfällen gem. §§ 104 ff. SGB VII ausgeschlossen, so kommt auch ein Anspruch auf Schmerzensgeld nicht in Betracht. Da das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung einen Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden nicht kennt, bleiben die immateriellen Einbußen des Verletzten in einem solchen Fall unausgeglichen. Der Ausschluss (auch) von Schmerzensgeldansprüchen ist dennoch verfassungsgemäß.<sup>49</sup> Wegen der Verschiedenheit der beiden Ordnungssysteme ist es nicht erforderlich, dass der Geschädigte im konkreten Einzelfall tatsächlich Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung erhält.<sup>50</sup>

Das gilt grds. auch für Verkehrsunfälle, die sich als Arbeitsunfälle darstellen. Die in § 636 RVO a.F. vorgesehene Ausnahme von der Haftungsbeschränkung für Arbeitsunfälle bei der „**Teilnahme am allgemeinen Verkehr**“ wurde so nicht in das SGB VII übernommen. Ausgenommen von der Haftungsbeschränkung sind gem. §§ 104 Abs. 1 S. 1, 105 Abs. 1 S. 1 SGB VII allerdings Wegeunfälle i.S.d. § 8 Abs. 2 Nr. 1–4 SGB VII, die keine Arbeitsunfälle i.S.v. § 8 Abs. 1 SGB VII, also keine sog. Betriebsweegeunfälle, sind. Die Abgrenzung von **Weegeunfällen**, bei denen Schadensersatz- und damit auch Schmerzensgeldansprüche bestehen (können), und **Betriebsweegeunfällen**, bei denen solche Ansprüche ausgeschlossen sind, ist schwierig. Zurückgegriffen werden kann allerdings auf die Kriterien, die die Rechtsprechung zur „Teilnahme am allgemeinen Verkehr“ i.S.d. § 636 RVO a.F. entwickelt hat.<sup>51</sup> Danach ist von einem Betriebsweegeunfall nur dann auszugehen, wenn die gemeinsame Fahrt der Arbeitskollegen selbst als Teil des innerbetrieblichen Organisations- und Funktionsbereichs erscheint, somit durch die Organisation (Werkverkehr, Einsatz eines betriebseigenen Fahrzeugs, Fahrt auf dem Werksgebäude) als innerbetrieblicher oder innerdienstlicher Vorgang ge-

<sup>37</sup> BGH, Beschl. v. 21.8.2002 – 5 StR 291/02, BGHSt 47, 378 (381); Ur t. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

<sup>38</sup> BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 13 f.; Ur t. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

<sup>39</sup> Vgl. dazu BGH, Ur t. v. 19.6.2001 – VI ZR 286/00, NJW 2001, 2794, juris Rn 6; v. 15.5.1979 – VI ZR 70/77, NJW 1979, 1933 (1935).

<sup>40</sup> BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474; Ur t. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, VersR 2006, 944 Rn 10 f.; OLG Köln, Ur t. v. 26.10.1988 – 13 U 123/88, VersR 1989, 206 (207); v. 7.8.1974 – 6 U 137/73, VersR 1975, 543 (544); OLG Düsseldorf, Ur t. v. 10.2.1969 – 12 U 229/67, VersR 1969, 643 (644); OLG Celle, Ur t. v. 20.5.1968 – 5 U 187/67, NJW 1968, 1785 f.

<sup>41</sup> BGH, Ur t. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 12; v. 10.3.1970 – VI ZR 145/68, VersR 1970, 443 (444).

<sup>42</sup> BGH, Ur t. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15.

<sup>43</sup> Vgl. BGH, Ur t. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15, m.w.N.

<sup>44</sup> BGH, Ur t. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1593); für psychiatrische Behandlungen vgl. auch BGH, Ur t. v. 21.9.2021 – VI ZR 91/19, VersR 2021, 1583 Rn 12.

<sup>45</sup> BGH, Ur t. v. 13.4.1956 – VI ZR 347/54, BGHZ 20, 259 (260 ff.).

<sup>46</sup> BGH, Ur t. v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, VersR 2010, 268 Rn 13, m.w.N.

<sup>47</sup> Vgl. BGH, Ur t. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 9; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

<sup>48</sup> BGH, Ur t. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 13; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

<sup>49</sup> Vgl. zu den Vorgängervorschriften der §§ 636, 637 RVO: BVerfG, Beschl. v. 7.11.2011 – 1 BvL 4 u. 17/71, 1 BvR 355/71, NJW 1973, 502; ferner (zu § 46 Abs. 2 BeamtVG) BVerfG, Beschl. v. 8.1.1992 – 2 BvL 9/88, BVerfGE 85, 176.

<sup>50</sup> BGH, Ur t. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, NJW 2022, 1526 Rn 31.

<sup>51</sup> Vgl. etwa BGH, Ur t. v. 15.7.2008 – VI ZR 212/07, VersR 2008, 1407 Rn 16; v. 12.10.2000 – III ZR 39/00, VersR 2001, 335 (336); Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

kennzeichnet oder durch Anordnung des Dienstherrn zur innerbetrieblichen bzw. innerdienstlichen Aufgabe erklärt worden ist.<sup>52</sup>

Besteht zwischen mehreren Schädigern ein (**fiktives**) **Gesamtschuldverhältnis**, so können Ansprüche des Geschädigten gegen einen selbst nicht sozialversicherungsrechtlich haftungsprivilegierten Gesamtschuldner (Zweitschädiger) auf den Betrag beschränkt sein, der auf diesen im Innenverhältnis zu dem anderen Gesamtschuldner (Erstschädiger) endgültig entfielen, wenn die Schadensverteilung nach § 426 BGB nicht durch eine sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegierung des Erstschädigers gestört wäre (**sog. gestörte Gesamtschuld**).<sup>53</sup> Das gilt auch hinsichtlich des Schmerzensgeldes.

#### dd) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen

Natürlich können auch zwischen Familienangehörigen Schmerzensgeldansprüche bestehen. Zu beachten ist dabei, dass der **Haftungsmaßstab** abgemildert sein kann, insb. gem. § 1359 BGB oder § 1664 BGB. Die genannten Vorschriften werden allerdings, insb. bei Unfällen im (Straßen-)Verkehr, teleologisch reduziert.<sup>54</sup>

Die familienrechtlichen Beziehungen sind bei der **Bemessung** des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. So wäre etwa ein Schmerzensgeld, das mit der Minderung des angemessenen Familienunterhalts erkaufte wäre und aus diesem Grund vom Verletzten möglicherweise der Familie wieder zur Verfügung gestellt werden müsste, nicht angemessen und könnte seinen Zweck nicht erfüllen.

Beim Übergang von Ansprüchen zwischen Familienangehörigen und Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf einen Versicherer ist an **§ 86 Abs. 3 VVG** zu denken. Eine entsprechende Regelung für den Anspruchsübergang insb. auf Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit findet sich in der – zum 1.1.2021 neu gefassten – Regelung des § 116 Abs. 6 SGB X; für den Schmerzensgeldanspruch spielt sie aber grds. keine Rolle, weil ein Übergang des Schmerzensgeldanspruchs auf Sozialversicherungsträger etc. gem. § 116 Abs. 1 SGB X mangels kongruenter Sozialversicherungsleistung regelmäßig ausscheidet.

#### c) Verjährungsfragen

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001<sup>55</sup> wurde die nach § 852 BGB a.F. für deliktische Ansprüche geltende Sonderregelung zum 1.1.2002 aufgehoben und die Verjährung deliktischer Ansprüche den – allerdings auch geänderten und der bisherigen deliktsrechtlichen Regelung angenäherten – **allgemeinen Regeln** unterworfen. Danach gilt nun:

- Gemäß § 195 BGB gilt für den Anspruch auf Schmerzensgeld die **regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren**. Sie beginnt nach § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

- Soweit Ansprüche auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, verjähren sie nach § 199 Abs. 2 BGB ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis **spätestens in 30 Jahren** von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen, den Schaden auslösenden Ereignis an.
- Nach § 208 BGB ist die Verjährung von Ansprüchen wegen **Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres** des Gläubigers **gehemmt**; lebt der Gläubiger mit dem Schuldner in häuslicher Gemeinschaft, sogar darüber hinaus bis zur Beendigung der häuslichen Gemeinschaft.
- Schweben zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger **Verhandlungen** über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände, so ist die Verjährung nach § 203 S. 1 BGB gehemmt, bis der eine oder der andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert. Eine Verweigerung der Fortsetzung in diesem Sinne setzt voraus, dass ein Abbruch der Verhandlungen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht wird.<sup>56</sup> Nach § 203 S. 2 BGB tritt die Verjährung frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.
- Ebenso gehemmt ist gem. § 207 BGB die Verjährung von (hier: Schmerzensgeld-)Ansprüchen **zwischen Ehegatten**, so lange die Ehe besteht, **zwischen Lebenspartnern**, solange die Lebenspartnerschaft besteht, **zwischen Kind und Eltern** oder dem Ehegatten eines Elternteils bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres des Kindes, **zwischen Vormund und Mündel** während der Dauer der Vormundschaft, **zwischen Betreutem und Betreuer** während der Dauer des Betreuungsverhältnisses und **zwischen Pfingling und Pfleger** während der Dauer der Pflugschaft.
- Macht der Anspruchsteller den **Direktanspruch** gegen den Haftpflichtversicherer des Ersatzpflichtigen aus § 115 Abs. 1 VVG geltend, so ist die Verjährung gem. § 115 Abs. 2 S. 3 VVG bis zum Zugang der Entscheidung des Versicherers in Textform gehemmt. Die Verjährung gegenüber dem Versicherer beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem die Verjährung des Schadensersatzanspruchs gegen den ersatzpflichtigen Versicherungsnehmer beginnt; sie endet jedoch spätestens in zehn Jahren von dem Eintritt des Schadens an (§ 115 Abs. 2 S. 2 VVG).

Bei Altfällen ist die Übergangsvorschrift in Art. 229 § 6 EGBGB zu beachten. Zur Problematik der Verjährung nur vorbehaltener Ansprüche in Abfindungsvergleichen (vgl. unten 9.g).

#### d) Verkehrsofferhilfe (§ 12 PflIVG)

Der durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers Geschädigte kann nach § 12 PflIVG unter gewissen Voraussetzungen seine Ansprüche wegen dieses Schadens gegen den „**Entschädigungsfonds** für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen“ geltend machen. Die praktisch wichtigsten Anwendungsfälle sind die Fälle des fehlenden Haftpflichtversicherungsschutzes (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PflIVG) und der Verkehrsunfallflucht (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 PflIVG) des Schädigers. Der Anspruch umfasst grds. auch das Schmerzensgeld.

In Fällen der **Verkehrsunfallflucht** sieht § 12 Abs. 2 S. 1 PflIVG hinsichtlich des Schmerzensgeldes allerdings eine Beschränkung vor: Schmerzensgeld kann hier gegen den Entschädigungsfonds nur geltend gemacht werden, wenn und soweit die Leistung einer Entschädigung wegen der besonderen Schwere der Verletzung zur Vermeidung einer groben Unbilligkeit erforderlich ist. Die – nur spärlich vorhandene – (Instanz-)Rechtsprechung nimmt dies an, wenn die gesundheitlichen Folgen des Unfalls deutlich und drastisch über das hinausgehen, was

<sup>52</sup> Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

<sup>53</sup> BGH, Urte. v. 18.11.2014 – VI ZR 47/13, VersR 2015, 189; Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 92 ff.

<sup>54</sup> Vgl. zu § 1359 BGB etwa BGH, Urte. v. 24.3.2009 – VI ZR 79/08, VersR 2009, 840 (gemeinsames Wasserskifahren); v. 12.12.1991 – III ZR 10/91, VersR 1992, 823 (824); v. 10.7.1974 – IV ZR 212/72, NJW 1974, 2124 (2126); v. 18.6.1973 – III ZR 207/71, VersR 1973, 941 (942) (jeweils Personen- oder Eigentumsschäden im Straßenverkehr).

<sup>55</sup> BGBl I 2001, 3138.

<sup>56</sup> BGH, Urte. v. 30.6.1998 – VI ZR 260/97, VersR 1998, 1295.



bei täglichen Unfällen im Straßenverkehr auftritt.<sup>57</sup> Erforderlich ist danach ein Verletzungsbild, das in seiner Schwere einer Querschnittslähmung, dem Verlust von Gliedmaßen oder Sinnesorganen oder entstellenden Gesichtsnarben gleichkommt, insb. also eine der in § 226 StGB genannten schweren Folgen.<sup>58</sup>

Dass mit dem Schmerzensgeld des Entschädigungsfonds in Fällen der Verkehrsunfallflucht nur unbillige Härten kompensiert werden sollen, zeigt sich in der Praxis auch daran, dass das Schmerzensgeld in diesen Fällen in der Höhe deutlich beschränkt wird. So wird davon ausgegangen, dass vom Entschädigungsfonds nur ungefähr ein Drittel des sonst üblichen Schmerzensgeldes zu zahlen ist.<sup>59</sup> Andere sind – nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ zutreffend – der Meinung, es komme auch insoweit auf die Umstände des Einzelfalles an.<sup>60</sup>

Träger des Entschädigungsfonds ist gem. § 1 der Verordnung über den Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen vom 14.12.1965<sup>61</sup> der Verein „Verkehrsofferhilfe“. Er ist erreichbar unter der Postanschrift

Verkehrsofferhilfe,  
Wilhelmstraße 43/43 G,  
10117 Berlin

und der E-Mail-Adresse

voh@verkehrsofferhilfe.de

Die Internetpräsenz findet sich unter [www.verkehrsofferhilfe.de](http://www.verkehrsofferhilfe.de).

## 6. Bemessung des Schmerzensgeldes

### a) Grundsätzliches

§ 253 Abs. 2 BGB und die entsprechenden spezialgesetzlichen Vorschriften sprechen von einer „**billigen Entschädigung in Geld**“. Maßgebliche Billigkeitskriterien sind nach der Rechtsprechung des BGH im Wesentlichen die Schwere der Verletzungen, das durch diese bedingte Leiden, dessen Dauer, das Ausmaß der Wahrnehmung der Beeinträchtigung durch den Verletzten und der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei geht es dem BGH nicht um eine isolierte Schau auf einzelne Umstände des Falles, sondern um eine **Gesamtbeurteilung aller Umstände** des Einzelfalles. Diese hat der Tatrichter zunächst sämtlich in den Blick zu nehmen, dann die fallprägenden Umstände zu bestimmen und diese im Verhältnis zueinander zu gewichten. Dabei ist in erster Linie die **Höhe und das Maß der entstandenen Lebensbeeinträchtigung** zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Gesamtbetrachtung ist eine einheitliche Entschädigung für das sich insgesamt darbietende Schadbild festzusetzen<sup>62</sup> (Grundsatz der **Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes**<sup>63</sup>).

Die Bestimmung eines Geldbetrags, der nach den für die Schmerzensgeldbemessung geltenden Grundsätzen dem als ausgleichungsbedürftig festgestellten immateriellen Schaden

entspricht, ist letztlich Sache des **tatrichterlichen Schätzungsermessens (§ 287 ZPO)**. Diesem Ermessen sind freilich Grenzen gesetzt. Der Tatrichter darf das Schmerzensgeld nicht willkürlich festsetzen, sondern muss zu erkennen geben, dass er sich um eine dem Schadensfall gerecht werdende Entschädigung bemüht hat. Er muss alle genannten Umstände des Einzelfalles vollständig berücksichtigen und darf bei seiner Abwägung nicht gegen Rechtssätze, Denkgesetze und Erfahrungssätze verstoßen.

Um dabei auch dem Gleichbehandlungsgrundsatz gerecht zu werden, hat sich der Tatrichter grds. an zu vergleichbaren Fällen ergangenen gerichtlichen Entscheidungen zu orientieren. Genau dies macht **Schmerzensgeldtabellen** wie die nachfolgende zu einem **unverzichtbaren Hilfsmittel im Personenschadensrecht**. Eine schematische Bindung an **Vorentscheidungen** bedeutet dies freilich nicht. Der Tatrichter ist nicht daran gehindert, die von der Rechtsprechung in vergleichbaren Fällen bisher gewährten Beträge in einem vertretbaren Rahmen zu unterschreiten oder über sie hinauszugehen, wenn ihm dies nach Lage des Falles – vor allem in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung oder veränderter allgemeiner Wertvorstellungen – geboten erscheint; doch muss er dies dann begründen. In der Rechtsprechung ist eine **Tendenz zu höheren Schmerzensgeldern**, die angesichts der revisionsrechtlich nur eingeschränkten Überprüfbarkeit der tatrichterlichen Schmerzensgeldbemessung (vgl. nachfolgend unter 9. d) von den Tatgerichten ausgehen muss und nicht vom BGH erwartet werden kann, erkennbar. Im Falle schwerster und dauerhafter Schädigungen, die der Geschädigte in jungen Jahren bewusst erlebt und von denen anzunehmen ist, dass sie ihn lebenslang in der Lebensführung beeinträchtigen werden, kann ein Schmerzensgeld von € 800 000 angemessen sein.<sup>64</sup> Das Landgericht Limburg an der Lahn hat mit Urteil vom 28.6.2021<sup>65</sup> gar ein Schmerzensgeld von € 1 000 000 ausgesprochen: Ein Pflegefehler im Krankenhaus hatte bei dem rund 15 Monate alten Kläger zu einem hypoxischen Hirnschaden mit schwersten Folgen geführt.

Stellt sich in der praktischen Arbeit am Einzelfall die Frage nach dem angemessenen Schmerzensgeld, so empfiehlt sich die Nutzung einer Checkliste, die wie folgt aussehen kann:

#### Checkliste

1. Verletzung:
2. Behandlung
  - a) Dauer der Behandlung
  - b) Umfang der Behandlung
  - c) Arbeitsunfähigkeit
3. Person des Verletzten
4. Dauerschaden
5. Besondere Umstände des Einzelfalles
  - a) (Medizinische) Schmerzsymptomatik
  - b) Auswirkungen auf die berufliche, soziale und häusliche Situation
  - c) Auswirkungen auf Freizeit, Sport und Hobby
  - d) Psychische Folgen
  - e) Evtl. physische und psychische Prädispositionen (Vorschäden)
  - f) Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beim Schädiger
  - g) Mitverschulden des Geschädigten

<sup>57</sup> LG Gießen, Ur t. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Hamburg, Ur t. v. 24.1.1977 – 77 O 63/76, VersR 1977, 674; v. 4.8.1976 – 77 O 64/76, VersR 1977, 581.

<sup>58</sup> LG Gießen, Ur t. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Verden, Ur t. v. 10.4.2001 – 4 O 530/00, VersR 2001, 1152 (1153).

<sup>59</sup> LG Lüneburg, Ur t. v. 10.11.2000 – 3 S 38/00, VersR 1152.

<sup>60</sup> LG Itzehoe, Ur t. v. 28.6.1979 – 6 O 273/78, nicht veröffentlicht.

<sup>61</sup> BGBl I 1965, 2093, zuletzt geändert durch VO v. 31.8.2015, BGBl I 2015, 1474.

<sup>62</sup> BGH, Ur t. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 13.

<sup>63</sup> BGH, Beschl. v. 27.3.2024 – VI ZB 50/22 Rn 12 m.w.N.

<sup>64</sup> OLG Oldenburg, Ur t. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468.

<sup>65</sup> 1 O 45/15, BeckRS 2021, 16550; siehe Urteil 1220 dieser Ausgabe.

- h) (Vorwerfbare) Verzögerung der Schadensregulierung
- i) Besondere wirtschaftliche Verhältnisse der Beteiligten, ggf. Vorhandensein eines einstandspflichtigen Haftpflichtversicherers

$$\frac{(\text{Geldbetrag alt} \times \text{neuer Indexstand})}{\text{alter Indexstand}} = \text{Gesamtbetrag neu}$$

**Verbraucherpreisindex für Deutschland bei Bezugsgröße 2020 = 100**

Urteile aus den Jahren	Berechnungsfaktor
1991	61,9
1992	65,0
1993	67,9
1994	69,7
1995	71,0
1996	72,0
1997	73,4
1998	74,0
1999	74,5
2000	75,5
2001	77,0
2002	78,1
2003	78,9
2004	80,2
2005	81,5
2006	82,8
2007	84,7
2008	86,9
2009	87,2
2010	88,1
2011	90,0
2012	91,7
2013	93,1
2014	94,0
2015	94,5
2016	95,0
2017	96,4
2018	98,1
2019	99,5
2020	100,0
2021	103,1
2022	110,2
2023	116,7
2024 (vorläufig, Stand Mai 2024)	119,3

**b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“**

Der 22. Zivilsenat des OLG Frankfurt hat im Jahr 2018 einer in der Literatur<sup>66</sup> erdachten Idee folgend den Versuch unternommen, das Schmerzensgeld – zunächst lediglich im Rahmen einer sog. Plausibilitätskontrolle, später auch tragend – „taggenau“ zu berechnen,<sup>67</sup> also nach bestimmten Tagessätzen. So sollte auf einer ersten Berechnungsstufe ein Betrag von € 150/Tag für den Aufenthalt auf der Intensivstation, € 100/Tag auf der Normalstation, € 60/Tag in der Rehabilitationsklinik und € 40/Tag bei einem GdB von 100 % in Ansatz gebracht und der errechnete Gesamtbetrag sodann auf einer zweiten Stufe – je nach den konkreten Umständen des Streitfalles – um individuelle Zu- und Abschläge korrigiert werden.<sup>68</sup> Diese Methode ist in der obergerichtlichen Rechtsprechung<sup>69</sup> auf breite Ablehnung gestoßen, sogar beim OLG Frankfurt selbst.<sup>70</sup> Auch nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ lässt sich dieser **schematisierende Ansatz** mit dem stark **einzelfallbezogenen Ansatz** der Bemessung des Schmerzensgeldes durch den BGH **nicht vereinbaren**.<sup>71</sup> Wenig überraschend hat der BGH die Methode des „taggenau berechneten Schmerzensgeldes“ deshalb auch verworfen.<sup>72</sup>

**c) Vergleichsentscheidungen und Zeitablauf**

Bei der gebotenen Heranziehung von gerichtlich entschiedenen Vergleichsfällen als Orientierungshilfe ist – unter mehreren Gesichtspunkten – der seit der jeweiligen Entscheidung eingetretene Zeitablauf zu berücksichtigen.

*aa) Allgemeine Geldentwertung*

(Umgerechnet) € 10 000 im Jahr 1991 sind deutlich mehr wert als € 10 000 im Jahr 2025. Der in der Vergleichsentscheidung ausgeworfene Schmerzensgeldbetrag ist deshalb auf das aktuelle Preisniveau hochzurechnen. Die „SchmerzensgeldBeträge“ nehmen diese Hochrechnung mithilfe des Verbraucherpreisindex<sup>73</sup> vor. Dabei gilt folgende **Formel**:

**Berechnungsbeispiel:**

Ein durch Urteil aus dem Jahr 2002 ausgeworfener Schmerzensgeldbetrag von € 15 000 entspricht im Jahr 2023 einem Betrag von € 22.413,57.

Formel:

$$\frac{(\text{Geldbetrag alt} \times \text{neuer Indexstand})}{\text{alter Indexstand}} = \text{Geldbetrag neu}$$

Berechnung:

$$\frac{(\text{€ 15 000} \times 116,7)}{78,1} = \text{€ 22.413,57}$$

Kaum erörtert und nicht abschließend geklärt ist, welches Zieldatum für die Hochrechnung maßgeblich ist. Ist (nur) auf den

<sup>66</sup> Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi, Handbuch Schmerzensgeld, 1. Aufl. 2013, 2. Aufl. 2020.

<sup>67</sup> OLG Frankfurt, Urte. v. 18.10.2018 – 5 U 196/18, VersR 2019, 435 (439 ff.); ebenso in den Urteilen v. 4.6.2020 – 22 U 244/19, VersR 2021, 127 (128 ff.); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 42 ff.

<sup>68</sup> OLG Frankfurt, Urte. v. 4.6.2020 – 244/19, VersR 2021, 127 (130); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 60.

<sup>69</sup> OLG Oldenburg, Urte. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1469); OLG München, Urte. v. 25.10.2019 – 10 U 3171/18, zfs 2020, 200 Rn 75 ff.; KG Berlin, Urte. v. 22.5.2019 – 25 U 118/18, Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen durch BGH, Beschl. v. 14.7.2020 – VI ZR 249/19, nicht veröffentlicht.

<sup>70</sup> OLG Frankfurt, Beschl. v. 14.4.2020 – 15 W 18/20, juris Rn 17 f.

<sup>71</sup> Vgl. auch Wellner, DAR 2020, 26.

<sup>72</sup> BGH, Urte. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 12 ff.; v. 22.3.2022 – VI ZR 16/21, NJW 2022, 1957 Rn 11.

<sup>73</sup> Aktuelle und historische Indexzahlen lassen sich auf der Website des Statistischen Bundesamtes (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>) unter dem Menüpunkt 6 „Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch“ finden. Bis einschließlich 2018 sind sie auch im bis 2019 herausgegebenen statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ([www.destatis.de/jahrbuch](http://www.destatis.de/jahrbuch)) abgedruckt.

Zeitpunkt der Anspruchsentstehung oder aber auf den Schluss der mündlichen Verhandlung in der letzten Tatsacheninstanz hochzurechnen? Beide Zeitpunkte können mitunter weit auseinanderliegen. Die allgemeinen Grundsätze des Schadensersatzrechts sprechen auf den ersten Blick für Letzteres. Denn danach ist für die Schadensbemessung materiell-rechtlich der **Zeitpunkt des vollen Schadensausgleichs** oder – sollte ein solcher nicht erfolgt sein – prozessual der **Schluss der mündlichen Verhandlung** in der letzten Tatsacheninstanz maßgeblich.<sup>74</sup> Auch die zur Indexierung bislang veröffentlichten Urteile legen ein solches Vorgehen nahe.<sup>75</sup> Überzeugender erscheint den Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ aber eine Indexierung nur bis zur Entstehung des Anspruchs, somit bis zum Eintritt des Primärschadens. Denn die Geldentwertung nach Anspruchsentstehung wird über Zinsansprüche aufgefangen, die allerdings besondere Voraussetzungen haben. Eine Hochrechnung über den Zeitpunkt der Anspruchsentstehung hinaus hieße, die Geldentwertung beim Schmerzensgeld doppelt zu berücksichtigen.

#### bb) Sonstiges

Der Zeitablauf kann bei der Bewertung der Bedeutung älterer Entscheidungen aber auch unter **anderen Gesichtspunkten** eine Rolle spielen. So ist zugunsten der Geschädigten etwa die in der Rechtsprechung zu beobachtende Tendenz zu berücksichtigen, bei gravierenden Verletzungen großzügiger als früher zu verfahren. Auch können sich veränderte medizinische Behandlungsmöglichkeiten auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirken. So kommt es heute gegenüber früheren Behandlungsmethoden etwa seltener zu stationären Aufenthalten; von operativen Eingriffen wird heute häufiger abgesehen. In älteren Entscheidungen herangezogene Krankenhausaufenthalte können deshalb heute anders zu gewichten sein.<sup>76</sup> Auch ein verändertes allgemeines Zinsniveau soll nach Auffassung mancher bei der Heranziehung älterer Entscheidungen zu berücksichtigen sein; danach soll ein niedrigeres Zinsniveau höhere Schmerzensgelder rechtfertigen.<sup>77</sup>

### d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen

#### aa) Ausgleichsfunktion

##### (1) Dauerschaden

Vorliegen und Umfang eines Dauerschadens gehören zu den wichtigsten Faktoren bei der Bemessung des Schmerzensgeldes. Im Gegensatz zu der abstrakt berechneten Erwerbsminderung in der Unfallversicherung kommt es hier auf die **persönlichen Verhältnisse** des konkreten Verletzten an.<sup>78</sup> So sind etwa auch Beruf und persönliche Neigungen des Verletzten sowie die Auswirkungen des Dauerschadens hierauf zu berücksichtigen.

##### (2) Spätfolgen

Da es sich beim Anspruch auf Schmerzensgeld materiell-rechtlich um einen das gesamte Schadensbild erfassenden einheitlichen Anspruch, der aufgrund einer Gesamtbetrachtung aller Umstände des Einzelfalles zu bemessen ist, handelt (**Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes**), sind auch alle **vorhersehbaren künftigen Folgen der Rechtsgutsverletzung** in die Bemessung einzubeziehen. Ausgeschlossen sind nur solche Umstände, mit denen nicht oder nicht ernstlich zu rechnen ist.<sup>79</sup> Besondere Bedeutung hat dies für die in erster Linie prozessrechtliche Frage, ob und unter welchen Bedingungen nach einem rechtskräftig zuerkannten Schmerzensgeld noch ein „Nachschlag“ verlangt werden kann (vgl. hierzu nachfolgend unter 9. b).

##### (3) Psychische Beeinträchtigungen

Physische und psychische Schäden sind schadensrechtlich grds. **gleichwertig**.<sup>80</sup> Dabei hat der Schädiger auch für eine psychische **Fehlverarbeitung** des Unfallgeschehens einzustehen, wenn hinreichende Gewissheit besteht, dass die konkrete Folge ohne den Unfall nicht eingetreten wäre. Denn wie für physische gilt auch für psychische Schäden: Der Schädiger hat keinen Anspruch darauf, einen Gesunden zu treffen; auch der sprichwörtlich „letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“, kann haftungsrechtlich relevant sein. Eine Berücksichtigung solcher psychischen Folgen scheidet nur ausnahmsweise unter dem Gesichtspunkt des Zurechnungszusammenhangs aus. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn der Geschädigte den Unfall in neurotischem Streben nach Versorgung und Sicherheit lediglich zum Anlass nimmt, den Schwierigkeiten und Belastungen des Berufslebens auszuweichen (**sog. Begehrensneurose**).<sup>81</sup>

Wie bei physischen Schäden ist natürlich auch bei psychischen Schäden zwischen Primär- und Sekundärschäden zu unterscheiden. Wird die psychische Beeinträchtigung als Folge einer physischen (oder einer anderen psychischen) Verletzung geltend gemacht, steht ein **Sekundärschaden** im Raum, bei dem das Beweismaß des § 287 ZPO gilt. Beim **Primärschaden** geht es hingegen um die Rechtsgutsverletzung, die zum haftungs begründenden Tatbestand gehört. Handelt es sich bei den psychischen Beeinträchtigungen somit nicht um Folgen einer anderen Verletzung, sondern treten sie – wie bei den sog. Schockschäden regelmäßig und bei Unfallneurosen häufig – unabhängig von einer anderen, insb. physischen Verletzung auf, so kommt eine Haftung für den psychischen (Primär-)Schaden nur in Betracht, wenn sämtliche Voraussetzungen der Haftungsnorm, insb. des § 823 Abs. 1 BGB oder der §§ 7, 18 StVG, erfüllt sind.<sup>82</sup> Damit müssen die psychischen Beeinträchtigungen selbst Krankheitswert besitzen, also eine Gesundheitsbeschädigung darstellen. Der (angeblich) geschädigte Anspruchsteller trägt hier die volle Darlegungs- und Beweislast; es gilt das Beweismaß des § 286 ZPO.

<sup>74</sup> BGH, Ur. v. 18.2.2020 – VI 115/19, VersR 2020, 776 Rn 11, m.w.N.

<sup>75</sup> OLG Brandenburg, Ur. v. 11.3.2015 – 4 U 93/14, juris Rn 53; KG Berlin, Ur. v. 15.3.2004 – 12 U 333/02, VersR 2004, 1569 (1570).

<sup>76</sup> Vgl. zum Ganzen: OLG Frankfurt, Ur. v. 19.8.2009 – 7 U 23/08, NJW-RR 2009, 1684 (1685).

<sup>77</sup> Vgl. etwa Jaeger, VersR 2019, 577 ff.; hinsichtlich bei Anlage des Geldes in banküblicher Form zu zahlender Negativzinsen auch OLG Schleswig, Ur. v. 28.9.2021 – 7 U 29/16, juris Rn 79.

<sup>78</sup> Vgl. BGH, Ur. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 20.

<sup>79</sup> Vgl. nur BGH, Ur. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8.

<sup>80</sup> Vgl. nur BGH, Ur. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8 ff., insb. Rn 17.

<sup>81</sup> BGH, Ur. v. 26.6.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 24; v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 12; v. 10.7.2018 – VI ZR 580/15, VersR 2019, 569 Rn 7, v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 11; vom 10.7.2012 – VI ZR 127/11, VersR 2012, 1133 Rn 8 ff.; jeweils m.w.N.

<sup>82</sup> Vgl. auch hierzu und zu den sich daraus ergebenden Haftungshürden bei psychischen Beeinträchtigungen BGH, Ur. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 20 ff.

Eine Haftung kann allerdings auch dann noch am **Zurechnungszusammenhang** scheitern. Angenommen wird dies etwa, wenn das Unfallereignis als Bagatelle grds. nicht geeignet war, psychische Reaktionen mit Krankheitswert hervorzurufen; im Falle lebensbedrohlicher Situationen dürfte sich eine solche Eignung regelmäßig allerdings kaum verneinen lassen.<sup>83</sup> Erleidet ein Unfallbeteiligter, der vom Schädiger in diese Rolle gezwungen worden ist, eine Unfallneurose, die auf das Erleben des Unfalls mit schweren Folgen (etwa Überfahren eines Fußgängers) zurückzuführen ist, ist der Zurechnungszusammenhang regelmäßig gegeben.<sup>84</sup> Beruht die psychische Gesundheitsbeeinträchtigung hingegen „nur“ auf dem Miterleben eines schweren Unfalls (etwa Flammentod von Pkw-Insassen), ohne dass der Geschädigte an dem Unfall selbst beteiligt war, so scheidet eine Haftung regelmäßig am fehlenden Zurechnungszusammenhang; in diesem Fall hat sich nämlich lediglich das allgemeine Lebensrisiko, Zeuge eines schlimmen Unfalls zu werden, verwirklicht.<sup>85</sup>

Besonderheiten galten früher beim sog. **Schockschaden**. Nach der langjährigen Rechtsprechung des BGH sollte die seelische Erschütterung durch das Miterleben oder die Nachricht vom tödlichen oder mit schweren Verletzungen verbundenen Unfall eines Angehörigen einen Schadensersatzanspruch gegen den Unfallverursacher nicht begründen, wenn sie zwar medizinisch fassbare Auswirkungen hatte, diese aber nicht über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgingen, denen nahe Angehörige bei entsprechenden Nachrichten erfahrungsgemäß ausgesetzt sind.<sup>86</sup> Diese Rechtsprechung hat der VI. Zivilsenat des BGH im Sinne einer konsequenten Gleichstellung von physischen und psychischen Beeinträchtigungen nunmehr aufgegeben. Ist die psychische Beeinträchtigung **pathologisch fassbar**, hat sie also Krankheitswert, ist für die Bejahung einer Gesundheitsverletzung daher nicht länger erforderlich, dass die Störung über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgeht, denen Betroffene bei der Verletzung eines Rechtsgutes eines nahen Angehörigen in der Regel ausgesetzt sind.<sup>87</sup> Damit hat der BGH zugleich die mittelbare Beeinträchtigung des Schockschadens der unmittelbaren Beeinträchtigung<sup>88</sup> gleichgestellt. Dem berechtigten Anliegen der bisherigen Rechtsprechung, die Haftung für lediglich mittelbar verursachte psychische Beeinträchtigungen nicht ins Uferlose auszuweiten, ist nunmehr durch eine sorgfältige Prüfung der sonstigen haftungsbegründenden Merkmale Rechnung zu tragen, insbesondere der bereits erwähnten Merkmale der Gesundheitsverletzung (beim Schockschaden in der Regel Primärschaden, § 286 ZPO) sowie des Zurechnungszusammenhangs.<sup>89</sup>

<sup>83</sup> Vgl. OLG München, Ur t. v. 8.2.2002 – 10 U 3448/99, NZV 2003, 474 (476).

<sup>84</sup> Vgl. BGH, Ur t. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 22; v. 17.4.2018 – VI ZR 237/17, BGHZ 218, 220 Rn 15; v. 12.11.1985 – VI ZR 103/84, VersR 1986, 240 (242).

<sup>85</sup> BGH, Ur t. v. 22.5.2007 – VI ZR 17/06, BGHZ 172, 263 Rn 14.

<sup>86</sup> BGH, Ur t. v. 21.5.2019 – VI ZR 299/17, BGHZ 222, 125 Rn 7; v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 9; v. 27.1.2015 – VI ZR 548/12, VersR 2015, 501 Rn 7.

<sup>87</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983.

<sup>88</sup> Vgl. hierzu BGH, Ur t. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8.

<sup>89</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 17, 24 ff.

#### (4) Soziale Belastungen

Bei der Bemessung des Schmerzensgeldes können auch die aus der Rechtsgutsverletzung resultierenden sozialen Belastungen, wie z.B. Störungen in der Ausbildung oder in der beruflichen Tätigkeit, verminderte Heiratsaussichten, Beeinträchtigungen im gesellschaftlichen Leben oder die Aufgabe eines Sports zu berücksichtigen sein.<sup>90</sup>

#### (5) Alter des Verletzten

Das Alter des Verletzten kann im Rahmen der Ausgleichsfunktion des Schmerzensgeldes ebenfalls zu berücksichtigen sein. Die Rechtsprechung ist sich darin einig, dass ein **junger Mensch**, der einen schweren Dauerschaden erlitten hat, mehr Schmerzensgeld bekommen muss, weil er noch lange an den Verletzungsfolgen zu tragen hat.<sup>91</sup>

Die Berücksichtigung des Lebensalters bei **älteren Menschen** variiert. Einige Gerichte vertreten die Auffassung, dass sich ein schwerer Dauerschaden bei einem höheren Lebensalter wegen der geringeren Lebenserwartung weniger auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirkt,<sup>92</sup> und können sich dabei auf ein Urteil des BGH aus dem Jahr 1991 stützen.<sup>93</sup> Berger<sup>94</sup> hat die Erwägung, dass der alte Mensch Dauerschäden nicht mehr lange zu ertragen braucht, in einem häufig zitierten Beitrag schon im Jahr 1977 als „makabre Erwägung und Begründung“ bezeichnet. Vielleicht auch vor dem Hintergrund des darin zum Ausdruck kommenden Störgefühls gehen andere Gerichte davon aus, dass sich gerade im höheren Lebensalter die Verletzung und ihre Folgen besonders schwerwiegend auswirken, weil das fortgeschrittene Lebensalter den Heilungsverlauf erschwert und sich ein jüngerer Mensch eher an neue Gegebenheiten anpasst als ein älterer.<sup>95</sup> Letztlich dürften beide Aspekte, die sich im Übrigen gar nicht gegenseitig ausschließen, nicht von vornherein von der Hand zu weisen sein. Welchen Einfluss sie auf die Bemessung des konkreten Schmerzensgeldes im Einzelfall haben, wird sich nur anhand der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalles beurteilen lassen.<sup>96</sup>

#### (6) Verlust der subjektiven Empfindungsmöglichkeit

Gerade bei sehr schweren Verletzungen kann sich der Geschädigte in einem Zustand befinden, in dem alle Wahrnehmungsfunktionen so weit erloschen sind, dass er die Vorteile eines Schmerzensgeldes nicht mehr genießen kann. Seit seiner

<sup>90</sup> Vgl. nur BGH, Ur t. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 20; OLG Celle, Ur t. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Ur t. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Ur t. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

<sup>91</sup> OLG Oldenburg, Ur t. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1470); OLG Düsseldorf, Ur t. v. 25.10.2016 – 1 U 20/16, juris Rn 33; OLG Celle, Ur t. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Ur t. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Ur t. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

<sup>92</sup> OLG Düsseldorf, Ur t. v. 6.4.2021 – 1 U 62/20, juris Rn 57; OLG Naumburg, Ur t. v. 10.7.2014 – 2 U 101/13, VersR 2015, 505 (507).

<sup>93</sup> BGH, Ur t. v. 15.1.1991 – VI ZR 163/90, VersR 1991, 350 (351).

<sup>94</sup> Berger, VersR 1977, 877 (880).

<sup>95</sup> Vgl. etwa OLG Köln, Ur t. v. 29.9.2006 – 19 U 193/05, VersR 2007, 259 (260); AG Hanau, Ur t. v. 30.9.2005 – 37 C 584/05, SP 2006, 7.

<sup>96</sup> Vgl. etwa auch OLG Koblenz, Ur t. v. 17.3.2021 – 5 U 1651/19, juris Rn 86, das die einem Geschädigten mit geringer restlicher Lebenserwartung durch einen ärztlichen Fehler genommene Möglichkeit, seine Angelegenheiten vor seinem Tod im Angesicht der Grunderkrankung selbstbestimmt zu regeln, als „schmerzensgeldbestimmend“ würdigt.

Grundsatzentscheidung vom 13.10.1992<sup>97</sup> geht der BGH davon aus, dass auch in solchen Fällen der **Ausgleich** für diese immateriellen Einbußen nicht in der Weise vorzunehmen ist, dass der weitgehende Wegfall der Empfindungsfähigkeit des Verletzten schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen ist. Vielmehr ist im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtwürdigung in einem solchen Fall in den Blick zu nehmen, dass die Zerstörung von Persönlichkeit und Empfindungsfähigkeit des Verletzten im Mittelpunkt des Schadensbildes steht, das es auszugleichen gilt. Für eine lediglich symbolhafte Wiedergutmachung, wie sie der BGH vor 1992 in solchen Fällen für richtig hielt,<sup>98</sup> ist mithin kein Platz. Keine Rolle spielt in solchen Fällen freilich die **Genugtuungsfunktion**, fehlt dem Verletzten doch gerade die Fähigkeit, ein Empfinden der Genugtuung durch eine Schmerzensgeldzahlung zu empfinden.<sup>99</sup>

#### (7) Schmerzensgeld in Todesfällen

Weder der Tod noch die Verkürzung der Lebenserwartung an sich rechtfertigen nach der Wertung des Gesetzgebers ein Schmerzensgeld. Maßgeblich ist die tatsächliche Lebensdauer des Verletzten, nicht die normalerweise zu erwartende. Die Bemessung des Schmerzensgeldes für eine Körperverletzung, an deren Folgen der Verletzte alsbald verstirbt, erfordert nach der Rechtsprechung des BGH<sup>100</sup> eine **Gesamtbetrachtung der immateriellen Beeinträchtigung unter besonderer Berücksichtigung von Art und Schwere der Verletzungen**, des hierdurch bewirkten Leidens und dessen Wahrnehmung durch den Verletzten, **wie auch des Zeitraums zwischen Verletzung und Eintritt des Todes**. Ein Anspruch auf Schmerzensgeld kann danach zu verneinen sein, wenn die Körperverletzung nach den Umständen des Falles gegenüber dem alsbald eintretenden Tod keine abgrenzbare immaterielle Beeinträchtigung darstellt, sondern vielmehr ein notwendiges Durchgangsstadium ist, das aus Billigkeitsgründen einen Ausgleich in Geld nicht erforderlich macht. Nach in der obergerichtlichen Rechtsprechung vertretener Auffassung<sup>101</sup> kann im Rahmen der auch insoweit erforderlichen Betrachtung der besonderen Umstände des Einzelfalles insb. bei vorsätzlichen Taten mit Todesfolge aber die Genugtuungsfunktion besondere Bedeutung gewinnen und ein Schmerzensgeld rechtfertigen.

Das Schmerzensgeld ist nicht deshalb geringer zu bemessen, weil es nicht dem Verletzten, sondern nach dessen Tod seinen Erben zukommt.<sup>102</sup>

Folgende Beispiele sollen die – durchaus uneinheitliche – Handhabung von Schmerzensgeldern bei zum Tode führenden Verletzungen illustrieren:

- **€ 200 000** (Jahr der Entscheidung: 2005) für schwerste Verletzungen, insb. Hirnverletzungen mit der Folge eines apallischen Syndroms, **Tod nach 2 ¼ Jahren**.<sup>103</sup>

<sup>97</sup> BGH, Urte. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, BGHZ 120, 1 (4 ff.).

<sup>98</sup> Vgl. nur BGH, Urte. v. 22.6.1982 – VI ZR 247/80, VersR 1982, 880 f.

<sup>99</sup> BGH, Urte. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, VersR 1993, 327 (330), insoweit nicht abgedr. in BGHZ 120, 1.

<sup>100</sup> BGH, Urte. v. 12.5.1998 – VI ZR 182/97, BGHZ 138, 388 (391 ff.); v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 21; ferner OLG Düsseldorf, Urte. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 65 ff.

<sup>101</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 68 ff.; OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

<sup>102</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 70; OLG Saarbrücken, Urte. v. 30.7.1993 – 3 U 43/93–9, nicht veröffentlicht; KG, Urte. v. 26.2.1973 – 12 U 1193/72, VersR 1974, 249 (250).

<sup>103</sup> LG Trier, Urte. v. 20.7.2005 – 5 O 61/04, nicht veröffentlicht.

- **€ 150 000** (2012) für apallisches Syndrom nach Verkehrsunfall mit Hirnblutung, **Tod nach ca. einem Jahr**.<sup>104</sup>
- **€ 100 000** (2007) für groben ärztlichen Behandlungsfehler, wodurch ein bösartiges Karzinom in der Brust einer Frau nicht erkannt wurde, **Tod nach vier Jahren**.<sup>105</sup>
- **€ 100 000** (2008) für Herzinfarkt mit nachfolgendem hypoxischen Hirnschaden, **Tod nach 3 ½ Jahren**.<sup>106</sup>
- **€ 75 000** (2019) für Koma nach Hirnschädigung bei Verkehrsunfall, Mitverschulden 1/3, **Tod nach 22 Monaten**.<sup>107</sup>
- **€ 75 000** (DM 150 000, 1997) für multiple Frakturen, Lungenkontusion, Gehirnverletzungen mit weitgehender Einbuße der Persönlichkeit; es bestand eine gewisse Erlebnis- und Empfindungsfähigkeit bis zum **Tod nach 21 Monaten**.<sup>108</sup>
- **€ 67 500** (DM 135 000, 1997) für komatösen Zustand nach Verabreichung einer Injektion, **Tod nach fünf Wochen**.<sup>109</sup>
- **€ 50 000** (2012) für vorsätzlich begangene Körperverletzung, **Tod nach ca. 30 Minuten**.<sup>110</sup>
- **€ 40 000** (2013) für Locked-in-Syndrom nach ärztlichem Behandlungsfehler (Befunderhebungsfehler), **Tod nach ca. neun Monaten**.<sup>111</sup>
- **€ 40 000** (2002) für Tod aufgrund Leberzirrhose nach grob fehlerhaft ärztlicher Behandlung.<sup>112</sup>
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1996) für schwere Gehirnschäden i.S.e. apallischen Syndroms mit Bewegungsunfähigkeit, **Tod nach 5 ½ Monaten**.<sup>113</sup>
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1995) für Koma mit Schmerzempfindung, **Tod nach fast zehn Monaten**.<sup>114</sup>
- **€ 20 000** (2005) für brutale Misshandlungen, **Tod nach 36 Stunden**.<sup>115</sup>
- **€ 17 500** (DM 35 000, 1995) für dauerndes Koma, **Tod nach 3 ½ Monaten**.<sup>116</sup>
- **€ 15 000** (2011) für erhebliche Beschwerden nach einer fehlerhaften Operation, **Tod nach drei Wochen**.<sup>117</sup>
- **€ 15 000** (DM 30 000, 2011) für apallisches Syndrom eines 5 ½-jährigen Jungen, **Tod nach 1 ¼ Jahren**.<sup>118</sup>
- **€ 15 000** (DM 30 000, 2000) für Schädel-Hirn-Trauma und schwere innere Verletzungen eines 16-jährigen Jungen, wobei der Junge zwischenzeitlich zum Teil bei Bewusstsein und ansprechbar war und Reaktionen und Schmerzreize zeigte, **Tod nach acht Tagen**.<sup>119</sup>
- **€ 14 000** (DM 28 000, 1997) für schwerste Verletzungen, aufgrund derer der Verletzte eine halbe Stunde nach dem Unfall

<sup>104</sup> OLG München, Beschl. v. 3.8.2012 und 25.9.2012 – 10 U 2195/11, nicht veröffentlicht.

<sup>105</sup> OLG Jena, Urte. v. 23.5.2007 – 4 U 437/04, VersR 2008, 401.

<sup>106</sup> OLG Hamm, Urte. v. 1.9.2008 – 3 U 245/07, juris.

<sup>107</sup> OLG München, Urte. v. 6.12.2019 – 10 U 2848/19, NJW 2020, 1685.

<sup>108</sup> OLG Karlsruhe, Urte. v. 11.7.1997 – 10 U 15/97, VersR 1998, 1256.

<sup>109</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 24.4.1997 – 8 U 173/96, MDR 1998, 470.

<sup>110</sup> OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

<sup>111</sup> OLG Hamm, Urte. v. 12.8.2013 – 3 U 122/12, GesR 2013, 728.

<sup>112</sup> OLG Hamm, Urte. v. 6.11.2002 – 3 U 50/02, VersR 2004, 1321.

<sup>113</sup> OLG München, Urte. v. 3.5.1996 – 10 U 6205/95, VersR 1998, 644.

<sup>114</sup> OLG Celle, Beschl. v. 19.6.1995 – 9 U 11/95, OLGR Celle 1995, 211.

<sup>115</sup> OLG Naumburg, Beschl. v. 7.3.2005 – 12 W 118/04, NJW-RR 2005, 900.

<sup>116</sup> OLG Oldenburg, Urte. v. 27.6.1995 – 5 U 30/95, VersR 1996, 726.

<sup>117</sup> LG Mönchengladbach, Urte. v. 14.9.2011 – 6 O 171/09, nicht veröffentlicht.

<sup>118</sup> OLG Köln, Urte. v. 2.6.1993 – 13 U 18/93, VersR 1994, 1082.

<sup>119</sup> OLG Hamm, Urte. v. 9.8.2000 – 13 U 58/00, DAR 2000, 570.

in ein bis zum Tod andauerndes künstliches Koma versetzt wurde, **Tod nach zehn Tagen**.<sup>120</sup>

- **€ 10 000** (2018) für Todesangst (und Schmerzen) im Rahmen eines mehraktigen Tötungsgeschehens, **Tod (wohl) innerhalb von Minuten**.<sup>121</sup>
- **€ 10 000** (2006) für die psychische Gesundheitsschädigung aufgrund Todesangst während der Absturzphase eines Privatflugzeugs, **Tod nach zehn Sekunden**.<sup>122</sup>
- **€ 10 000** (2006) für schwerste Verletzungen beim Sturz von einem Berg, Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 25 Tagen**.<sup>123</sup>
- **€ 7 500** (2019) für 16-jähriges Kind, das kurzzeitig bei Bewusstsein unter einem Lkw eingeklemmt, dann bis zum **Tod nach zwei Stunden** bewusstlos war.<sup>124</sup>
- **€ 6 000** (DM 12 000, 2000) für schwerste Verletzungen, die unmittelbar nach dem Unfall zum Verlust des Bewusstseins führten, **Tod nach acht Tagen**.<sup>125</sup>
- **€ 6 000** (2009) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen, „nicht gleich bewusstlos“, **Tod nach zwei Stunden**.<sup>126</sup>
- **€ 5 000** (DM 10 000, 2002) für schweren Volumenmangelschock bei Säugling, **Tod drei Tage nach Geburt**.<sup>127</sup>
- **€ 5 000** (DM 10 000, 1998) für **Tod** durch Ertrinken **nach 35 Stunden** ohne Erlangung des Bewusstseins.<sup>128</sup>
- **€ 5 000** (2014) für schwerste Hirnschädigung nach Hypoxie mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach neun Stunden**.<sup>129</sup>
- **€ 5 000** (2007) für bewusstes Erleben des Todeskampfes nach Herzinfarkt, **Tod nach 15–30 Sekunden**.<sup>130</sup>
- **€ 5 000** (2009) für schweres Schädel-Hirn-Trauma mit Erleben von erheblichen Schmerzen, **Tod nach zwei Stunden**.<sup>131</sup>
- **€ 4 000** (2007) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen bei vollem Bewusstsein, **Tod nach drei Stunden**.<sup>132</sup>
- **€ 2 500** (DM 5 000, 2001) für Schädelverletzungen, HWS-Fraktur und Oberschenkelfraktur mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 30 Minuten** bei Mithaftung von 1/3.<sup>133</sup>
- **€ 2 500** (DM 5 000, 1997) für lebensgefährliche Verletzungen mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach einer Stunde**.<sup>134</sup>

#### bb) Genugtuungsfunktion

##### (1) Verschulden des Schädigers

Mit Blick auf die **Genugtuungsfunktion** des Schmerzensgeldes sind auch die Art und der Grad des Verschuldens des Schädigers bei der Bemessung des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. Das Tatgericht hat vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, das Schmerzensgeld im Falle vorsätzlicher Verlet-

zungen, insb. im Falle vorsätzlicher Straftaten, aber auch im Falle grob fahrlässigen Verhaltens des Schädigers höher zu bemessen als im Falle einfach fahrlässigen oder – falls für eine Haftung des Grunde nach überhaupt ausreichend – schuldlosen Verhaltens.<sup>135</sup> Dies gilt auch für Arzthaftungssachen, wobei zu beachten ist, dass der dort vor allem für die Frage der Beweislast in Bezug auf die haftungsbegründende Kausalität relevante Begriff des (objektiv) groben Behandlungsfehlers nicht mit der für die Genugtuungsfunktion relevanten groben Fahrlässigkeit gleichgesetzt werden darf.<sup>136</sup> Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang schließlich ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 29.8.2005,<sup>137</sup> dem sich entnehmen lässt, dass der dortige Senat das bei alleinigem Abstellen auf die Ausgleichsfunktion angemessene Schmerzensgeld (nahezu) verdoppelt hat, weil der Unfall von einem erheblich alkoholisierten Geisterfahrer grob fahrlässig herbeigeführt worden war. Im Falle einfachen Verschuldens oder bloßer Gefährdungshaftung tritt der Genugtuungsgedanke in den Hintergrund.

Da auch einer **strafrechtlichen Verurteilung** eine Genugtuungsfunktion zukommt, stellt sich die Frage, ob eine solche Verurteilung des Schädigers schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen ist. Der BGH hat dies verneint.<sup>138</sup>

##### (2) Anlass des Unfalls oder der Verletzungshandlung

Auch auf den Anlass des Unfalls oder der Verletzung kann es unter Umständen ankommen. So können Handlungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung<sup>139</sup> auch bei gleichem Verschuldensgrad ein ganz unterschiedliches Gepräge haben, je nachdem, ob sie etwa bei der Befriedigung eines **Vergnügens** oder im Zusammenhang mit Berufsausübung, Nothilfeleistung oder einer sonstigen **notwendigen Betätigung** erfolgen. Dies gilt ganz besonders, wenn es zur unerlaubten Handlung im Rahmen einer Tätigkeit kommt, die der Schädiger aus Entgegenkommen gegenüber dem Verletzten ausübt, etwa bei einer **Gefälligkeitsfahrt**.<sup>140</sup>

##### (3) Wirtschaftliche Verhältnisse des Geschädigten und des Schädigers und Bestehen einer Versicherung

Dass bei der Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten und das Bestehen einer Haftpflichtversicherung eine Rolle spielen können, ist für die Rechtsprechung mit den Beschlüssen des Großen Senats für Zivilsachen des BGH vom 6.7.1955<sup>141</sup> und der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016<sup>142</sup> geklärt. In der **Regel** steht aller-

<sup>120</sup> OLG Hamm, Urte. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

<sup>121</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris.

<sup>122</sup> OLG Düsseldorf, Urte. v. 12.10.2011 – 18 U 216/10, juris.

<sup>123</sup> OLG Stuttgart, Urte. v. 26.7.2006 – 3 U 65/06, NJW 2007, 1367.

<sup>124</sup> LG Leipzig, Urte. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95.

<sup>125</sup> OLG Koblenz, Urte. v. 18.11.2002 – 12 U 566/01, zfs 2003, 73.

<sup>126</sup> OLG Frankfurt, Urte. v. 14.9.2009 – 1 U 309/08, BeckRS 2009, 25516.

<sup>127</sup> OLG Bremen, Urte. v. 26.3.2002 – 3 U 84/01, VersR 2003, 779.

<sup>128</sup> KG Berlin, Urte. v. 20.11.1998 – 25 U 8244/97, VersR 2000, 734.

<sup>129</sup> OLG Karlsruhe, Urte. v. 26.2.2014 – 7 U 30/11, juris.

<sup>130</sup> LG Siegen, Urte. v. 10.7.2007 – 2 O 307/05, nicht veröffentlicht.

<sup>131</sup> LG Karlsruhe, Urte. v. 23.1.2009 – 3 O 172/08, VersR 2009, 1397.

<sup>132</sup> LG Limburg, Urte. v. 16.5.2007 – 2 O 368/06, SP 2007, 389.

<sup>133</sup> OLG Hamm, Urte. v. 22.2.2001 – 6 U 29/00, NZV 2002, 234.

<sup>134</sup> OLG Hamm, Urte. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

<sup>135</sup> Vgl. BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 55; BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (155); OLG Saarbrücken, Urte. v. 26.2.2015 – 4 U 26/14, NJW-RR 2015, 1119 Rn 44 ff.

<sup>136</sup> BGH, Urte. v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 13 ff.

<sup>137</sup> OLG Frankfurt, Urte. v. 29.8.2005 – 12 U 190/04, zfs 2005, 597.

<sup>138</sup> BGH, Urte. v. 16.1.1996 – VI ZR 109/95, VersR 1996, 382 f.

<sup>139</sup> BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (158 f.).

<sup>140</sup> Vgl. auch OLG Koblenz, Urte. v. 10.3.1997 – 12 U 576/96, lfd. Nummer 1260 der Schmerzensgeldtabelle; a.M. OLG Hamm, Urte. v. 3.3.1998 – 27 U 185/97, NJW-RR 1998, 1179 (1180 f.) mit wenig überzeugender Begründung; für den konkreten Fall (keine Bedeutung der Gefälligkeitsfahrt bei alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit des Schädigers) überzeugender: OLG Saarbrücken, Urte. v. 9.3.1973 – 3 U 2/72, VersR 1975, 430 (431).

<sup>141</sup> GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

<sup>142</sup> VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

dings die infolge der Schädigung erlittene Lebenshemmung im Vordergrund. **Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen** von Schädiger und Geschädigtem sowie Ausführungen zu deren Einfluss auf die Bemessung der billigen Entschädigung sind daher – auch im Strafurteil, wenn es um einen Adhäsionsantrag geht – nur dann geboten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dem Einzelfall ein besonderes Gepräge geben und deshalb bei der Entscheidung ausnahmsweise von Bedeutung sind.<sup>143</sup>

#### (4) Zögerliches Regulierungsverhalten

In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass sich ein zögerliches Regulierungsverhalten des Schädigers bzw. seines Haftpflichtversicherers schmerzensgelderhöhend auswirken kann.<sup>144</sup> Der „**Verzögerungszuschlag**“ setzt allerdings voraus, dass sich der leistungsfähige Schuldner einem **erkennbar begründeten Anspruch** ohne schutzwürdiges Interesse widersetzt. Die Erhöhung des Schmerzensgeldes hat dabei – mag die instanzgerichtliche Praxis mitunter auch einen anderen Eindruck vermitteln – keinen Sanktionscharakter. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn die verzögerte Zahlung das von § 253 BGB geschützte Interesse des Gläubigers beeinträchtigt. Davon ist etwa dann auszugehen, wenn der Geschädigte unter der langen Dauer der Schadensregulierung leidet oder er den Schadensersatz dazu verwenden könnte, die Auswirkungen seiner gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu lindern.<sup>145</sup> Erforderlich ist ein entsprechender Prozessvortrag des Anspruchstellers, der – falls wirksam bestritten – von ihm zu beweisen ist.

Ausdrücklich benannt wurden **Erhöhungsbeträge** für die Verzögerung der Schadensregulierung etwa in Entscheidungen des OLG Hamm,<sup>146</sup> des OLG Frankfurt,<sup>147</sup> des OLG Naumburg,<sup>148</sup> des OLG München<sup>149</sup> und des LG Frankfurt/Oder.<sup>150</sup> Auch wenn dies methodisch angesichts der stets vorzunehmenden Gesamtwürdigung nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermag, sollen die Ergebnisse nicht vorenthalten werden: Die Schmerzensgelder wurden wegen des zögerlichen Regulierungsverhaltens des jeweils beklagten Versicherers **um € 30 000** (von € 400 000 auf € 430 000, OLG Hamm vom 15.2.2019), **um DM 30 000** (von DM 370 000 auf DM 400 000, OLG Frankfurt), **um DM 25 000** (von DM 225 000 auf DM 250 000, OLG Hamm vom 13.2.1997), **um € 10 000** (von € 250 000 auf € 260 000, LG Frankfurt/Oder) und **um € 2000** (von € 80 000 auf € 82 000,

OLG Naumburg, bzw. von € 110 000 auf € 112 000, OLG München) erhöht.

#### e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei geringfügigen Verletzungen

Der Regierungsentwurf zu § 253 Abs. 2 BGB n.F.<sup>151</sup> sah ein Schmerzensgeld nur vor, wenn die Verletzung der von der Vorschrift geschützten Rechtsgüter entweder vorsätzlich herbeigeführt wird oder der Schaden unter Berücksichtigung seiner Art und Dauer nicht unerheblich ist. Diese Beschränkung wurde auf die entsprechende Empfehlung des Rechtsausschusses des Bundestages<sup>152</sup> gestrichen. Begründet wurde dies mit der Erwägung, die Festschreibung einer Bagatellschwelle sei nicht erforderlich, weil die Rechtsprechung bisher auch ohne eine solche Regelung zu angemessenen Ergebnissen gelange. Der Rechtsprechung solle die Möglichkeit eingeräumt werden, die – von ihr bereits geschaffene – **Bagatellgrenze** selbst fortzuentwickeln. Der Gesetzgeber geht somit von einer auch ohne ausdrückliche Regelung bestehenden Bagatellgrenze aus. Dementsprechend hält sich das Tatgericht im Rahmen seines ihm eingeräumten Ermessens, wenn es bei geringfügigen Verletzungen ohne wesentliche Beeinträchtigungen der Lebensführung und ohne Dauerfolgen prüft, ob es sich – wie etwa Kopfschmerzen und Schleimhautreizungen – nur um vorübergehende, im Alltagsleben typische und häufig auch aus anderen Gründen als einem besonderen Schadensfall entstehende Beeinträchtigungen des körperlichen und seelischen Wohlbefindens handelt, die im Einzelfall weder unter dem Gesichtspunkt der Ausgleichs- noch der Genugtuungsfunktion ein Schmerzensgeld als billig erscheinen lassen.<sup>153</sup>

#### f) Kapitalabfindung oder Rente?

Regelmäßig wird das Schmerzensgeld in Form einer Kapitalabfindung gewährt. In besonderen Fällen<sup>154</sup> kommt aber jedenfalls auf ein entsprechendes Begehren des Klägers<sup>155</sup> – neben dem Kapitalbetrag oder statt seiner – auch die Zubilligung einer Schmerzensgeldrente in Betracht. Grundsätzlich erforderlich ist hierfür ein **schwerer Dauerschaden**.<sup>156</sup> Nach der Entscheidung des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 kann bei einer Entscheidung für eine Rente aber auch der Gedanke eine Rolle spielen, dass bei ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Schädigers auf diese Weise am besten gesichert werden kann, dass der Geschädigte ein dem Ausgleichszweck gerecht werdendes Schmerzensgeld erhält.<sup>157</sup>

Dass bei einer **Gesamtentschädigung** aus Schmerzensgeldkapital und Schmerzensgeldrente der Gesamtbetrag, also Kapital und kapitalisierte Rente, der Billigkeit entsprechen muss, liegt auf der Hand.<sup>158</sup>

<sup>143</sup> BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 72.

<sup>144</sup> BGH, Urt. v. 2.12.1966 – VI ZR 88/66, VersR 1967, 256, juris Rn 21; OLG Zweibrücken, Urt. v. 23.6.2021 – 1 U 20/20, juris Rn 36; OLG München, Urt. v. 2.6.2021 – 10 U 7288/20, juris Rn 38 ff.; OLG Hamm, Urt. v. 5.3.2021, juris Rn 23; OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.7.2019 – 14 U 60/16, juris Rn 57; OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris Rn 71 ff. Soweit der BGH die Frage in einer späteren Entscheidung (Urt. v. 12.7.2005 – VI ZR 83/04, VersR 2005, 1559, juris Rn 41, nicht abgedr. in BGHZ 163, 351) offengelassen hat, bezog sich dies auf einen schon dem Grunde nach und im Tatsächlichen streitigen Anspruch.

<sup>145</sup> OLG Saarbrücken, Urt. v. 27.7.2010 – 4 U 585/09, NJW 2011, 933 (936); LG Hamburg, Urt. v. 7.9.2018 – 302 O 206/16, juris Rn 19.

<sup>146</sup> OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris; v. 13.2.1997 – 27 U 133/96, lfd. Nr. 2960 der Schmerzensgeldtabelle.

<sup>147</sup> OLG Frankfurt, Urt. v. 22.9.1993 – 9 U 75/92, DAR 1994, 21.

<sup>148</sup> OLG Naumburg, Urt. v. 21.8.2017 – 1 U 58/17, DAR 2018, 631 (634).

<sup>149</sup> OLG München, Urt. v. 24.7.2015 – 10 3313/13, SP 2016, 9.

<sup>150</sup> LG Frankfurt/O., Urt. v. 19.10.2004 – 12 O 404/02, SP 2005, 376.

<sup>151</sup> BT-Drucks 14/7752, 6.

<sup>152</sup> BT-Drucks 14/8780.

<sup>153</sup> BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 18; v. 26.6.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 27; v. 14.1.1992 – VI ZR 120/91, VersR 1992, 504 (505); OLG Stuttgart, Urt. v. 14.10.2008 – 1 U 82/07, juris Rn 29.

<sup>154</sup> Vgl. BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/75, juris Rn 15: Allgemeine, vom Fall unabhängige Erwägungen genügen grds. nicht.

<sup>155</sup> Vgl. BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); vgl. auch nachfolgend unter 9. a) bb).

<sup>156</sup> BGH, Urt. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1594); v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 15.

<sup>157</sup> BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (167).

<sup>158</sup> Vgl. auch BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 15.

Bei einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse kann eine Schmerzensgeldrente gem. **§ 323 ZPO** angepasst werden.<sup>159</sup> Dies gilt auch bei einer wesentlichen Steigerung des Lebenshaltungskostenindex, wenn eine Abwägung aller Umstände des Einzelfalls ergibt, dass die bisher gezahlte Rente ihre Funktion eines billigen Schadensausgleichs nicht mehr erfüllt; eine unterhalb von 25 % liegende Steigerung des Lebenshaltungskostenindex reicht hierfür in der Regel nicht.<sup>160</sup>

## 7. Besteuerung des Schmerzensgeldes

Schmerzensgeld ist nicht zu versteuern – so einfach ist das. Insbesondere unterfällt es nicht der Einkommenssteuer. Denn es wird von keiner der Einkommensarten des § 2 Abs. 1 S. 1 EStG erfasst. Das gilt nicht nur für die Kapitalabfindung, sondern – jedenfalls nach neuerer Auffassung – auch für die Schmerzensgeldrente.<sup>161</sup>

Aus der Anlage des Schmerzensgeldbetrags erzielte Kapitalerträge sind aber natürlich Einkünfte aus Kapitalvermögen i.S.v. §§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, 20 EStG und als solche zu versteuern. Die fehlende Steuerbarkeit der Hauptleistung erstreckt sich nicht auf etwaige Zinserträge.<sup>162</sup>

## 8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes

Die Frage nach der Anrechenbarkeit von Schmerzensgeld kann sich in verschiedener Hinsicht stellen.

### a) Sozialrecht

Setzt ein sozialrechtlicher Anspruch die Bedürftigkeit des Berechtigten voraus, so bleiben bei der diesbezüglichen Beurteilung Schmerzensgelder grds. außer Betracht. Dies gilt unabhängig davon, ob sie als Einmalbetrag oder Schmerzensgeldrente gezahlt wurden bzw. werden. Anderes gilt allerdings für aus angelegtem Schmerzensgeld erzielte Kapitalerträge. Im Einzelnen:

- Im Rahmen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (Bürgergeld, früher Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV) stellt Schmerzensgeld unabhängig davon, ob es als einmaliger Kapitalbetrag oder als Schmerzensgeldrente gezahlt wird, gem. § 11a Abs. 2 SGB II **kein anrechenbares Einkommen** dar. Darüberhinausgehend ist es mit Blick auf seine (doppelte) Funktion unter dem Gesichtspunkt des Härtefalls (§ 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 SGB II) auch **kein zu berücksichtigendes Vermögen** i.S.v. § 12 SGB II.<sup>163</sup> Nicht privilegiert sind allerdings Zinseinnahmen aus angelegtem Schmerzensgeld.<sup>164</sup>
- Entsprechendes gilt für die **Sozialhilfe**. Nach § 83 Abs. 2 SGB XII ist das Schmerzensgeld auch hier nicht als Einkommen des Bedürftigen zu berücksichtigen. Nach der allgemeinen Härteklausele des § 90 Abs. 3 S. 1 SGB XII stellt es auch kein zu berücksichtigendes Vermögen dar.<sup>165</sup> Dies gilt aber

natürlich auch hier nicht für Kapitalerträge, die aus dem (angelegten) Schmerzensgeld erzielt werden.

- Auch in Bezug auf **Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** ist Schmerzensgeld weder als Einkommen noch als Vermögen zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Einkommens folgt dies unmittelbar aus § 7 Abs. 2 Nr. 4 AsylbLG, hinsichtlich des Vermögens wohl daraus, dass eine unterschiedliche Behandlung des Schmerzensgeldes bei der Sozialhilfe einerseits und bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz andererseits dem Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG nicht standhält.<sup>166</sup> Dass das Asylbewerberleistungsgesetz anders als das Sozialhilferecht keine Härtefallklausele in Bezug auf das Vermögen kennt, ist dabei unerheblich. Zu berücksichtigen sind allerdings auch insoweit Kapitalerträge für angelegtes Schmerzensgeld.
- Auch auf das **Wohngeld** haben Schmerzensgelder – mit Ausnahme aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielter Kapitalerträge – keinen Einfluss.<sup>167</sup>
- Für **BAföG-Ansprüche** folgt dasselbe aus § 21 Abs. 4 Nr. 4 BAföG (mit Ausnahme der Kapitalerträge<sup>168</sup> aus angelegtem Schmerzensgeld kein Einkommen) bzw. § 29 Abs. 3 BAföG (kein anrechenbares Vermögen).<sup>169</sup>

### b) Bürgerliches Recht

Im Bürgerlichen Recht ist die Rechtslage differenzierter:

- Bei der Berechnung des nahehelichen **Zugewinnausgleichs** ist das einem Ehegatten zustehende Schmerzensgeld nach – allerdings nicht unbestrittener<sup>170</sup> – Auffassung der Rechtsprechung zu berücksichtigen; eine analoge Anwendung der Vorschrift des § 1374 Abs. 2 BGB, die bestimmten Vermögenserwerb (z.B. Erbschaften und Schenkungen) technisch dem Anfangsvermögen zuordnet und damit in der Sache von der Ausgleichspflicht ausnimmt, kommt danach nicht in Betracht.<sup>171</sup> Ob dies der Funktion des Schmerzensgeldes gerecht wird, erscheint durchaus zweifelhaft. Mit der Behandlung des Schmerzensgeldes in anderen Bereichen, insb. im Sozial-, Prozesskostenhilfe- und Unterhaltsrecht, lässt sich dies nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ nur schwer vereinbaren.
- Die Frage, ob – ggf. auch in Rentenform – erhaltenes Schmerzensgeld bei der Prüfung und Berechnung von **Unterhaltsansprüchen** zu berücksichtigen ist, stellt sich in mehrfacher Hinsicht, beim Unterhaltsgläubiger insb. hinsichtlich seiner Bedürftigkeit (§§ 1577, 1602 BGB), beim Unterhaltsschuldner insb. hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit (§§ 1581, 1603 BGB): Das an den Unterhaltsberechtigten gezahlte Schmerzensgeld dient nicht der Entlastung des Unterhaltsverpflichteten. Folglich hat es auf die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsberechtigten grds. keinen Einfluss.<sup>172</sup> In sog. Mangelfällen mag im Einzelfall gem. § 242 BGB anderes

<sup>159</sup> BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 6.

<sup>160</sup> BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 7 ff.

<sup>161</sup> BMF-Schreiben v. 15.7.2009 – IV C 3 – S 2255/08/10012, BStBl I 2009, 836; BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16; für Mehrbedarfsrenten vgl. BFH, Urt. v. 25.10.1994 – VIII R 79/91, NJW 1995, 1238; ferner BFH, Urt. v. 8.7.2020 – X R 6/19, juris Rn 19.

<sup>162</sup> BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16 ff.

<sup>163</sup> Vgl. BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 20.

<sup>164</sup> BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 21 ff.

<sup>165</sup> Bieritz-Harder/Conradis/Thie, SGB XII/Geiger, SGB XII § 90 Rn 95; vgl. auch BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (233).

<sup>166</sup> BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (237 ff.); Cantzler, AsylbLG, § 7 Rn 93.

<sup>167</sup> BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10.11, NJW 2012, 1305 Rn 9 ff.; BeckOK SozR/Winkler, 1.3.2024, WoGG § 14 Rn 59.

<sup>168</sup> BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 31.

<sup>169</sup> BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 24 ff.; s. auch Nr. 29.3.2 f BAföGVvV.

<sup>170</sup> Vgl. MüKoBGB/Koch, BGB § 1374 Rn 22, m.w.N.

<sup>171</sup> BGH, Urt. v. 27.5.1981 – IVb ZR 577/80, NJW 1981, 1836 (1837); hinsichtlich § 1381 BGB differenzierend AG Hersbruck, Urt. v. 23.1.2002 – 2 F 1081/01, juris Rn 16 ff.

<sup>172</sup> BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Schlünder, 1.2.2024, § 1577 Rn 92; BeckOGK BGB/Selg, 1.2.2024, § 1602 Rn 100.



gelten und das Schmerzensgeld bedarfsmindernd wirken. Grundsätzlich berücksichtigungsfähig sind allerdings Kapitalerträge, die aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielt werden; sie verringern die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten.<sup>173</sup> Für die **Leistungsfähigkeit** des Unterhaltsverpflichteten ist die Rechtslage weniger eindeutig. Hier soll es auf eine „Gesamtabwägung nach Treu und Glauben unter Berücksichtigung des Zweckes des Schmerzensgeldes“<sup>174</sup> ankommen. Folge dürfte eine Berücksichtigungsfähigkeit des Schmerzensgeldes insb. in Fällen des Unterhalts der Eltern gegenüber einem minderjährigen unverheirateten Kind sein (§ 1603 Abs. 2 BGB).<sup>175</sup>

### c) Sonstiges

- Schmerzensgeld – auch in Form der Schmerzensgeldrente – gehört regelmäßig weder zum im Rahmen der **Prozesskostenhilfe** einzusetzenden Einkommen i.S.d. § 115 Abs. 1 ZPO<sup>176</sup> noch zum insoweit einzusetzenden Vermögen i.S.d. § 115 Abs. 3 ZPO.<sup>177</sup>
- Hat eine Person, deren Haftung nach den §§ 104–107 SGB VII beschränkt ist, den Versicherungsfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so haftet sie den Sozialversicherungsträgern nach **§ 110 SGB VII** für die infolge des Versicherungsfalles entstandenen Aufwendungen bis zur Höhe des (fiktiven) zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs. Zu diesem fiktiven Schadensersatzanspruch zählt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung<sup>178</sup> auch ein fiktiver Schmerzensgeldanspruch.

## 9. Verfahrensfragen

### a) Klageantrag

#### aa) Unbestimmter Leistungsantrag

Werden Ansprüche auf Zahlung von Schmerzensgeld gerichtlich geltend gemacht, kann der Zahlungsantrag unbeziffert gestellt werden. Dadurch wird die Bemessung der begehrten Leistung in das Ermessen des Gerichts gestellt. Die Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags vermeidet die mit dem tatgerichtlichen Spielraum bei der Bemessung des Schmerzensgeldes verbundenen **Unsicherheiten** für den Kläger: Sie reduziert auf der einen Seite sein für den Fall einer Zuvielforderung gegebenes Kostenrisiko und auf der anderen Seite sein Risiko, bei einer Zuwenigforderung einen Teil des ihm zustehenden Schmerzensgeldes nicht zu realisieren. Sie sorgt zudem dafür, dass der Anspruch auf das gesamte vom Tatgericht letztlich für angemessen erachtete Schmerzensgeld rechtshängig wird – mit allen daraus abzuleitenden Folgerungen, etwa mit Blick auf die Hemmung der Verjährung und (Prozess-)Verzinsung des letztlich zugesprochenen Betrags. Als Klageantrag wird empfohlen:

#### Formulierungsbeispiel:

„Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ein angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen.“

<sup>173</sup> BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Selg, 1.2.2024, BGB § 1602 Rn 100.

<sup>174</sup> So BeckOGK BGB/Haidl, 1.2.2024, § 1603 Rn 40, m.w.N.

<sup>175</sup> Vgl. BGH, Urt. v. 2.11.1988 – IVb ZR 7/88, NJW 1989, 524 (526).

<sup>176</sup> BeckOK ZPO/Reichling, 1.3.2024, § 115 Rn 8, 83.5 unter Verweis auf § 83 Abs. 2 SGB XII.

<sup>177</sup> BVerwG, Beschl. v. 26.5.2011 – 5 B 26/11, zfs 2011, 584 Rn 5 ff.

<sup>178</sup> BGH, Urt. v. 27.6.2006 – VI ZR 143/05, VersR 2006, 1429 Rn 6 ff.

Fraglich ist, ob bei Stellung eines solchen Klageantrags in der Klagebegründung die **Größenordnung** des geltend gemachten Betrags angegeben werden muss, um dem Bestimmtheitsgebot des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zu genügen. Die Strafsenate des BGH bejahen ein entsprechendes Erfordernis für das Adhäsionsverfahren unter Berufung auf § 404 Abs. 1 S. 2 StPO, § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO nach wie vor; danach kann über einen unbestimmten Schmerzensgeldantrag im Adhäsionsverfahren nur entschieden werden, wenn der Kläger die Größenordnung des von ihm verlangten Schmerzensgeldes – und sei es auch nur durch die Hinnahme einer gerichtlichen Streitwertangabe – angegeben hat.<sup>179</sup> Die Rechtsprechung der Zivilsenate ist insoweit weniger klar. Ursprünglich wurde auch hier unter dem Gesichtspunkt des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO für die Zulässigkeit der Klage jedenfalls die Angabe einer gewissen Größenordnung verlangt.<sup>180</sup> In seiner Entscheidung vom 30.4.1996<sup>181</sup> hat der VI. Zivilsenat diese Auffassung zwar nicht ausdrücklich aufgegeben, bringt in ihr aber zum Ausdruck, dass die Angabe einer Mindestsumme oder Größenordnung beim unbezifferten Zahlungsantrag das Gericht im Rahmen von § 308 Abs. 1 ZPO nach oben nicht bindet, die Angabe vielmehr nur Bedeutung für die Rechtsmittelbeschwer und den Streitwert hat. *Von Gerlach*, seinerzeit Mitglied des VI. Zivilsenats, hat aus dieser Entscheidung geschlossen, die bisherige Auffassung, die Zulässigkeit eines unbezifferten Antrags erfordere die Angabe der Größenordnung, könne nicht mehr aufrechterhalten werden.<sup>182</sup> Ungeachtet dessen erscheint es freilich schon aufgrund der Bedeutung einer solchen **Angabe für die (Rechtsmittel-)Beschwer**<sup>183</sup> auch aus Sicht des Klägers sinnvoll, die Größenordnung des erstrebten Schmerzensgeldes, idealerweise durch Angabe eines Mindestbetrags, in der Klagebegründung zu konkretisieren.<sup>184</sup>

#### bb) Schmerzensgeldrente

Ist aus dem Klageantrag oder der Klagebegründung ersichtlich, dass der Kläger (ausschließlich) die Zahlung eines Kapitalbetrags begehrt, so ist das Gericht nach Auffassung des BGH<sup>185</sup> durch § 308 Abs. 1 ZPO daran gehindert, ihm (auch) eine Schmerzensgeldrente zuzusprechen. Ob, wie der BGH in der genannten Entscheidung ebenfalls andeutet,<sup>186</sup> die Zuerkennung einer Rente stets eines dahingehenden **Antrags** des Klägers bedarf oder das Tatgericht bei einem unbezifferten Leistungsantrag ohne nähere Spezifizierung im Rahmen des ihm durch § 287 ZPO eröffneten Ermessens selbständig (auch) eine Schmerzensgeldrente zusprechen darf, ist höchstrichterlich noch nicht abschließend geklärt. Aus Sicht der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ muss Letzteres gelten.

<sup>179</sup> Vgl. nur BGH, Beschl. v. 9.3.2022 – 1 StR 409/21, juris Rn 3; v. 12.3.2019 – 2 StR 595/18, NSTZ 2020, 310 Rn 6 ff.; v. 6.12.2018 – 4 StR 484/18, juris Rn 15 f.; v. 20.9.2018 – 3 StR 618/17, juris Rn 11 f.

<sup>180</sup> BGH, Urt. v. 24.9.1991 – VI ZR 60/91, VersR 1992, 374, m.w.N.

<sup>181</sup> BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

<sup>182</sup> Von Gerlach, VersR 2000, 525 (527).

<sup>183</sup> BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (351 f.); Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.); vgl. ferner etwa BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 4 ff.

<sup>184</sup> BGH, Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.).

<sup>185</sup> BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566).

<sup>186</sup> BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); darauf Bezug nehmend jetzt auch BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VIZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 27.

### cc) Erfasste Verletzungsfolgen

Verlangt der Verletzte mit seinem Antrag uneingeschränkt ein Schmerzensgeld, so werden dem Grundsatz der Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes folgend durch den Klageantrag **alle Schadensfolgen** erfasst, die entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar sind oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden kann.<sup>187</sup> Diese muss das Tatgericht – soweit vorgetragen und ggf. nach dem Beweismaß des § 287 ZPO bewiesen – in die Bemessung des Schmerzensgeldes einstellen. Dem Gericht ist es verwehrt, von sich aus, also ohne entsprechende Antragsbeschränkung durch den Kläger, den Leistungsausspruch auf die bereits eingetretenen Folgen zu beschränken und die künftigen Folgen dem Feststellungsausspruch zuzuordnen; ein solches Vorgehen wäre mit der Pflicht des Gerichts, den Klageantrag erschöpfend zu behandeln, nicht vereinbar.<sup>188</sup>

### dd) Teilklage

Dem Kläger ist es demgegenüber auch beim Schmerzensgeld nicht verwehrt, eine offene, hinreichend individualisierte Teilklage zu erheben. So kann er nur einen Teilbetrag des gesamten Schmerzensgeldes verlangen und sich dabei auf die Berücksichtigung der Verletzungsfolgen, die im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bereits eingetreten sind, beschränken.<sup>189</sup>

### ee) Feststellungsantrag

Die vom Leistungsantrag nicht erfassten Teile des Schmerzensgeldanspruchs können mit einem Feststellungsantrag abgedeckt werden. Bei einem unbeschränkten Leistungsantrag sind dies solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten sind und deren Eintritt auch nicht objektiv vorhersehbar ist, mit denen nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden muss und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben müssen.<sup>190</sup> Die bloße Möglichkeit entsprechender Verletzungsfolgen reicht dabei für die Bejahung eines Feststellungsinteresses i.S.d. § 256 Abs. 1 ZPO aus.<sup>191</sup> Bei einer auf die bereits eingetretenen Verletzungsfolgen beschränkten Teilklage (vgl. oben unter dd) können sämtliche künftigen immateriellen Schäden – ob vorhersehbar oder nicht – Gegenstand des Feststellungsantrags sein.<sup>192</sup>

### b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil

Grundsätzlich darf über einen – bezifferten oder unbezifferten – Antrag auf Zahlung von Schmerzensgeld durch **Grundurteil** entschieden werden, die Bemessung der Anspruchshöhe bleibt dann dem Betraysverfahren vorbehalten.<sup>193</sup>

Durch den auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin durch **Endurteil** zuerkannten Betrag werden alle diejenigen Schadensfolgen abgegolten, die am Schluss der mündlichen Verhandlung entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar waren oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden konnte. Das heißt im

Klartext: Durch den rechtskräftig zuerkannten Betrag werden bei unbeschränktem Klageantrag **Nachforderungen** grds. ausgeschlossen! Lediglich solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten waren und deren Eintritt objektiv nicht vorhersehbar war, mit denen folglich nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden musste und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben mussten, werden vom rechtskräftig zugesprochenen Schmerzensgeldbetrag nicht erfasst und können deshalb Grundlage für einen Anspruch auf weiteres Schmerzensgeld sein.<sup>194</sup> Vor diesem Hintergrund sollte die Erhebung einer offenen Teilklage (vgl. oben unter dd) jedenfalls dann erwogen werden, wenn weitere schwere Verletzungsfolgen zu befürchten, aber noch nicht hinreichend klar abzusehen sind. Denn es lässt sich nie mit Sicherheit beurteilen, welche Verletzungsfolgen im Falle einer Nachforderung vom dann zuständigen Gericht als am Schluss der mündlichen Verhandlung des Erstverfahrens objektiv hinreichend vorhersehbar beurteilt werden.

### c) Adhäsionsverfahren

Hier ist **Vorsicht** geboten: Die im Adhäsionsverfahren ergangene Entscheidung steht nach § 406 Abs. 3 S. 1 StPO einem im bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen Urteil gleich. Die vorstehenden Wirkungen einer auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin erfolgten Zuerkennung eines Schmerzensgeldes treten damit auch hier ein. Die Folge ist: Auch ein zu geringes Schmerzensgeld des – schadensrechtlich nicht immer erfahrenen – Strafrichters kann Nachforderungen ausschließen!<sup>195</sup> Dies sollte bei der Entscheidung für einen Adhäsionsantrag stets im Auge behalten werden.

### d) Berufung und Revision

Wird dem Kläger, der ein angemessenes Schmerzensgeld unter Angabe eines Mindestbetrags geltend gemacht hat, genau dieser Mindestbetrag zugesprochen, ist er nicht beschwert,<sup>196</sup> ein Rechtsmittel mangels **Beschwer** somit unzulässig. Das gilt auch dann, wenn ihm das Gericht den Mindestbetrag unter Berücksichtigung eines Mitverschuldens zuerkannt hat, das es entgegen der Auffassung des Klägers bejaht hat.<sup>197</sup> Ergeht erstinstanzlich ein Grundurteil über einen Schmerzensgeldanspruch, bei dem eine Mitverschuldensquote des Geschädigten festgesetzt wird (vgl. dazu oben 5.b.aa), ist diese bei der Bemessung der Beschwer des Rechtsmittelführers zu berücksichtigen.<sup>198</sup>

Das **Berufungsgericht** ist an die erstinstanzliche Schmerzensgeldbemessung nicht gebunden. Es darf und muss diese auf der Grundlage der nach § 529 ZPO maßgeblichen Tatsachen in vollem Umfang daraufhin überprüfen, ob sie überzeugt. Hält das Berufungsgericht sie zwar für vertretbar, letztlich aber bei Berücksichtigung aller Gesichtspunkte nicht für sachlich überzeugend, so darf und muss es einen eigenen, dem Einzelfall angemessenen Schmerzensgeldbetrag finden.<sup>199</sup> Auch das Berufungsgericht ist Tatgericht; auch ihm kommt insoweit das volle tatrichterliche Ermessen zu.

<sup>187</sup> BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6, m.w.N.

<sup>188</sup> BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 7.

<sup>189</sup> BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

<sup>190</sup> BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6.

<sup>191</sup> BGH, Urt. v. 20.3.2001 – VI ZR 325/99, VersR 2001, 876.

<sup>192</sup> BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

<sup>193</sup> BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, NJW 2006, 2110 Rn 10. Zur Möglichkeit, die Haftungsquote bereits im Grundurteil zu bestimmen, s.o. 5.b.aa.

<sup>194</sup> BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8, m.w.N.

<sup>195</sup> BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8 ff.

<sup>196</sup> BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 6; Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

<sup>197</sup> BGH, Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

<sup>198</sup> BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 14.

<sup>199</sup> BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 46/05, VersR 2006, 710 Rn 30.

Das **Revisionsgericht** kann die Höhe des Schmerzensgeldes nach ständiger Rechtsprechung des BGH dagegen nur daraufhin überprüfen, ob sie auf einem Rechtsirrtum beruht, insb. ob sich das Berufungsgericht mit allen für die Bemessung des Schmerzensgeldes maßgeblichen Umständen ausreichend auseinandergesetzt und sich um eine angemessene Beziehung der Entschädigung zu Art und Dauer der Verletzungen bemüht hat. Ob das vom Berufungsgericht ausgeurteilte Schmerzensgeld zu reichlich oder zu niedrig ist, wird in der Revision hingegen grds. nicht untersucht.<sup>200</sup> Hat das Revisionsgericht einen insoweit relevanten Rechtsfehler festgestellt und hebt es das Berufungsurteil deshalb auf, ist ihm ein „Durchentscheiden“ nicht möglich, weil die Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes auch dann noch dem Tatrichter vorbehalten ist.<sup>201</sup> Der BGH ist damit der falsche Adressat für die immer wieder geäußerte Forderung, das Schmerzensgeldniveau in Deutschland ganz allgemein zu erhöhen. Eine solche Bewegung müsste – so man sie für wünschenswert hält – von den Tatgerichten ausgehen.

#### e) Streitwert

Wurde die Höhe des Schmerzensgeldes vom Kläger völlig in das **Ermessen** des Gerichts gestellt, so ist der Streitwert der Betrag, der nach dem tatsächlichen Vortrag des Klägers als das angemessene Schmerzensgeld zu erachten ist. Erweisen sich die vom Kläger behaupteten klagebegründenden Tatsachen teilweise als unzutreffend und billigt ihm das Gericht aus diesem Grund einen niedrigeren Betrag zu, dann ist seine Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.

Hat der Kläger einen bestimmten Mindestbetrag gefordert, so wird das Gericht den Streitwert, sollte es im Urteil – wie unbegrenzt zulässig<sup>202</sup> – einen den Mindestbetrag überschreitenden Schmerzensgeldbetrag aussprechen, auf den ausgesprochenen Betrag, ansonsten jedenfalls regelmäßig auf den angegebenen Mindestbetrag festsetzen.<sup>203</sup> Unterschreitet das ausgeworfene Schmerzensgeld den vom Kläger angegebenen Mindestbetrag, so ist die Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.<sup>204</sup>

#### f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen

Der Schmerzensgeldanspruch entsteht mit dem Schadensereignis. Der schließlich als angemessen zuerkannte Geldbetrag gilt als von Anfang an geschuldet. Deshalb ist auch ein mit unbeziffertem Klageantrag geltend gemachter Schmerzensgeldbetrag grds. von Rechtshängigkeit an gem. **§ 291 S. 1 BGB** zu verzinsen.<sup>205</sup>

<sup>200</sup> Vgl. nur BGH, Ur. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 11, m.w.N.; zu den – revisionsrechtlich überprüfbaren – Grenzen des tatrichterlichen Ermessens vgl. auch BGH, Ur. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 13.

<sup>201</sup> BGH, Ur. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 29; v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, NJW 2010, 930 Rn 23.

<sup>202</sup> Vgl. BGH, Ur. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

<sup>203</sup> Vgl. aber BGH, Ur. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (352), wonach der Streitwert stets höher als die vom Kläger angegebene (Mindest-)Größenordnung festgesetzt werden kann; der tatgerichtlichen Praxis dürfte dies aber nicht entsprechen.

<sup>204</sup> A.A. wohl OLG München, Ur. v. 23.2.2022 – 7 U 1195/21, juris Rn 55, das auch im Rahmen eines verlangten Mindestbetrags eine Zuvielforderung von bis zu 20 % kostenrechtlich nicht berücksichtigen will.

<sup>205</sup> BGH, Ur. v. 5.1.1965 – VI ZR 24/64, NJW 1965, 531 (532).

Auch soll der Schmerzensgeldgläubiger im Rahmen einer Mahnung i.S.v. **§ 286 BGB** nicht gehalten sein, den von ihm gewünschten Betrag zu beziffern. Vielmehr soll es ausreichen, dass hinreichend konkrete Tatsachen zur Höhe vorgetragen werden.<sup>206</sup> Überzeugend ist das nicht. Anders als im Rahmen einer Klage, bei der im Falle einer Zuwenigforderung der „Verlust“ eines weitergehenden (Haupt-)Anspruchs droht, gibt es bei einer Mahnung keinen Grund, den Gläubiger davon zu entlasten, einen konkreten Betrag zu benennen und den Schuldner dadurch erst in die Lage zu versetzen, sein Leistungsverlangen hinreichend sicher voll zu befriedigen.

#### g) Abfindungsvergleich

Der Großteil der Schadensfälle wird außergerichtlich erledigt. Dabei kommt es häufig auch zu einer Einigung der Parteien auf einen Schmerzensgeldbetrag. Aus Sicht des Verletzten ist zu beachten, dass Nachforderungen nur sehr eingeschränkt möglich sind. Handelt es sich – wie häufig – um einen **umfassenden und vorbehaltlosen Abfindungsvergleich**, so kommen Nachforderungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung nur dann in Betracht, wenn dem Verletzten ein Festhalten am Vergleich nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) nicht mehr zumutbar ist, weil entweder die Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) für den Vergleich weggefallen ist oder sich geändert hat, so dass eine Anpassung an die veränderten Umstände erforderlich erscheint, oder weil nachträglich erhebliche Äquivalenzstörungen in den Leistungen der Parteien eingetreten sind, die für den Verletzten nach den gesamten Umständen des Falles eine ungewöhnliche Härte bedeuten würden.<sup>207</sup> Ob diese Voraussetzungen vorliegen, hängt entscheidend davon ab, welche (Zukunfts-)Risiken der Verletzte nach dem Inhalt der Vereinbarung übernommen hat, was wiederum nur durch Auslegung ermittelt werden kann.<sup>208</sup> Trotz der grundsätzlichen Zurückhaltung der Rechtsprechung wurde eine **Nachforderung etwa zugelassen** bei

- Eintritt erheblicher körperlicher Spätschäden in Form epileptischer Anfälle nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage des hälftigen, eher geringen materiellen Schadens in der irrigen Annahme, die körperlichen Beeinträchtigungen seien unbedeutend.<sup>209</sup>
- Eintritt einer Beinverkürzung um 13,5 cm und dadurch erforderlich gewordenem „Stützapparat prothesenähnlicher Art“ nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage der irrigen Annahme einer nur 1 bis 2 cm betragenden Beinverkürzung (Nachforderung von DM 15 000 im Jahr 1964 nach DM 1 200 zzgl. monatlicher Rente von DM 10 Gesamtabgeltung für materielle und immaterielle Schäden im Jahr 1953).<sup>210</sup>
- Entwicklung einer schwerstgradigen Hüftkopfnekrose mit enormer Schmerzsymptomatik, die eine Hüfttotalendoprothese nötig machte und zu einer relativen Beinverlängerung (MdE mindestens 30 %) führte, nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage eines nicht ausgeheilten Oberschenkelhalsbruchs, eines offenen Nasenbeinbruchs und eines Schädel-

<sup>206</sup> OLG Celle, Ur. v. 14.2.1963 – 5 U 22/62, NJW 1963, 1205; Grüneberg/Grüneberg, 82. Aufl., § 286 Rn 19.

<sup>207</sup> BGH, Ur. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 9; v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

<sup>208</sup> BGH, Ur. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 11; vgl. ferner BGH, Ur. v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

<sup>209</sup> BGH, Ur. v. 28.2.1961 – VI ZR 95/60, DAR 1961, 165.

<sup>210</sup> BGH, Ur. v. 21.12.1965 – VI ZR 168/64, VersR 1966, 243.

hirntraumas (Nachforderung € 25 000 im Jahr 2003 nach DM 20 000 Schmerzensgeldabgeltung im Jahr 1999).<sup>211</sup>

- Erhebliche Spätschäden an beiden Händen mit zehn jeweils mehrwöchigen stationären Behandlungen, Hauttransplantationen, Resektion beider Zeigefinger, Handverschmälerung und Versteifung zweier Finger nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage von erheblichen Verbrennungen durch Röntgenbestrahlung von Warzen (pauschale Nachforderung von DM 125 000 für Haushaltsführung und Schmerzensgeld im Jahr 2000 nach DM 30 000 Gesamtabgeltung im Jahr 1962).<sup>212</sup>

Wird in den Vergleich ein **immaterieller Vorbehalt** aufgenommen, so sind die Voraussetzungen, unter denen auf der Grundlage dieses Vorbehalts Nachforderungen erhoben werden können, durch Auslegung der Vereinbarung zu ermitteln. In der Regel werden solche Nachforderungen dann möglich, wenn Verletzungsfolgen eintreten, mit denen bei Abschluss des Vergleichs nicht oder nicht ernsthaft zu rechnen war. Dies entspricht im Wesentlichen der Rechtslage nach rechtskräftiger Zuerkennung von Schmerzensgeld auf einen unbeschränkten Antrag (vgl. oben unter b). Es empfiehlt sich daher, den Vorbehalt möglichst präzise zu formulieren, etwa durch Bestimmung der abgefundenen oder umgekehrt der vorbehaltenen Risiken.<sup>213</sup>

Beim Abschluss einer Abfindungsvereinbarung ist daran zu denken, Ansprüche, die nur vorbehalten sind, gegen Verjährung abzusichern; andernfalls läuft in der Regel die dreijährige Verjährungsfrist.<sup>214</sup> Es ist deshalb eine Formulierung in den Vergleich aufzunehmen, die zumindest die verjährungsrechtliche Wirkung eines Feststellungsurteils herstellt. Formuliert werden kann etwa:

**Formulierungsbeispiel 1:** „Künftige materielle/immaterielle Schäden, wie zum Beispiel [...], bleiben vorbehalten. Bezüglich solcher Ansprüche wird sich die Beklagte so behandeln lassen, als sei gegen sie am heutigen Tage ein gerichtliches Feststellungsurteil ergangen.“

**Formulierungsbeispiel 2:** „Einem rechtskräftigen Feststellungsurteil in seiner Wirkung gleichgestellt, schließen die Parteien heute, (Datum), folgenden Abfindungsvergleich: (...).“

Beim Abfindungsvergleich handelt es sich um einen gegenseitigen Vertrag i.S.v. **§ 779 BGB**. Es gelten die allgemeinen Vorschriften über Rechtsgeschäfte. Besondere Vorsicht ist bei der Beteiligung von Minderjährigen oder Betreuten am Abfindungsvergleich geboten: **Vertretungsverbote** (z.B. gem. §§ 1629 Abs. 2 S. 1, 1824 BGB) und **Genehmigungsvorbehalte** (z.B. gem. § 1854 Nr. 6 BGB, wenn der Vergleichswert € 6 000 übersteigt oder der Vergleich nicht einem schriftlichen oder protokollierten gerichtlichen Vergleichsvorschlag entspricht; gilt gem. § 1643 Abs. 5 BGB nicht für die Eltern) sind zu beachten.

## II. Entschädigung für immaterielle Schäden außerhalb des Schmerzensgeldes

### 1. Überblick

Nach § 253 Abs. 1 BGB kann wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden. Die materielle Entschädigung für immaterielle Schäden ist somit die Ausnahme, die grds. – zu einer wichtigen Ausnahme nachfolgend unter 2. – einer ausdrücklichen Anordnung durch den Gesetzgeber bedarf. Solche gesetzlichen Regelungen finden sich etwa in § 844 Abs. 3 BGB (Hinterbliebenengeld), § 651n Abs. 2 BGB (nutzlos aufgewendete Urlaubszeit), § 97 Abs. 2 S. 4 UrhG (Urheberpersönlichkeitsrecht), § 15 Abs. 2 AGG (Diskriminierung), Art. 82 Abs. 1 DSGVO (Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung), § 198 GVG (Verfahrensverzögerung) oder § 7 Abs. 1 StrEG (unberechtigte Strafverfolgungsmaßnahme).

### 2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

#### a) Rechtsgrundlagen

Nach ständiger **Rechtsprechung des BGH**<sup>215</sup> kann auch eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einen Anspruch auf eine Geldentschädigung begründen. Voraussetzung ist, dass es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen werden kann. Hat der BGH diesen Anspruch in der sog. **Herrenreiter-Entscheidung**<sup>216</sup> noch auf eine analoge Anwendung von § 847 BGB a.F. gestützt, geht er nun davon aus, dass es sich bei der Zubilligung einer Geldentschädigung gerade nicht um ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 BGB handelt.<sup>217</sup> BVerfG<sup>218</sup> und BGH<sup>219</sup> begreifen den Anspruch auf Geldentschädigung als Recht, das auf den **Schutzauftrag aus Art. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG** zurückgeht. Demgemäß wird der Anspruch auch aus § 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 1 und Art. 2 GG hergeleitet. Er beruht auf dem Gedanken, dass ohne einen solchen Anspruch Verletzungen der Würde und Ehre des Menschen häufig ohne Sanktion blieben mit der Folge, dass der Rechtsschutz der Persönlichkeit verkümmern würde. Die staatliche Pflicht, den Einzelnen vor Gefährdungen seines Persönlichkeitsrechts durch Dritte zu schützen, kann sich daher bis zur **verfassungsrechtlichen Gebotenheit** einer Geldentschädigung verdichten.<sup>220</sup>

<sup>215</sup> Vgl. nur BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

<sup>216</sup> BGH, Urt. v. 14.2.1958 – I ZR 151/56, BGHZ 26, 349 (354 ff.).

<sup>217</sup> Vgl. nur BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20, Rn 72; Beschl. v. 8.3.2022 – VI ZB 14/21, zfs 2022, 259 Rn 10; Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

<sup>218</sup> BVerfG, Beschl. v. 14.2.1973 – 1 BvR 112/65, BVerfGE 34, 269 (292) – Soraya.

<sup>219</sup> BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70, 72; v. 12.12.1995 – VI ZR 223/94, VersR 1996, 341 (342); v. 5.12.1995 – VI ZR 332/94, VersR 1996, 339 (340); v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (15).

<sup>220</sup> BVerfG, Beschl. v. 2.4.2017 – 1 BvR 2194/15, NJW-RR 2017, 879 Rn 10, 12.

<sup>211</sup> OLG Oldenburg, Urt. v. 28.2.2003 – 6 U 231/01, VersR 2004, 64.

<sup>212</sup> OLG Schleswig, Urt. v. 30.8.2000 – 4 U 158/98, VersR 2001, 983.

<sup>213</sup> Formulierungsbeispiel bei Almeroth, NJW 2024, 1457 (1458).

<sup>214</sup> BGH, Urt. v. 28.1.2003 – VI ZR 263/02, NJW 2003, 1524 (1525); OLG Schleswig, Beschl. v. 9.8.2022 – 7 U 90/22, NJW 2023, 528.

Der **Gesetzgeber** hat bislang davon abgesehen, den richterrechtlich geschaffenen Anspruch einfachrechtlich zu kodifizieren.<sup>221</sup>

Zuletzt hat das BVerfG<sup>222</sup> unter Berufung auf die Rechtsprechung des EGMR<sup>223</sup> eine Erstreckung des Geldentschädigungsanspruchs wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf das **Staatshaftungsrecht**, etwa im Rahmen des allgemeinen Aufopferungsanspruchs, angemahnt. Anlass hierfür war eine rechtswidrige, mit einer vollständigen Entkleidung verbundene körperliche Untersuchung eines Strafgefangenen.

## b) Funktion

Anders als beim Schmerzensgeld steht bei der Zuerkennung einer Geldentschädigung im Falle einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung nach der Rechtsprechung des BGH regelmäßig der **Genugtuungsgedanke** im Vordergrund.<sup>224</sup> Daneben dient der Anspruch der **Prävention**.<sup>225</sup>

## c) Voraussetzungen

Zunächst bedarf es einer **schwerwiegenden Verletzung** des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Geschädigten,<sup>226</sup> auch in Form einer Verletzung des Rechts am eigenen Bild. Ob die im Raum stehende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts hinreichend schwer wiegt, ist aufgrund der gesamten Umstände des Einzelfalles zu beurteilen. Dabei sind nach der Rechtsprechung des BGH<sup>227</sup> insb. Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, Anlass und Beweggrund des Handelnden und der Grad seines Verschuldens zu berücksichtigen.

Weiter darf die Beeinträchtigung **nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen** werden können. So kann bei der gebotenen Gesamtwürdigung etwa auch ein erwirkter Unterlassungstitel den Geldentschädigungsanspruch beeinflussen und ggf. sogar ausschließen.<sup>228</sup>

**Bejaht** wurde ein Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, der nach der Rechtsprechung nur in engen Grenzen zu gewähren ist,<sup>229</sup> etwa im Falle

- nicht erweislich wahrer Behauptungen im Zusammenhang mit der sog. sächsischen Korruptionsaffäre, der Geschädigte sei pädophil, habe eine Beziehung mit einer 14-Jährigen und sei korrupt,<sup>230</sup>

- der Veröffentlichung heimlich aufgenommener Bilder des minderjährigen Kindes einer Prominenten,<sup>231</sup>
- fortdauernder Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch unwahre Tatsachenbehauptung auf der Titelseite einer Zeitschrift (Caroline von Monaco).<sup>232</sup>

**Verneint** wurden die Voraussetzungen trotz Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts etwa

- im Falle der Bezeichnung des Geschädigten als „Arschloch“ als Reaktion auf ein Schreiben, in dem dieser Genugtuung über eine Krebserkrankung des Adressaten zum Ausdruck bringt,<sup>233</sup>
- bei groben Beleidigungen mittels SMS, wenn ein Unterlassungstitel erwirkt wurde,<sup>234</sup>
- bei Verletzung des Rechts auf ungestörte kindgemäße Entwicklung durch Bezeichnung einer identifizierbaren Grundschulkin als „Möchtegernüberspringerin“ und Wiedergabe einer entsprechenden Begebenheit in einem Buch einer (ehemaligen) Lehrerin bei Unterlassungstitel und (dienstrechtlichem) Ordnungsmittelverfahren,<sup>235</sup>
- bei Verletzung des Rechts am eigenen Bild durch die identifizierbare Abbildung einer Frau, die zufällig im Bikini neben einem prominenten Fußballspieler am Strand von Mallorca aufgenommen worden war, in einer Tageszeitung.<sup>236</sup>
- im Falle einer Verdachtsberichterstattung, die nur deshalb unzulässig ist, weil dem Betroffenen zuvor nicht ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden war.<sup>237</sup>

## d) Höhe

Wie beim Schmerzensgeld ist auch bei der Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts die Bemessung in erster Linie **Sache des Tatrichters**.<sup>238</sup> Entscheidend sind die konkreten Umstände des Einzelfalles. Bewirkt die persönlichkeitsrechtsverletzende Handlung zugleich eine Gesundheitsverletzung des Betroffenen (z.B. Depression), führt dies allerdings nicht zu einer Erhöhung der Geldentschädigung, sondern muss zum Gegenstand eines gesonderten Schmerzensgeldanspruchs gemacht werden.<sup>239</sup> Entsprechend müssen mit der Persönlichkeitsrechtsverletzung einhergehende wirtschaftliche Einbußen (z.B. Verlust von Kunden/Aufträgen) zum Gegenstand eines materiellen Schadensersatzanspruchs gemacht werden.<sup>240</sup> Umgekehrt ist in Fällen, in denen der Schädiger die Verletzung der Persönlichkeit seines Opfers als Mittel zur Auflagensteigerung und damit zur Verfolgung eigener kommerzieller Interessen eingesetzt hat, die Erzielung von Gewinnen aus der Rechtsverletzung allerdings mit einzu beziehen. In solchen Fällen muss von der Höhe der Geldentschädigung ein echter **Hemmungseffekt** ausgehen. Ein weiterer Bemessungsfaktor ist natürlich die **Intensität der Persönlichkeitsverletzung**, etwa eine nachhaltige Störung des Privatlebens oder eine besondere Hartnäckigkeit entsprechender Rechtsverletzungen. Allerdings darf die Geldentschädigung

<sup>221</sup> Vgl. BT-Drucks 14/7752, 24 f., 55; ferner Ahrens/Spickhoff, Deliktsrecht, § 45 Rn 47.

<sup>222</sup> BVerfG, Beschl. v. 19.5.2023 – 2 BvR 78/22, NVwZ-RR 2023, 649 m. Bspr. Gietl/Amberger, NJW 2023, 3468.

<sup>223</sup> EGMR, Urte. v. 22.10.2020 – Nr. 6780/18 und 30776/18, NJW 2022, 35 Rn 70 ff.

<sup>224</sup> Vgl. nur BGH, Urte. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 18, m.w.N.; ferner Urte. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 868 Rn 10.

<sup>225</sup> BGH, Urte. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, VersR 2014, 381 Rn 38; v. 6.12.2005 – VI ZR 265/04, BGHZ 165, 203 (207), m.w.N.; v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

<sup>226</sup> BGH, Urte. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9.

<sup>227</sup> BGH, Urte. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70; v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

<sup>228</sup> BGH, Urte. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

<sup>229</sup> BGH, Urte. v. 14.5.2013 – VI ZR 269/12, BGHZ 197, 213 Rn 31.

<sup>230</sup> BGH, Urte. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 13 ff.

<sup>231</sup> BGH, Urte. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (303 ff.).

<sup>232</sup> BGH, Urte. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (12 f.).

<sup>233</sup> BGH, Urte. v. 14.11.2017 – VI ZR 534/15, juris Rn 18 ff.

<sup>234</sup> BGH, Urte. v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9 ff.

<sup>235</sup> BGH, Urte. v. 15.9.2015 – VI ZR 175/14, BGHZ 206, 347 Rn 37 ff.

<sup>236</sup> BGH, Urte. v. 21.4.2015 – VI ZR 245/14, VersR 2014, 898 Rn 32 ff.

<sup>237</sup> BGH, Urte. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 45 ff.

<sup>238</sup> Vgl. nur BGH, Urte. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (307).

<sup>239</sup> BGH, Urte. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 72.

<sup>240</sup> BGH, Urte. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 664 Rn 49.

in Pressesachen keine Höhe erreichen, die die **Pressefreiheit** unverhältnismäßig einschränkt.<sup>241</sup>

### e) Sonstiges

Die Ausführungen zur Besteuerung (oben I. 7.), zur Anrechenbarkeit (oben I. 8.) und zum Prozessualen (oben I. 9.) des Schmerzensgeldanspruchs dürften weitgehend auf den Geldentschädigungsanspruch übertragbar sein.

Besonderheiten gelten hinsichtlich Übertragbarkeit und Vererblichkeit: Ob der Anspruch auf Gewährung einer Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts **abtretbar** (und damit pfändbar, § 851 Abs. 1 ZPO) ist, ist höchststrichterlich noch **nicht entschieden**.<sup>242</sup> Entschieden ist dagegen, dass der Anspruch **nicht vererblich** ist, wenn er dem Berechtigten nicht noch zu Lebzeiten rechtskräftig zugesprochen wurde.<sup>243</sup> An dieser maßgeblich auf die Genugtuungsfunktion des Anspruchs abstellenden Rechtsauffassung hat der BGH zuletzt in seiner Entscheidung zu den sog. „Kohl-Protokollen“ ausdrücklich festgehalten, weil einem Verstorbenen keine Genugtuung mehr verschafft werden könne.<sup>244</sup> In der Literatur wird die Annahme des BGH, der Anspruch sei grundsätzlich unvererblich, ganz überwiegend abgelehnt.<sup>245</sup> Diese Kritik aufnehmend beabsichtigt der Gesetzgeber nunmehr, die als unbillig empfundene Schutzlücke zu schließen und die Vererblichkeit von Geldentschädigungen aufgrund von Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch eine Ergänzung des § 1922 BGB klarzustellen.<sup>246</sup>

### f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts?

In seinem Urteil vom 2.4.2019 (VI ZR 13/18, „Weiterleben als Schaden“)<sup>247</sup> hat der VI. Zivilsenat des BGH angedeutet, es könnte einen Anspruch auf Geldentschädigung auch wegen einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechts geben, wenn lebenserhaltende Maßnahmen gegen den Willen des Patienten aufrechterhalten werden. Letztlich konnte er dies aber offenlassen, weil ein gegen die im dortigen Fall durchgeführte Sondenernährung stehender Wille des inzwischen verstorbenen Pati-

enten vom Berufungsgericht nicht festgestellt werden konnte. Obwohl das Selbstbestimmungsrecht des Patienten insoweit (auch) dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht entspringt, es sich auch bei einem solchen Anspruch also letztlich um einen Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts handelte, wäre er vom vorstehend behandelten Anspruch zu unterscheiden. Insbesondere die Vererblichkeitsfrage dürfte hier nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ abweichend zu beurteilen sein.

## 3. Hinterbliebenengeld

### a) Grundsätzliches

Mit Wirkung zum 22.7.2017 wurde in Deutschland das sog. Hinterbliebenengeld eingeführt.<sup>248</sup> § 844 Abs. 3 BGB und die entsprechenden Vorschriften in Spezialgesetzen (§ 86 Abs. 3 AMG, § 32 Abs. 4 S. 5 u. 6 GenTG, § 7 Abs. 3 ProdHaftG, § 12 Abs. 3 UmwHG, § 28 Abs. 3 AtomG, § 10 Abs. 3 StVG, § 5 Abs. 3 HaftPflG, § 35 Abs. 3 LuftVG) sehen nun – unterhalb der Schwelle einer medizinisch fassbaren eigenen Gesundheitsverletzung und damit unabhängig von den Voraussetzungen der Schockschadensrechtsprechung – für den Fall der Tötung auch eine angemessene Entschädigung in Geld für das **seelische Leid** vor, das ein **Hinterbliebener** erleidet, der zur Zeit der Verletzung in einem besonderen Näheverhältnis zum Getöteten stand. Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld ist Zeichen der Anerkennung für das seelische Leid der Hinterbliebenen, nicht Ausgleich für den Verlust des nahestehenden Menschen.<sup>249</sup>

### b) Voraussetzungen

Hinterbliebenengeld kommt – anders als Schmerzensgeld auf der Grundlage der Rechtsprechung zum Schockschaden – nur im Falle der **Tötung** und nicht bei (bloß) schweren Verletzungen in Betracht. Voraussetzung ist ein besonderes **persönliches Näheverhältnis** zum Getöteten. Bei Ehegatten, Lebenspartnern, Eltern oder Kindern des Getöteten wird dieses Näheverhältnis gem. § 844 Abs. 3 S. 2 BGB vermutet. Die Vermutung ist – etwa im Falle der Entfremdung – widerlegbar.<sup>250</sup> Auf der anderen Seite ist die Aufzählung nicht abschließend; auch sonstige Personen, die eine besondere soziale Bindung zum Getöteten haben, können anspruchsberechtigt sein. Sie müssen dann aber das besondere Näheverhältnis darlegen und ggf. beweisen.<sup>251</sup>

Nach Art. 229 § 43 EGBGB ist § 844 Abs. 3 BGB – ebenso wie die spezialgesetzlichen Parallelnormen – nur anwendbar, wenn die zum Tode führende Verletzung nach dem 22.7.2017 eingetreten ist.

### c) Höhe

Die nach **§ 287 ZPO** vorzunehmende Bemessung der Hinterbliebenenentschädigung darf **nicht schematisch** erfolgen. Maßgeblich ist vielmehr die konkrete seelische Beeinträchtigung des betroffenen Hinterbliebenen, es kommt folglich auf die Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles an. Ähnlich wie beim Schmerzensgeld ist sowohl der Ausgleichs- als auch der

<sup>241</sup> Vgl. BGH, Ur. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (16); ferner Ur. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 77.

<sup>242</sup> Ausdrücklich offengelassen von BGH, Beschl. v. 18.6.2020 – IX ZB 11/19, NJW-RR 2020, 995 Rn 15; v. 22.5.2014 – IX ZB 72/12, NJW-RR 2014, 1009 Rn 16; Ur. v. 24.3.2011 – IX ZR 180/10, BGHZ 189, 65 Rn 36. Das zur alten Rechtslage (§ 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss) ergangene Urteil des VI. Zivilsenats des BGH v. 25.2.1969 (VI ZR 241/67, VersR 1969, 519, juris Rn 33), das von Unübertragbarkeit ausging, ist dagegen mit Aufhebung des § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F. zum 1.7.1990 (BGBl. I 1990, 428) überholt.

<sup>243</sup> BGH, Ur. v. 23.5.2017 – VI ZR 261/16, BGHZ 215, 117 Rn 12 ff.; v. 29.11.2016 – VI ZR 530/15, NJW 2017, 800 Rn 8; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 4 ff; ebenso OLG Köln, Ur. v. 29.5.2018 – 15 U 64/17, juris Rn 709 ff. – „Kohl-Protokolle“.

<sup>244</sup> BGH, Ur. v. 29.11.2021 – 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10 ff.; die Verfassungsbeschwerde der unterlegenen Klägerin wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 24.10.2022 – 1 BvR 110/22, NJW 2023, 757.

<sup>245</sup> Vgl. statt vieler: Götting, GRUR 2022, 369 (373 f.); Gsell, NJW 2022, 868 (871); Hager, JA 2022, 338 (339); BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2022, BGB § 253 Rn 43.

<sup>246</sup> RefE BMJ v. 15.5.2024 zur Änderung des BGB – Einsichtnahme in die Patientenakte und Vererblichkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzung.

<sup>247</sup> BGHZ 221, 352 Rn 23; die Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, juris.

<sup>248</sup> BGBl. I 2017, 2421; ausführlich zum Hinterbliebenengeld: Huber/Kadner Graziano/Luckey, Hinterbliebenengeld, 2018.

<sup>249</sup> Vgl. BGH, Ur. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f.

<sup>250</sup> Vgl. BGH, Beschl. v. 18.5.2020 – 6 StR 48/20, DAR 2020, 465 (466).

<sup>251</sup> Müller, VersR 2017, 321 (323).

Genugtuungsgedanke in den Blick zu nehmen. Die Entschädigung soll dem Hinterbliebenen einen gewissen Ausgleich bieten für die seelischen Beeinträchtigungen, die durch den Tod einer geliebten Person eintreten; auch wenn ein echter Ausgleich nicht möglich ist, soll mit der Entschädigung das mit dem Verlust des Angehörigen verbundene seelische Leid wenigstens gelindert werden. Zugleich soll die Hinterbliebenenentschädigung aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Hinterbliebenen für das, was er ihm durch die Herbeiführung des Todes einer geliebten Person angetan hat, Genugtuung schuldet.<sup>252</sup>

Maßgeblich sind im Wesentlichen die **Intensität und Dauer des erlittenen seelischen Leids** sowie der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei lässt sich aus der Art des Näheverhältnisses, der Bedeutung des Verstorbenen für den Anspruchsteller und der Qualität der tatsächlich gelebten Beziehung auf die Intensität des seelischen Leids rückschließen.<sup>253</sup> Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hinterbliebenen sind nach der Rechtsprechung des BGH dagegen wie bei § 253 BGB nur dann zu berücksichtigen, wenn sie sich auf seine seelische Verfassung prägend ausgewirkt haben.<sup>254</sup> Der im Gesetzentwurf zur Einführung des Hinterbliebenengeldes genannte Betrag von **€ 10 000**<sup>255</sup> bietet im Ergebnis eine **Orientierungshilfe**, von der allerdings im Einzelfall sowohl nach unten als auch nach oben abgewichen werden kann.<sup>256</sup>

Zu beachten ist jedoch, dass der dem Hinterbliebenen im Einzelfall zuerkannte Betrag im Regelfall hinter demjenigen zurückbleiben muss, der ihm zustünde, wenn das von ihm erlittene seelische Leid die Qualität einer Gesundheitsverletzung hätte. Im **Verhältnis zum Anspruch auf Zahlung eines Schmerzensgeldes**, das mehr, nämlich eine eigene Gesundheitsverletzung voraussetzt, besteht folglich zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen ein **Abstandsgebot**.<sup>257</sup>

#### d) Verhältnis zu anderen Vorschriften

##### aa) Verhältnis zum Schockschaden

Bei dem Hinterbliebenengeld nach § 844 Abs. 3 BGB und dem Schockschadensersatz handelt es sich im Hinblick auf deren Rechtsnatur, Anwendungsbereich und Voraussetzungen um **unterschiedliche Rechtsinstitute**.<sup>258</sup> Soweit entweder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Schockschaden, nicht aber auf Hinterbliebenengeld (z.B. weil der Angehörige „nur“ schwer verletzt wurde) oder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, nicht aber auf Schockschaden (z.B. weil beim Hinterbliebenen keine Gesundheitsverletzung, sondern „nur“ Trauer festgestellt werden kann) vorliegen, stehen die Ansprüche nebeneinander. In diesem Fall ist lediglich das unter c) erläuterte **Abstandsgebot** zu beachten.

Im **Überschneidungsbereich**, also wenn sowohl die Voraussetzungen auf Ersatz eines Schockschadens als auch die auf Zahlung eines Hinterbliebenengeldes vorliegen, geht nach dem

eindeutigen Willen des Gesetzgebers „der Anspruch auf Ersatz des Schockschadens dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld vor, bzw. letzterer geht in erstgenanntem auf“.<sup>259</sup> Es handelt sich insoweit um den seltenen Fall einer **Anspruchskonsumtion**, um eine Doppelkompensation zu vermeiden. Die Frage ist allerdings in der Literatur nicht unumstritten<sup>260</sup> und höchst richterlich noch nicht entschieden.

##### bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungsrecht

Anders als im Fall des Schockschadens<sup>261</sup> gilt das unfallversicherungsrechtliche Haftungsprivileg für **Arbeitsunfälle** (§§ 104 Abs. 1, 105 Abs. 1 SGB VII) auch für das Hinterbliebenengeld. Die Verlagerung des Schadensausgleichs in den sozialrechtlichen Bereich erfasst auch die Angehörigen, die in den Schutz des Betriebsfriedens einbezogen werden.<sup>262</sup>

## 4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO

### a) Grundsätzliches

Nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO hat jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DSGVO, also wegen eines Fehlers bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** i.S.d. Art. 2 Abs. 1 DSGVO ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, **unmittelbar aus dem Unionsrecht** Anspruch auf Schadensersatz gegen den Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) oder gegen den Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO). Es handelt sich um eine **Haftung für vermutetes Verschulden**, bei der dem Verantwortlichen der Beweis obliegt, nicht für den Umstand, durch den der Schaden eingetreten ist, verantwortlich zu sein (Art. 82 Abs. 3, ErwG 146 S. 2 DSGVO).<sup>263</sup> Der Anspruch dient allein dem Ausgleich des entstandenen Schadens; ein darüber hinausgehender Straf- oder Sanktionscharakter wohnt dem Anspruch nicht inne (**Ausgleichsfunktion**).<sup>264</sup>

Der ausgleichende Schaden ist freilich nicht zu gering anzusetzen, ein Datenschutzverstoß nicht als lässliche Sünde einzuordnen: Nach der maßgeblichen Rechtsprechung des EuGH wiegt der durch eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten entstandene Schaden vielmehr **seiner Natur nach nicht weniger schwer als eine Körperverletzung**.<sup>265</sup> Zahlreiche Details der unionsrechtlichen Vorgaben bedürfen noch der Konturierung durch den EuGH und – soweit es wie etwa bezüglich der Anspruchshöhe innerstaatlichen Spielräume gibt – durch die Rechtsprechung von BGH und BAG. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche und der damit zwangsläufig einhergehenden Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) lässt sich aber schon jetzt vorhersagen, dass

<sup>252</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f., m.w.N.

<sup>253</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 15; vgl. auch Ur t. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

<sup>254</sup> BGH, Ur t. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

<sup>255</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, BT-Drucks 18/11397, 11.

<sup>256</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 18.

<sup>257</sup> Vgl. BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 21; a.A. Jansen, JZ 2024, 64 (69).

<sup>258</sup> BGH, Ur t. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 17; v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, BGHZ 233, 1 Rn 33.

<sup>259</sup> BT-Drucks 18/11397, 12; OLG Köln, Ur t. v. 5.5.2022 – 18 U 168/21, VersR 2022, 1109, juris Rn 52; LG Leipzig, Ur t. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95; LG Tübingen, Ur t. v. 17.5.2019 – 3 O 108/18, NZV 2019, 626 (627); MüKoBGB/Wagner, § 844 Rn 111; Lang/Bucka, DAR 2020, 445 (450); Lang/Nugel, VersR 2023, 1416 (1421); jeweils m.w.N.

<sup>260</sup> Vgl. zur Gegenauffassung etwa BeckOGK BGB/Eichelberger, BGB, Stand 1.3.2024, § 844 Rn 227; Staudinger, DAR 2019, 601 f.: kumulativer Anspruch; jeweils m.w.N.

<sup>261</sup> Hierzu BGH, Ur t. v. 6.2.2007 – VI ZR 55/06, NJW-RR 2007, 1395.

<sup>262</sup> BGH, Ur t. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, BGHZ 233, 1 Rn 12 ff.

<sup>263</sup> EuGH, Ur t. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Ur t. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn. 94.

<sup>264</sup> EuGH, Ur t. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22.

<sup>265</sup> EuGH, Ur t. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 39.

es sich bei dem Anspruch aus Art. 82 DSGVO um eine **zentrale Haftungsnorm der Zukunft** handelt.<sup>266</sup>

### b) Voraussetzungen

Der Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO beruht auf den folgenden drei Voraussetzungen, die kumulativ vorliegen müssen und vom Anspruchsteller darzulegen und zu beweisen sind:<sup>267</sup>

1. Verstoß gegen die DSGVO
  2. Entstehung eines Schadens, materiell oder immateriell
  3. Kausalzusammenhang zwischen Verstoß und Schaden
- Ein Verschulden des Verantwortlichen wird dagegen im Falle eines Datenschutzverstoßes grundsätzlich vermutet; die Beweislast fehlenden Verschuldens liegt daher beim Verantwortlichen (Beweislastumkehr).<sup>268</sup> Im Einzelnen:

#### aa) Verstoß gegen die DSGVO

Haftungsbegründend kann jeder Verstoß gegen die DSGVO (Art. 82 Abs. 1 DSGVO), genauer: **jede nicht der DSGVO entsprechende Verarbeitung personenbezogener Daten** (Art. 82 Abs. 2, ErWG 146 S. 1 DSGVO) sein. „Verarbeitung“ ist nach Art. 4 Nr. 2 DSGVO das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung von personenbezogenen Daten; in Betracht kommen damit Verstöße z.B. gegen Art. 5, 6, 24 und 32 DSGVO.<sup>269</sup> Eine Verletzung der Sicherheit der Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) muss mit dem Verstoß als solchem nicht notwendig verbunden sein, dies kann aber für die Frage eines ersatzfähigen Schadens relevant werden. Im Unterschied zum Anspruch auf Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (dazu oben unter 2.c) muss der Verstoß auch **nicht von besonderer Schwere** sein.<sup>270</sup>

Eine **wichtige Ausnahme** gilt es dabei zu beachten: Die Datenverarbeitung zu **journalistischen Zwecken** unterfällt in Deutschland grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der DSGVO und damit auch nicht dem Ersatzanspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO, weil die Länder insoweit von der Öffnungsklausel des Art. 85 Abs. 2 DSGVO Gebrauch gemacht haben (sog. **Medienprivileg**).<sup>271</sup> Eine unrechtmäßige Presseberichterstattung kann daher, auch wenn sich ihre Rechtswidrigkeit gerade aus der Verwendung personenbezogener Daten (z.B. dem Namen oder einem Bild) des Betroffenen ergibt, weiterhin nur unter den strengeren Voraussetzungen des Geldentschädigungsanspruchs (oben 2.c) zu einem Ausgleich immateriellen Schadens führen.

Im Anwendungsbereich der DSGVO kann der Betroffene nach Art. 82 Abs. 2 DSGVO nicht nur jeden für die Verarbeitung per-

sonenbezogener Daten Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO), sondern, soweit vorhanden, auch jeden Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO) in Anspruch nehmen. Die Anspruchsverpflichteten haften als **Gesamtschuldner** (Art. 82 Abs. 4, ErWG 146 S. 7 ff. DSGVO).

Der Verstoß gegen die DSGVO muss von dem Verantwortlichen verschuldet sein. Dessen **Verschulden** wird aber im Sinne einer Beweislastumkehr zugunsten des Betroffenen solange **vermutet**, bis der Verantwortliche nachgewiesen hat, dass er in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden entstanden ist, verantwortlich ist (Art. 82 Abs. 3, ErWG 74, 146 S. 2 DSGVO). Der **Entlastungsbeweis** ist geführt, wenn der Verantwortliche im konkreten Fall nachweist, alle nach Art. 24 und Art. 32 DSGVO gebotenen Maßnahmen technischer und organisatorischer Art getroffen zu haben.<sup>272</sup> Hierfür gelten strenge Anforderungen. Für eine Haftungsbefreiung reicht es nicht aus, sich auf das Fehlverhalten nachgeordneter Personen zu berufen, die Weisungen nicht befolgt hätten.<sup>273</sup> Wurde die Verletzungshandlung von Dritten (Art. 4 Nr. 10 DSGVO), etwa Cyberkriminellen/Hackern begangen, muss der Verantwortliche zu seiner Entlastung nachweisen, dass das von ihm vorgehaltene Schutzniveau insb. unter Berücksichtigung des Stands der Technik (Art. 32 Abs. 1 DSGVO) angemessen war.<sup>274</sup>

#### bb) Schaden

Der unionsrechtliche Begriff des Schadens i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO ist unabhängig von nationalen Vorstellungen, d.h. autonom und in der gesamten Union einheitlich<sup>275</sup> „weit auf eine Art und Weise [auszulegen], die den Zielen [der DSGVO] in vollem Umfang entspricht“ (ErWG 146 S. 3). Maßgeblich ist letztlich die Rechtsprechung des EuGH. Danach handelt es sich – dem Wortlaut des Art. 82 Abs. 1 DSGVO folgend – beim Entstehen eines Schadens um eine **eigenständige Anspruchsvoraussetzung**. Das Vorliegen eines Datenschutzverstoßes reicht für sich genommen nicht für die Begründung des Anspruchs aus,<sup>276</sup> der Eintritt eines **individuellen Schadens des Betroffenen** ist neben dem Datenschutzverstoß vielmehr zusätzlich zu prüfen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass insofern **keine Bagatellgrenze** existiert, der Schaden also keine wie auch immer geartete Erheblichkeitsschwelle überschreiten muss.<sup>277</sup>

Im Ergebnis kann auch die durch einen Verstoß gegen die DSGVO ausgelöste **Befürchtung** des Betroffenen, seine personenbezogenen Daten könnten von Dritten missbraucht werden, und damit der – auch nur kurzzeitige – **Verlust der Kontrolle** über personenbezogene Daten schon einen immateriellen Schaden i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO darstellen (vgl. ErWG 75, 85).<sup>278</sup> Zu einem darüberhinausgehenden Identitätsdiebstahl infolge des Kontrollverlustes muss es nicht gekommen sein.<sup>279</sup> Der Kontrollverlust selbst ist aber vom Betroffenen nachzuwei-

<sup>266</sup> Im Arbeitsrecht gehört Art. 82 DSGVO schon jetzt zum Arsenal nahezu eines jeden Kündigungsschutzstreits.

<sup>267</sup> EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21 Rn 34 f.

<sup>268</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Urt. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 94.

<sup>269</sup> Vgl. EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 42 f.; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52 f.

<sup>270</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 30. Dies ist durchaus bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht das „Mutterrecht“ des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist (vgl. BVerfG, Urt. v. 15.12.1983 – 1 BvR 209/83 u.a., BVerfGE 65, 1), dessen Schutz die DSGVO dient.

<sup>271</sup> BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 18.

<sup>272</sup> EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 38 ff.; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 96; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52.

<sup>273</sup> EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 51 ff.

<sup>274</sup> EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 71 ff.

<sup>275</sup> EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 29 f.

<sup>276</sup> EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

<sup>277</sup> EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 12 ff.; v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 45 ff.

<sup>278</sup> EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 66; v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 22; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 82.

<sup>279</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 57.



sen; die bloße Behauptung eines befürchteten Kontrollverlustes genügt ebenso wenig<sup>280</sup> wie das nur hypothetisch gebliebene Risiko einer missbräuchlichen Verwendung in einem Fall, in dem der unbefugte Dritte nachweislich keine Kenntnis von den personenbezogenen Daten des Betroffenen genommen hat.<sup>281</sup>

### cc) Kausalzusammenhang

Der haftungsbegründende Verstoß gegen die DSGVO muss **ursächlich** für den entstandenen individuellen Schaden des Betroffenen gewesen sein (vgl. Art. 82 Abs. 1 DSGVO: „wegen eines Verstoßes ... Schaden entstanden“).<sup>282</sup> Eine **Mitursächlichkeit** reicht insoweit nach allgemeinen Grundsätzen aus; insbesondere hindert auch das vorsätzliche **Hinzutreten Dritter** (z.B. Hacker), die sich eine unzureichende Sicherung von personenbezogenen Daten zunutze machen und diese abgreifen, den Kausalzusammenhang zwischen unzureichender Sicherung der Daten durch den Verantwortlichen und dem durch den Datendiebstahl entstandenen Schaden nicht.<sup>283</sup>

### c) Höhe

Die Bemessung der Höhe des nach Art. 82 DSGVO geschuldeten Schadensersatzes richtet sich mangels einer unionsrechtlichen Bestimmung letztlich zwar nach **nationalem Recht**,<sup>284</sup> das **Unionsrecht** macht aber eine Reihe von **Vorgaben**:

- Nach dem **Äquivalenzgrundsatz** dürfen die verfahrensrechtlichen Modalitäten zur Durchsetzung des unionsrechtlichen Anspruchs nicht ungünstiger sein als die diejenigen zur Durchsetzung innerstaatlich begründeter Ansprüche; nach dem **Effektivitätsgrundsatz** darf die Ausübung des unionsrechtlichen Anspruchs diesen nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.<sup>285</sup>
- Mit dem nach Art. 82 DSGVO zu gewährenden Betrag ist der konkrete (immaterielle) Schaden des Betroffenen **vollständig auszugleichen** (vgl. ErwG 146 S. 6); nicht weniger, aber auch nicht mehr (allein Ausgleichsfunktion). Das bedeutet nach unten, dass auch ein geringfügiger Schaden auszugleichen ist (**keine Bagatellgrenze**),<sup>286</sup> und nach oben, dass der zuzusprechende Betrag nicht über den vollständigen Ersatz des Schadens des Betroffenen hinausgehen darf,<sup>287</sup> auch wenn im Ergebnis nur ein geringer Betrag verbleibt.<sup>288</sup> Insbesondere hat der Anspruch aus Art. 82 DSGVO **keine Straffunktion**, die Zumessungskriterien der Art. 83 f. DSGVO finden folglich keine Anwendung.<sup>289</sup> Die Schwere des Datenschutzverstoßes spielt daher für sich genommen ebenso wenig eine Rolle wie die Anzahl der Verstöße oder der Grad des Verschuldens (soweit dem Schädiger nicht der Entlastungsbeweis gelingt).<sup>290</sup> Auch die Verletzung weiterer Vorschriften (etwa des Berufsrechts) außerhalb der DSGVO ist nicht geeignet, den Anspruch aus Art. 82 DSGVO zu erhöhen, sie kann allerdings zusätzliche Ansprüche auslösen.<sup>291</sup>

Bei Beachtung dieser Vorgaben obliegt die Bemessung des Schadens nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechts dem Tatrichter, es gilt **§ 287 ZPO**. Die bisherige Rechtsprechung ist freilich von einer großen Spannweite geprägt. Es wird Aufgabe von Arbeitshilfen wie dieser sein, für die Zukunft einen verlässlichen Rahmen zur Bemessung des immateriellen Schadens aus Art. 82 DSGVO zu schaffen. Hinsichtlich der **bislang zu Art. 82 DSGVO ergangenen Entscheidungen**<sup>292</sup> ist dagegen höchste **Vorsicht** geboten: Die vor der Konturierung durch die jüngsten EuGH-Entscheidungen ergangenen Entscheidungen deutscher Gerichte gehen fast durchgehend (jedenfalls auch) von falschen Bemessungskriterien (z.B. Abschreckungsfunktion, Grad des Verschuldens) aus und dürften größtenteils überholt sein.

<sup>280</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 35.

<sup>281</sup> EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 68 f.

<sup>282</sup> EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

<sup>283</sup> Vgl. EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22.

<sup>284</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 27.

<sup>285</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 32 f.

<sup>286</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 44.

<sup>287</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 41.

<sup>288</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 45.

<sup>289</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22; v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 56.

<sup>290</sup> EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 64; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 103.

<sup>291</sup> EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 45 ff.

<sup>292</sup> Vgl. dazu etwa die lfd. Nrn. 3266, 3267, 3326, 3350, 3353, 3355, 3362, 3363, 3364, 3385, 3386, 3383, 3387 der Schmerzensgeldtabelle.

## B. Entscheidungen deutscher Gerichte

<b>Verzeichnis der Urteile</b> .....	35	Zahnbeschädigung, Zahnverlust, Zahnschmerzen.....	249
		durch vorsätzliche Körperverletzung.....	251
		sonstige.....	253
<b>I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung</b> .....	47	<b>Hals</b> .....	254
<b>Arm</b> .....	47	Allgemeine Verletzungen.....	254
Amputation.....	47	<b>Hand, Handgelenk, Finger</b> .....	255
Bruch.....	50	Amputation.....	256
Oberarmbruch.....	54	Bruch.....	258
Unterarmbruch.....	62	Sonstige Verletzungen.....	270
Ellenbogen.....	71	Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	275
Sonstiger Armbruch.....	75	<b>Hüfte</b> .....	279
Sonstige Verletzungen.....	75	Bruch.....	280
<b>Becken</b> .....	81	Sonstige Verletzungen.....	286
Bruch.....	81	Arthrose.....	293
Sonstige Verletzungen.....	87	<b>Innere Organe</b> .....	293
<b>Bein</b> .....	88	Bauch und Magen.....	293
Prellungen, Blutergüsse und allg. Verletzungen.....	89	Darm.....	298
Knie.....	91	Herz und Kreislauf.....	307
Bruch.....	92	Leber, Galle.....	311
Sonstige Verletzungen.....	108	Lunge, Luftröhre, Zwerchfell.....	313
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	114	Milz.....	320
Arthrose.....	123	Niere, Blase, Harnröhre.....	323
Oberschenkel.....	124	<b>Kopf</b> .....	330
Amputation.....	124	Gehirnerschütterung.....	330
Bruch.....	128	Gehirnverletzungen.....	331
Sonstige Verletzungen.....	143	Schädelhirntrauma 1. Grades.....	355
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	145	Schädelhirntrauma 2. Grades.....	362
Unterschenkel.....	146	Schädelhirntrauma 3. Grades.....	366
Amputation.....	146	Kopfwunden.....	378
Bruch.....	150	durch vorsätzliche Körperverletzung.....	380
Sonstige Verletzungen.....	172	Schädelbruch.....	381
Verletzungen, Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	174	Prellungen, Blutergüsse.....	385
<b>Brust und Brustkorb</b> .....	175	Haare.....	387
Bruch.....	175	<b>Nerven</b> .....	390
Quetschungen, Prellungen und sonstige Verletzungen.....	178	Epilepsie und sonstige Krampfanfälle.....	391
Rippenbruch.....	182	Lähmung.....	393
<b>Fuß mit Sprunggelenk</b> .....	184	Zerreißung, Durchtrennung, Reizung, Einklemmung u. Ä.....	406
Amputation.....	185	Sensibilitätsausfall und Sensibilitätsstörungen.....	413
Bruch (auch Knöchelbruch).....	186	<b>Rücken</b> .....	415
Sonstige Verletzungen.....	208	Allgemeine Verletzungen.....	415
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	213	Schulter.....	416
Arthrose.....	215	Bruch (auch Schlüsselbeinbruch).....	418
Zehe (Bruch und sonstige Verletzungen).....	215	Sonstige Verletzungen.....	427
<b>Geschlechtsorgane/Sexualstörungen</b> .....	218	Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	430
männlich.....	218	Wirbelsäule mit Lendenwirbel.....	439
weiblich.....	221	Wirbelsäule (Brustwirbel, Lendenwirbel, Kreuzbein, Steißbein).....	443
Amputation Brust.....	227	HWS-Schleudertrauma und sonstige Verletzungen.....	459
<b>Gesicht</b> .....	230	Querschnittslähmung.....	507
Bruch.....	230	<b>Sinnesorgane</b> .....	525
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	235	Auge.....	525
Allgemeine Verletzungen (Nase, Stirn, Lippen, Zunge, etc.).....	238	Verletzungen.....	525
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	241	Verlust oder Beeinträchtigung des Sehvermögens.....	528
Gesichtsnarben und -entstellungen.....	243	Verlust des Auges.....	540
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	244	Verlust und Beeinträchtigung von Geruchs- und Geschmackssinn.....	542
Kieferverletzungen und Kieferbrüche.....	245		
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	248		

Ohr.....	543	<b>Persönlichkeitsrechtsverletzung</b> .....	768
Schwerhörigkeit oder Beeinträchtigung des		<b>Polytraumen</b> .....	814
Hörvermögens.....	543	<b>Produkthaftung</b> .....	877
Sonstige Verletzungen.....	548	<b>Psychische Schäden</b> .....	877
Stimmbänder, Kehlkopf und sonstige Sprachstörungen.....	550	Psychische Primärschäden, insb. Schockschäden und	
<b>Thrombose</b> .....	553	Posttraumatische Belastungsstörung.....	879
<b>Verbrennungen</b> .....	555	durch Miterleben von Unfalltod, Erhalt der	
<b>Verätzungen, Vergiftungen, Strahlenschäden</b> .....	562	Unfallnachricht.....	902
<b>Verletzungen mit Todesfolge</b> .....	565	durch Fehldiagnose.....	912
		Hinterbliebenengeld.....	914
		Psychische Folgeschäden nach physischem	
		Primärschaden.....	924
<b>II. Häufige Verletzungsarten</b> .....	581	<b>Schussverletzung</b> .....	939
<b>Distorsion</b> .....	581	<b>Sportunfälle</b> .....	942
<b>Entzündungen und Infektionen</b> .....	581	<b>Sterilisation u. Ä.</b> .....	943
<b>Quetschungen</b> .....	586	<b>Ungewollte Schwangerschaft und Geburt</b> .....	944
<b>Quetschungen</b> .....	586	<b>Vergewaltigung, sexueller Missbrauch u. Ä.</b> .....	946
<b>Risswunden</b> .....	586	Erwachsene.....	946
<b>Schnitt- und Platzwunden</b> .....	587	Kinder.....	952
<b>Verrenkungen</b> .....	587	<b>Verletzung der Verkehrssicherungspflicht</b> .....	963
<b>Versteifung</b> .....	587	<b>Verzögerliche Schadensregulierung</b> .....	965
		<b>Vorsätzliche Körperverletzung</b> .....	966
<b>III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungsursachen und Verletzungsfolgen</b> .....	588		
<b>Aids</b> .....	588		
<b>Behandlungsfehler, Ärztlicher Kunst- und Aufklärungsfehler</b> .....	589		
Behandlungsfehler.....	592		
bei Schönheitsoperationen.....	646		
mit Todesfolge.....	651		
Zahn.....	659		
Fehlende Aufklärung/Einwilligung.....	679		
<b>Dekubitus</b> .....	696		
<b>Geburtsschäden</b> .....	697		
Fehlgeburt, Totgeburt, vorzeitige Wehen u. Ä.....	697		
Hirnschäden.....	698		
Sonstige Schäden.....	727		
<b>Freiheitsentziehung</b> .....	730		
<b>Hundebisswunden und sonstige Verletzungen durch Tiere</b> .....	738		
<b>Messerstich</b> .....	758		
<b>Mobbing/Diskriminierung</b> .....	763		
<b>Narbe (entstellend)</b> .....	766		

# Verzeichnis der Urteile

## Urteile 1–310

1	S. 47	54	S. 63	108	S. 77	160	S. 90	213	S. 108	266	S. 119
2	S. 48	55	S. 63	109	S. 77	161	S. 90	214	S. 108	267	S. 119
3	S. 48	56	S. 64	110	S. 78	162	S. 90	215	S. 108	268	S. 120
4	S. 48	57	S. 64	111	S. 78	163	S. 90	217	S. 108	269	S. 120
5	S. 49	58	S. 64	112	S. 78	164	S. 91	218	S. 108	270	S. 120
6	S. 49	59	S. 64	113	S. 78	165	S. 91	219	S. 108	271	S. 121
7	S. 49	60	S. 64	114	S. 78	166	S. 91	220	S. 109	272	S. 121
8	S. 50	61	S. 64	115	S. 78	167	S. 92	221	S. 109	273	S. 121
9	S. 51	63	S. 65	116	S. 78	168	S. 92	222	S. 109	274	S. 121
10	S. 52	64	S. 65	117	S. 79	169	S. 92	223	S. 109	275	S. 122
11	S. 53	65	S. 65	118	S. 79	170	S. 93	224	S. 109	276	S. 122
12	S. 54	66	S. 65	119	S. 79	171	S. 93	225	S. 110	277	S. 122
13	S. 54	67	S. 66	120	S. 79	172	S. 93	226	S. 110	278	S. 123
15	S. 55	68	S. 66	121	S. 80	173	S. 93	227	S. 110	279	S. 123
16	S. 55	69	S. 67	122	S. 81	174	S. 93	228	S. 110	280	S. 123
17	S. 55	71	S. 67	123	S. 81	176	S. 94	229	S. 110	281	S. 124
18	S. 55	72	S. 68	124	S. 81	177	S. 94	230	S. 110	282	S. 124
19	S. 55	73	S. 68	125	S. 82	178	S. 94	231	S. 111	283	S. 125
20	S. 55	74	S. 68	126	S. 82	179	S. 95	232	S. 111	284	S. 125
21	S. 56	75	S. 68	127	S. 82	180	S. 95	233	S. 111	285	S. 126
22	S. 56	76	S. 68	128	S. 82	181	S. 95	234	S. 111	286	S. 126
23	S. 56	77	S. 68	129	S. 82	182	S. 96	235	S. 111	287	S. 127
24	S. 56	78	S. 69	130	S. 82	183	S. 96	236	S. 112	288	S. 127
25	S. 56	79	S. 69	131	S. 83	184	S. 97	237	S. 112	289	S. 127
26	S. 56	80	S. 69	132	S. 83	185	S. 97	238	S. 112	290	S. 128
27	S. 56	81	S. 69	133	S. 83	186	S. 97	239	S. 112	291	S. 128
28	S. 57	82	S. 69	134	S. 83	187	S. 97	240	S. 113	292	S. 129
29	S. 57	83	S. 70	135	S. 83	189	S. 97	241	S. 113	293	S. 129
30	S. 57	84	S. 70	136	S. 84	190	S. 98	242	S. 113	294	S. 129
31	S. 57	85	S. 70	137	S. 84	191	S. 98	243	S. 114	295	S. 129
32	S. 57	86	S. 71	138	S. 84	192	S. 98	244	S. 114	296	S. 129
33	S. 58	87	S. 71	139	S. 84	193	S. 99	245	S. 114	297	S. 130
34	S. 58	88	S. 72	140	S. 85	194	S. 99	246	S. 114	298	S. 130
35	S. 58	89	S. 73	141	S. 85	195	S. 100	247	S. 114	299	S. 130
36	S. 58	90	S. 73	142	S. 85	196	S. 100	248	S. 114	300	S. 130
37	S. 59	91	S. 73	143	S. 86	197	S. 101	249	S. 115	301	S. 131
38	S. 59	92	S. 74	144	S. 86	198	S. 101	250	S. 115	302	S. 131
39	S. 59	93	S. 74	145	S. 87	199	S. 101	251	S. 115	303	S. 131
40	S. 60	94	S. 75	146	S. 87	200	S. 102	252	S. 115	304	S. 131
41	S. 60	95	S. 75	147	S. 87	201	S. 102	253	S. 115	305	S. 132
42	S. 60	96	S. 75	148	S. 88	202	S. 103	254	S. 116	306	S. 132
43	S. 61	97	S. 75	149	S. 88	203	S. 103	256	S. 116	307	S. 132
44	S. 61	98	S. 75	150	S. 88	204	S. 103	257	S. 116	308	S. 132
46	S. 61	99	S. 76	151	S. 88	205	S. 103	258	S. 117	309	S. 132
47	S. 61	100	S. 76	152	S. 88	206	S. 103	259	S. 117	310	S. 133
48	S. 62	101	S. 76	153	S. 89	207	S. 104	260	S. 117		
49	S. 62	102	S. 76	154	S. 89	208	S. 104	261	S. 117		
50	S. 63	103	S. 77	156	S. 89	209	S. 105	262	S. 118		
51	S. 63	104	S. 77	157	S. 89	210	S. 106	263	S. 118		
52	S. 63	105	S. 77	158	S. 90	211	S. 107	264	S. 118		
53	S. 63	107	S. 77	159	S. 90	212	S. 108	265	S. 119		

**Urteile 311–635**

311	S. 133	363	S. 148	416	S. 164	470	S. 178	526	S. 188	583	S. 201
312	S. 133	364	S. 148	417	S. 164	471	S. 178	527	S. 188	584	S. 201
313	S. 133	366	S. 148	418	S. 164	472	S. 178	529	S. 188	585	S. 201
314	S. 134	367	S. 148	419	S. 165	473	S. 178	530	S. 188	586	S. 202
315	S. 134	368	S. 149	420	S. 165	474	S. 179	531	S. 189	587	S. 202
316	S. 134	369	S. 149	422	S. 165	475	S. 179	532	S. 189	588	S. 202
317	S. 134	370	S. 150	423	S. 166	476	S. 179	533	S. 189	589	S. 202
318	S. 135	371	S. 150	424	S. 166	477	S. 179	534	S. 189	590	S. 203
319	S. 135	372	S. 150	425	S. 167	478	S. 179	535	S. 190	591	S. 203
320	S. 135	373	S. 150	426	S. 167	479	S. 179	536	S. 190	592	S. 203
321	S. 135	374	S. 151	427	S. 167	481	S. 179	537	S. 190	593	S. 203
322	S. 136	375	S. 151	428	S. 167	482	S. 180	538	S. 190	594	S. 204
323	S. 136	376	S. 151	429	S. 168	483	S. 180	540	S. 190	595	S. 204
325	S. 136	377	S. 152	430	S. 168	484	S. 180	541	S. 191	596	S. 204
326	S. 137	378	S. 152	431	S. 169	485	S. 180	542	S. 191	598	S. 205
327	S. 137	379	S. 153	432	S. 169	486	S. 180	544	S. 191	599	S. 205
328	S. 137	380	S. 153	433	S. 170	487	S. 180	545	S. 192	601	S. 206
329	S. 138	381	S. 153	434	S. 170	488	S. 180	546	S. 192	602	S. 206
330	S. 138	382	S. 153	435	S. 170	489	S. 180	547	S. 192	603	S. 206
331	S. 139	383	S. 153	436	S. 170	490	S. 181	548	S. 192	604	S. 207
332	S. 139	384	S. 154	437	S. 171	491	S. 181	549	S. 193	605	S. 207
333	S. 140	385	S. 154	438	S. 171	493	S. 182	551	S. 193	606	S. 207
334	S. 140	386	S. 154	439	S. 172	494	S. 182	552	S. 193	607	S. 208
335	S. 140	387	S. 154	440	S. 172	496	S. 182	553	S. 193	608	S. 208
336	S. 141	388	S. 155	441	S. 172	497	S. 182	554	S. 193	609	S. 208
337	S. 141	389	S. 155	442	S. 172	498	S. 182	555	S. 194	610	S. 208
338	S. 142	390	S. 156	443	S. 172	499	S. 183	557	S. 194	611	S. 208
339	S. 142	391	S. 156	444	S. 172	500	S. 183	558	S. 194	612	S. 209
340	S. 142	392	S. 157	445	S. 172	501	S. 183	559	S. 194	613	S. 209
341	S. 142	393	S. 157	447	S. 173	502	S. 183	560	S. 195	614	S. 209
342	S. 143	394	S. 158	448	S. 173	503	S. 183	561	S. 195	615	S. 209
343	S. 143	395	S. 158	449	S. 173	504	S. 183	562	S. 195	616	S. 209
344	S. 143	396	S. 158	450	S. 173	505	S. 183	563	S. 195	617	S. 209
345	S. 143	397	S. 159	451	S. 174	506	S. 183	564	S. 196	618	S. 209
346	S. 144	398	S. 159	452	S. 174	507	S. 184	565	S. 196	619	S. 209
347	S. 144	399	S. 159	453	S. 174	508	S. 185	566	S. 196	620	S. 210
348	S. 144	400	S. 159	454	S. 174	509	S. 185	567	S. 197	621	S. 210
349	S. 144	401	S. 160	456	S. 175	510	S. 185	568	S. 197	622	S. 210
350	S. 144	402	S. 160	457	S. 175	511	S. 186	569	S. 197	623	S. 211
351	S. 145	404	S. 160	459	S. 175	512	S. 186	570	S. 198	624	S. 211
352	S. 145	405	S. 160	460	S. 176	513	S. 186	571	S. 198	625	S. 211
353	S. 145	406	S. 161	461	S. 176	514	S. 186	573	S. 198	626	S. 212
354	S. 145	407	S. 161	462	S. 176	515	S. 186	574	S. 198	628	S. 212
355	S. 146	408	S. 161	463	S. 176	516	S. 187	575	S. 199	629	S. 212
356	S. 146	409	S. 162	464	S. 177	518	S. 187	576	S. 199	630	S. 213
358	S. 146	410	S. 162	465	S. 177	519	S. 187	577	S. 199	631	S. 213
359	S. 147	411	S. 162	466	S. 177	522	S. 187	579	S. 200	632	S. 213
360	S. 147	412	S. 163	467	S. 177	523	S. 187	580	S. 200	633	S. 213
361	S. 147	414	S. 163	468	S. 178	524	S. 188	581	S. 200	634	S. 214
362	S. 148	415	S. 164	469	S. 178	525	S. 188	582	S. 200	635	S. 214

## Urteile 638–983

638	S. 215	694	S. 229	755	S. 239	812	S. 248	878	S. 258	932	S. 271
639	S. 215	695	S. 229	756	S. 239	813	S. 248	879	S. 258	933	S. 272
640	S. 215	696	S. 232	757	S. 239	814	S. 248	880	S. 258	934	S. 272
641	S. 215	697	S. 230	758	S. 239	815	S. 249	881	S. 258	935	S. 272
642	S. 215	699	S. 230	759	S. 240	816	S. 249	882	S. 259	936	S. 272
643	S. 216	700	S. 230	760	S. 240	818	S. 249	883	S. 259	937	S. 272
644	S. 216	701	S. 230	761	S. 240	819	S. 249	884	S. 259	938	S. 272
645	S. 216	702	S. 230	762	S. 240	820	S. 249	885	S. 259	939	S. 273
646	S. 217	703	S. 230	763	S. 240	821	S. 249	886	S. 259	940	S. 273
647	S. 217	706	S. 231	764	S. 241	822	S. 250	887	S. 259	941	S. 273
648	S. 217	707	S. 231	765	S. 241	823	S. 250	888	S. 259	942	S. 273
649	S. 218	708	S. 231	766	S. 241	824	S. 250	889	S. 260	943	S. 274
650	S. 218	709	S. 231	767	S. 241	825	S. 250	890	S. 260	944	S. 274
651	S. 218	711	S. 231	768	S. 242	826	S. 250	891	S. 260	945	S. 274
652	S. 219	712	S. 231	769	S. 242	827	S. 250	892	S. 261	946	S. 275
653	S. 219	715	S. 232	770	S. 242	828	S. 251	893	S. 261	947	S. 275
654	S. 219	716	S. 232	771	S. 242	829	S. 251	894	S. 262	948	S. 275
656	S. 220	717	S. 232	772	S. 242	830	S. 251	895	S. 262	949	S. 275
657	S. 220	718	S. 233	773	S. 242	831	S. 251	896	S. 262	950	S. 275
659	S. 220	719	S. 233	774	S. 242	832	S. 251	897	S. 262	951	S. 276
660	S. 220	720	S. 233	775	S. 242	833	S. 251	899	S. 262	952	S. 276
661	S. 220	721	S. 233	778	S. 243	836	S. 252	900	S. 262	953	S. 276
662	S. 221	722	S. 234	779	S. 243	837	S. 252	901	S. 263	954	S. 276
663	S. 221	723	S. 234	780	S. 243	840	S. 252	902	S. 263	955	S. 276
664	S. 221	724	S. 234	782	S. 243	841	S. 252	903	S. 263	956	S. 277
665	S. 222	725	S. 234	783	S. 243	842	S. 252	905	S. 264	957	S. 277
666	S. 222	727	S. 235	784	S. 243	843	S. 253	906	S. 264	958	S. 277
667	S. 222	728	S. 235	785	S. 243	844	S. 253	907	S. 265	959	S. 277
668	S. 222	729	S. 235	786	S. 243	845	S. 253	908	S. 265	960	S. 277
669	S. 223	730	S. 235	787	S. 244	846	S. 253	909	S. 265	961	S. 278
670	S. 223	731	S. 235	789	S. 244	847	S. 253	910	S. 265	962	S. 278
671	S. 224	733	S. 236	790	S. 244	848	S. 254	911	S. 266	963	S. 278
672	S. 224	734	S. 236	791	S. 244	849	S. 254	912	S. 266	964	S. 279
673	S. 224	735	S. 236	792	S. 244	850	S. 254	913	S. 267	965	S. 280
674	S. 224	736	S. 236	793	S. 244	852	S. 254	914	S. 267	967	S. 280
675	S. 224	739	S. 236	794	S. 245	853	S. 255	915	S. 268	968	S. 280
676	S. 225	740	S. 236	796	S. 245	854	S. 255	916	S. 268	970	S. 281
678	S. 225	741	S. 237	797	S. 245	855	S. 255	917	S. 268	971	S. 282
679	S. 225	742	S. 237	798	S. 245	858	S. 256	918	S. 269	972	S. 282
680	S. 226	743	S. 237	799	S. 245	859	S. 256	919	S. 269	973	S. 283
681	S. 226	744	S. 237	801	S. 246	860	S. 256	920	S. 269	974	S. 283
682	S. 226	745	S. 237	802	S. 246	865	S. 256	921	S. 270	975	S. 283
684	S. 226	746	S. 238	803	S. 246	867	S. 257	923	S. 270	976	S. 284
685	S. 227	747	S. 238	804	S. 246	868	S. 257	924	S. 270	977	S. 284
686	S. 227	748	S. 238	805	S. 247	869	S. 257	926	S. 270	978	S. 284
687	S. 228	749	S. 238	806	S. 247	870	S. 258	927	S. 271	979	S. 284
689	S. 228	751	S. 238	807	S. 247	871	S. 258	928	S. 271	980	S. 285
691	S. 228	752	S. 239	808	S. 248	874	S. 258	929	S. 271	981	S. 285
692	S. 228	753	S. 239	809	S. 248	875	S. 258	930	S. 271	982	S. 285
693	S. 229	754	S. 239	811	S. 248	877	S. 258	931	S. 271	983	S. 285

**Urteile 984–1309**

984	S. 285	1036	S. 299	1086	S. 313	1139	S. 327	1193	S. 339	1249	S. 359
985	S. 286	1037	S. 299	1087	S. 313	1140	S. 327	1194	S. 340	1250	S. 359
986	S. 286	1038	S. 300	1088	S. 314	1141	S. 327	1195	S. 340	1252	S. 359
987	S. 286	1039	S. 300	1089	S. 314	1142	S. 327	1196	S. 341	1253	S. 359
988	S. 286	1040	S. 300	1090	S. 314	1143	S. 327	1197	S. 341	1254	S. 359
989	S. 286	1041	S. 301	1091	S. 314	1144	S. 327	1198	S. 341	1255	S. 359
990	S. 287	1042	S. 301	1092	S. 315	1145	S. 327	1199	S. 341	1256	S. 360
991	S. 287	1043	S. 301	1093	S. 315	1146	S. 328	1200	S. 342	1257	S. 360
992	S. 287	1044	S. 301	1094	S. 315	1147	S. 328	1201	S. 342	1258	S. 360
993	S. 287	1045	S. 302	1095	S. 315	1148	S. 328	1202	S. 343	1259	S. 360
995	S. 287	1046	S. 302	1096	S. 321	1149	S. 328	1203	S. 343	1260	S. 360
996	S. 288	1047	S. 302	1097	S. 316	1150	S. 328	1204	S. 343	1261	S. 361
997	S. 288	1048	S. 303	1098	S. 316	1151	S. 329	1205	S. 344	1263	S. 361
998	S. 288	1049	S. 303	1099	S. 316	1152	S. 329	1206	S. 344	1264	S. 362
999	S. 288	1050	S. 303	1100	S. 316	1153	S. 329	1207	S. 344	1265	S. 362
1000	S. 289	1051	S. 304	1101	S. 316	1155	S. 329	1208	S. 344	1266	S. 362
1002	S. 289	1052	S. 304	1102	S. 316	1156	S. 329	1209	S. 345	1268	S. 363
1003	S. 289	1053	S. 304	1103	S. 316	1157	S. 330	1210	S. 345	1269	S. 363
1004	S. 289	1054	S. 305	1104	S. 317	1158	S. 330	1211	S. 345	1271	S. 363
1005	S. 290	1055	S. 305	1105	S. 317	1159	S. 330	1213	S. 346	1272	S. 363
1006	S. 290	1056	S. 306	1106	S. 317	1160	S. 330	1214	S. 346	1273	S. 363
1007	S. 290	1057	S. 307	1107	S. 317	1161	S. 330	1215	S. 347	1274	S. 364
1008	S. 291	1058	S. 307	1108	S. 318	1162	S. 331	1216	S. 347	1275	S. 364
1009	S. 292	1059	S. 307	1109	S. 318	1164	S. 331	1217	S. 348	1276	S. 365
1010	S. 292	1060	S. 308	1110	S. 319	1165	S. 331	1218	S. 348	1277	S. 365
1011	S. 293	1061	S. 308	1112	S. 320	1166	S. 332	1219	S. 349	1278	S. 365
1012	S. 293	1062	S. 308	1113	S. 320	1167	S. 332	1220	S. 350	1279	S. 366
1013	S. 294	1063	S. 308	1114	S. 321	1168	S. 332	1221	S. 350	1281	S. 367
1014	S. 294	1064	S. 308	1115	S. 321	1169	S. 332	1223	S. 351	1283	S. 367
1015	S. 294	1065	S. 309	1116	S. 321	1170	S. 333	1224	S. 351	1284	S. 367
1016	S. 294	1066	S. 309	1117	S. 321	1171	S. 333	1225	S. 352	1285	S. 367
1017	S. 294	1067	S. 309	1118	S. 321	1173	S. 333	1226	S. 352	1286	S. 368
1018	S. 294	1068	S. 310	1119	S. 322	1174	S. 333	1227	S. 353	1288	S. 368
1019	S. 294	1069	S. 310	1120	S. 322	1175	S. 333	1228	S. 352	1290	S. 368
1020	S. 295	1070	S. 310	1121	S. 322	1176	S. 334	1229	S. 353	1291	S. 369
1021	S. 295	1071	S. 310	1122	S. 322	1177	S. 334	1230	S. 354	1293	S. 369
1022	S. 295	1072	S. 311	1123	S. 323	1178	S. 334	1231	S. 354	1294	S. 369
1023	S. 295	1073	S. 311	1124	S. 323	1179	S. 334	1232	S. 355	1295	S. 370
1024	S. 295	1074	S. 311	1125	S. 323	1180	S. 335	1233	S. 355	1297	S. 370
1025	S. 295	1075	S. 311	1126	S. 324	1181	S. 335	1234	S. 356	1299	S. 370
1026	S. 296	1076	S. 311	1127	S. 324	1182	S. 335	1235	S. 356	1300	S. 371
1027	S. 296	1077	S. 312	1128	S. 325	1184	S. 336	1238	S. 356	1301	S. 371
1028	S. 297	1078	S. 312	1130	S. 325	1185	S. 336	1239	S. 357	1302	S. 371
1029	S. 298	1079	S. 312	1131	S. 325	1186	S. 336	1240	S. 357	1303	S. 372
1030	S. 298	1080	S. 312	1132	S. 325	1187	S. 337	1242	S. 357	1304	S. 372
1031	S. 298	1081	S. 312	1134	S. 325	1188	S. 337	1243	S. 357	1305	S. 373
1032	S. 298	1082	S. 313	1135	S. 326	1189	S. 337	1245	S. 358	1306	S. 373
1033	S. 298	1083	S. 313	1136	S. 326	1190	S. 338	1246	S. 358	1307	S. 374
1034	S. 298	1084	S. 313	1137	S. 326	1191	S. 338	1247	S. 358	1308	S. 375
1035	S. 299	1085	S. 313	1138	S. 326	1192	S. 339	1248	S. 358	1309	S. 375

## Urteile 1310–1651

1310	S. 375	1369	S. 388	1422	S. 403	1482	S. 418	1541	S. 430	1595	S. 446
1312	S. 376	1370	S. 388	1424	S. 404	1483	S. 418	1542	S. 430	1596	S. 447
1313	S. 376	1371	S. 389	1425	S. 404	1484	S. 418	1544	S. 431	1597	S. 447
1314	S. 376	1372	S. 389	1426	S. 404	1486	S. 418	1545	S. 431	1598	S. 447
1315	S. 377	1373	S. 390	1428	S. 405	1487	S. 419	1546	S. 431	1599	S. 447
1316	S. 378	1374	S. 390	1429	S. 405	1489	S. 419	1547	S. 432	1600	S. 447
1317	S. 378	1375	S. 391	1431	S. 405	1491	S. 419	1548	S. 432	1601	S. 448
1318	S. 378	1376	S. 391	1432	S. 406	1492	S. 419	1549	S. 433	1603	S. 448
1319	S. 378	1377	S. 391	1433	S. 406	1493	S. 419	1550	S. 433	1604	S. 448
1320	S. 379	1378	S. 391	1434	S. 406	1494	S. 419	1551	S. 434	1605	S. 448
1321	S. 379	1379	S. 392	1437	S. 407	1495	S. 419	1552	S. 434	1606	S. 448
1322	S. 379	1380	S. 392	1438	S. 407	1496	S. 420	1553	S. 434	1607	S. 449
1323	S. 379	1381	S. 392	1439	S. 407	1497	S. 420	1554	S. 435	1608	S. 450
1325	S. 380	1382	S. 393	1440	S. 407	1500	S. 420	1555	S. 435	1609	S. 450
1326	S. 380	1383	S. 393	1441	S. 407	1502	S. 420	1556	S. 436	1611	S. 450
1327	S. 380	1384	S. 393	1442	S. 408	1503	S. 421	1557	S. 437	1612	S. 450
1328	S. 380	1385	S. 393	1443	S. 408	1504	S. 421	1558	S. 438	1614	S. 451
1329	S. 380	1386	S. 394	1444	S. 408	1505	S. 421	1559	S. 438	1615	S. 451
1331	S. 380	1388	S. 394	1445	S. 408	1506	S. 421	1560	S. 439	1617	S. 451
1332	S. 381	1389	S. 394	1446	S. 409	1507	S. 422	1561	S. 439	1618	S. 451
1334	S. 381	1391	S. 394	1447	S. 409	1508	S. 422	1562	S. 439	1619	S. 451
1335	S. 381	1392	S. 394	1448	S. 409	1509	S. 422	1563	S. 440	1620	S. 452
1336	S. 382	1393	S. 395	1449	S. 409	1510	S. 422	1564	S. 440	1621	S. 452
1337	S. 382	1394	S. 395	1450	S. 410	1512	S. 422	1565	S. 441	1622	S. 452
1338	S. 382	1395	S. 395	1451	S. 410	1513	S. 423	1566	S. 441	1623	S. 452
1339	S. 382	1396	S. 395	1452	S. 410	1514	S. 423	1567	S. 441	1624	S. 452
1340	S. 383	1397	S. 396	1453	S. 410	1515	S. 423	1568	S. 441	1625	S. 453
1341	S. 383	1398	S. 396	1454	S. 411	1516	S. 423	1569	S. 442	1626	S. 453
1342	S. 383	1399	S. 396	1455	S. 411	1517	S. 424	1570	S. 442	1627	S. 453
1344	S. 383	1400	S. 396	1456	S. 411	1518	S. 425	1571	S. 443	1628	S. 453
1345	S. 384	1401	S. 397	1457	S. 412	1519	S. 425	1572	S. 443	1629	S. 454
1346	S. 384	1402	S. 397	1458	S. 412	1521	S. 425	1573	S. 443	1630	S. 454
1347	S. 384	1403	S. 397	1459	S. 413	1522	S. 426	1574	S. 443	1632	S. 454
1348	S. 385	1405	S. 398	1462	S. 413	1523	S. 426	1575	S. 443	1633	S. 454
1350	S. 385	1406	S. 398	1463	S. 413	1524	S. 426	1577	S. 444	1634	S. 454
1351	S. 385	1407	S. 399	1464	S. 413	1525	S. 426	1578	S. 444	1635	S. 455
1352	S. 385	1408	S. 399	1465	S. 414	1526	S. 427	1579	S. 444	1636	S. 455
1353	S. 386	1409	S. 399	1467	S. 414	1527	S. 427	1580	S. 444	1637	S. 455
1354	S. 386	1410	S. 400	1469	S. 414	1528	S. 427	1581	S. 444	1639	S. 455
1355	S. 386	1411	S. 400	1470	S. 414	1529	S. 427	1582	S. 445	1640	S. 456
1356	S. 386	1412	S. 400	1471	S. 415	1530	S. 427	1583	S. 445	1642	S. 457
1358	S. 386	1413	S. 401	1472	S. 416	1531	S. 427	1584	S. 445	1643	S. 458
1360	S. 386	1414	S. 401	1473	S. 416	1532	S. 427	1586	S. 445	1644	S. 458
1361	S. 387	1415	S. 401	1474	S. 416	1533	S. 428	1587	S. 445	1645	S. 458
1362	S. 387	1416	S. 401	1475	S. 416	1534	S. 428	1588	S. 445	1646	S. 459
1363	S. 387	1417	S. 402	1476	S. 416	1535	S. 428	1590	S. 445	1647	S. 459
1364	S. 387	1418	S. 402	1477	S. 417	1536	S. 429	1591	S. 446	1648	S. 459
1365	S. 388	1419	S. 402	1478	S. 417	1537	S. 429	1592	S. 446	1649	S. 459
1366	S. 388	1420	S. 403	1479	S. 417	1538	S. 429	1593	S. 446	1650	S. 460
1368	S. 388	1421	S. 403	1480	S. 418	1540	S. 429	1594	S. 446	1651	S. 460



**Urteile 1652–2000**

1652	S. 460	1710	S. 468	1770	S. 475	1833	S. 483	1889	S. 500	1944	S. 516
1653	S. 460	1712	S. 468	1771	S. 475	1834	S. 484	1890	S. 500	1945	S. 516
1654	S. 460	1713	S. 468	1773	S. 475	1835	S. 484	1891	S. 500	1946	S. 517
1655	S. 460	1714	S. 468	1774	S. 475	1836	S. 484	1892	S. 501	1947	S. 518
1657	S. 461	1715	S. 468	1776	S. 475	1837	S. 485	1893	S. 502	1948	S. 519
1658	S. 461	1716	S. 468	1777	S. 475	1838	S. 485	1894	S. 502	1949	S. 520
1659	S. 461	1721	S. 469	1778	S. 476	1839	S. 485	1895	S. 503	1950	S. 519
1660	S. 462	1722	S. 469	1779	S. 476	1840	S. 486	1896	S. 503	1951	S. 520
1661	S. 462	1723	S. 469	1780	S. 476	1841	S. 486	1897	S. 503	1952	S. 520
1662	S. 462	1724	S. 469	1781	S. 476	1843	S. 486	1898	S. 503	1953	S. 521
1663	S. 462	1725	S. 469	1782	S. 477	1844	S. 487	1899	S. 504	1954	S. 521
1664	S. 463	1726	S. 469	1785	S. 477	1845	S. 487	1900	S. 504	1955	S. 521
1666	S. 463	1727	S. 469	1786	S. 477	1846	S. 488	1901	S. 504	1957	S. 521
1667	S. 463	1728	S. 469	1787	S. 477	1847	S. 488	1902	S. 505	1959	S. 522
1669	S. 463	1729	S. 470	1788	S. 477	1848	S. 488	1903	S. 505	1960	S. 522
1670	S. 463	1730	S. 470	1791	S. 477	1850	S. 489	1904	S. 505	1961	S. 522
1671	S. 464	1731	S. 470	1792	S. 477	1851	S. 489	1905	S. 505	1962	S. 523
1672	S. 464	1732	S. 470	1793	S. 478	1852	S. 489	1906	S. 506	1963	S. 523
1673	S. 464	1733	S. 470	1794	S. 478	1853	S. 489	1907	S. 506	1964	S. 524
1674	S. 464	1734	S. 470	1795	S. 478	1854	S. 490	1908	S. 506	1965	S. 524
1675	S. 464	1735	S. 470	1796	S. 478	1855	S. 490	1909	S. 507	1966	S. 524
1676	S. 464	1736	S. 470	1798	S. 478	1856	S. 491	1910	S. 507	1967	S. 525
1677	S. 464	1737	S. 470	1799	S. 478	1857	S. 491	1911	S. 507	1968	S. 525
1678	S. 464	1738	S. 471	1801	S. 479	1859	S. 491	1912	S. 508	1969	S. 525
1679	S. 464	1739	S. 471	1802	S. 479	1860	S. 491	1913	S. 508	1970	S. 526
1680	S. 465	1740	S. 471	1803	S. 479	1861	S. 492	1914	S. 508	1971	S. 526
1682	S. 465	1742	S. 471	1804	S. 480	1863	S. 492	1915	S. 508	1972	S. 526
1683	S. 465	1743	S. 472	1805	S. 480	1864	S. 492	1916	S. 508	1973	S. 527
1684	S. 465	1744	S. 472	1806	S. 480	1865	S. 493	1917	S. 509	1974	S. 527
1685	S. 465	1745	S. 472	1807	S. 480	1866	S. 493	1919	S. 509	1975	S. 527
1686	S. 465	1746	S. 472	1808	S. 481	1867	S. 494	1920	S. 509	1976	S. 527
1687	S. 465	1748	S. 472	1809	S. 481	1869	S. 494	1921	S. 510	1978	S. 528
1688	S. 465	1749	S. 472	1810	S. 481	1870	S. 495	1923	S. 510	1980	S. 528
1689	S. 465	1750	S. 472	1811	S. 481	1871	S. 495	1924	S. 511	1982	S. 528
1691	S. 466	1752	S. 472	1812	S. 481	1872	S. 495	1925	S. 511	1983	S. 528
1692	S. 466	1753	S. 472	1813	S. 481	1873	S. 496	1926	S. 511	1984	S. 529
1694	S. 466	1754	S. 473	1814	S. 481	1874	S. 496	1927	S. 512	1985	S. 529
1695	S. 466	1755	S. 473	1816	S. 481	1875	S. 496	1928	S. 512	1986	S. 529
1697	S. 466	1757	S. 473	1817	S. 481	1876	S. 496	1930	S. 512	1987	S. 529
1698	S. 467	1758	S. 473	1818	S. 482	1877	S. 497	1931	S. 513	1989	S. 529
1699	S. 467	1759	S. 473	1821	S. 482	1878	S. 497	1933	S. 513	1990	S. 530
1700	S. 467	1760	S. 473	1822	S. 482	1879	S. 497	1934	S. 513	1991	S. 530
1701	S. 467	1761	S. 473	1823	S. 482	1880	S. 497	1935	S. 513	1992	S. 530
1702	S. 467	1762	S. 473	1825	S. 482	1881	S. 498	1936	S. 513	1993	S. 530
1703	S. 467	1763	S. 474	1826	S. 482	1883	S. 498	1937	S. 514	1994	S. 531
1704	S. 467	1764	S. 474	1827	S. 483	1884	S. 499	1938	S. 514	1995	S. 531
1705	S. 467	1765	S. 474	1829	S. 483	1885	S. 499	1939	S. 514	1996	S. 531
1707	S. 468	1767	S. 474	1830	S. 483	1886	S. 499	1940	S. 515	1998	S. 531
1708	S. 468	1768	S. 474	1831	S. 483	1887	S. 499	1942	S. 515	1999	S. 531
1709	S. 468	1769	S. 475	1832	S. 483	1888	S. 500	1943	S. 516	2000	S. 532

## Urteile 2001–2305

2001	S. 532	2053	S. 545	2103	S. 555	2155	S. 566	2205	S. 587	2256	S. 600
2002	S. 532	2054	S. 545	2104	S. 555	2156	S. 567	2206	S. 587	2257	S. 601
2003	S. 532	2055	S. 545	2105	S. 556	2157	S. 567	2207	S. 588	2258	S. 601
2004	S. 533	2056	S. 545	2106	S. 556	2158	S. 567	2208	S. 588	2259	S. 602
2006	S. 533	2057	S. 545	2107	S. 556	2159	S. 568	2209	S. 588	2260	S. 602
2007	S. 534	2058	S. 545	2108	S. 556	2160	S. 570	2210	S. 588	2261	S. 602
2008	S. 534	2059	S. 546	2109	S. 556	2161	S. 571	2211	S. 589	2262	S. 602
2009	S. 534	2060	S. 546	2110	S. 556	2162	S. 571	2212	S. 589	2263	S. 602
2010	S. 534	2061	S. 546	2111	S. 557	2163	S. 571	2213	S. 589	2264	S. 603
2011	S. 535	2062	S. 546	2112	S. 557	2164	S. 571	2214	S. 590	2265	S. 603
2012	S. 535	2063	S. 546	2113	S. 557	2165	S. 572	2215	S. 590	2266	S. 603
2013	S. 535	2064	S. 547	2115	S. 557	2166	S. 572	2216	S. 591	2267	S. 603
2014	S. 535	2065	S. 547	2116	S. 557	2167	S. 572	2217	S. 591	2268	S. 604
2015	S. 536	2066	S. 547	2117	S. 558	2168	S. 573	2218	S. 591	2269	S. 604
2016	S. 536	2067	S. 547	2118	S. 558	2169	S. 573	2219	S. 592	2270	S. 604
2017	S. 536	2068	S. 548	2119	S. 558	2170	S. 573	2220	S. 592	2271	S. 605
2018	S. 536	2069	S. 548	2120	S. 558	2171	S. 573	2221	S. 592	2272	S. 605
2019	S. 536	2070	S. 548	2122	S. 558	2172	S. 574	2222	S. 592	2273	S. 605
2020	S. 537	2071	S. 548	2123	S. 558	2173	S. 574	2223	S. 592	2274	S. 605
2021	S. 537	2072	S. 548	2124	S. 559	2174	S. 574	2224	S. 593	2275	S. 606
2022	S. 537	2073	S. 548	2125	S. 559	2175	S. 574	2225	S. 593	2276	S. 606
2023	S. 538	2074	S. 549	2126	S. 559	2176	S. 575	2226	S. 593	2277	S. 606
2024	S. 539	2075	S. 549	2127	S. 559	2177	S. 575	2228	S. 594	2278	S. 607
2025	S. 539	2076	S. 549	2128	S. 560	2178	S. 575	2229	S. 594	2279	S. 607
2026	S. 539	2077	S. 550	2129	S. 560	2179	S. 576	2230	S. 594	2280	S. 608
2027	S. 539	2078	S. 550	2130	S. 560	2180	S. 576	2231	S. 594	2281	S. 608
2029	S. 540	2079	S. 550	2131	S. 561	2181	S. 576	2232	S. 594	2282	S. 608
2030	S. 540	2080	S. 551	2132	S. 561	2182	S. 577	2233	S. 595	2283	S. 608
2031	S. 540	2081	S. 551	2133	S. 562	2183	S. 577	2234	S. 595	2284	S. 609
2032	S. 541	2082	S. 551	2134	S. 562	2184	S. 578	2235	S. 595	2285	S. 609
2033	S. 541	2083	S. 551	2135	S. 562	2185	S. 578	2236	S. 595	2286	S. 609
2034	S. 541	2084	S. 551	2136	S. 562	2186	S. 578	2237	S. 595	2287	S. 609
2035	S. 542	2085	S. 552	2137	S. 562	2187	S. 579	2238	S. 596	2288	S. 610
2036	S. 542	2086	S. 552	2138	S. 562	2188	S. 579	2239	S. 596	2289	S. 611
2037	S. 542	2087	S. 553	2139	S. 562	2189	S. 579	2240	S. 596	2290	S. 611
2038	S. 542	2088	S. 553	2140	S. 562	2190	S. 580	2241	S. 596	2291	S. 611
2039	S. 542	2089	S. 553	2141	S. 563	2191	S. 580	2242	S. 597	2292	S. 612
2040	S. 542	2090	S. 553	2142	S. 563	2192	S. 581	2243	S. 597	2293	S. 612
2041	S. 543	2091	S. 554	2143	S. 563	2193	S. 581	2244	S. 597	2294	S. 612
2042	S. 543	2092	S. 554	2144	S. 564	2194	S. 582	2245	S. 598	2295	S. 613
2043	S. 543	2093	S. 554	2145	S. 564	2195	S. 582	2246	S. 598	2296	S. 613
2044	S. 543	2094	S. 554	2146	S. 564	2196	S. 583	2247	S. 598	2297	S. 613
2045	S. 543	2095	S. 554	2147	S. 565	2197	S. 583	2248	S. 598	2298	S. 614
2046	S. 543	2096	S. 554	2148	S. 565	2198	S. 583	2249	S. 599	2299	S. 614
2047	S. 544	2097	S. 555	2149	S. 565	2199	S. 583	2250	S. 599	2300	S. 614
2048	S. 544	2098	S. 555	2150	S. 565	2200	S. 584	2251	S. 599	2301	S. 615
2049	S. 544	2099	S. 555	2151	S. 566	2201	S. 585	2252	S. 599	2302	S. 615
2050	S. 544	2100	S. 555	2152	S. 566	2202	S. 585	2253	S. 599	2303	S. 615
2051	S. 544	2101	S. 555	2153	S. 566	2203	S. 586	2254	S. 599	2304	S. 616
2052	S. 545	2102	S. 555	2154	S. 566	2204	S. 587	2255	S. 600	2305	S. 617

**Urteile 2306–2611**

2306	S. 617	2357	S. 638	2410	S. 657	2461	S. 669	2511	S. 684	2561	S. 702
2307	S. 618	2358	S. 638	2411	S. 657	2462	S. 669	2512	S. 685	2562	S. 702
2308	S. 618	2359	S. 639	2412	S. 658	2463	S. 669	2513	S. 685	2563	S. 703
2309	S. 618	2360	S. 639	2413	S. 658	2464	S. 670	2514	S. 685	2564	S. 703
2310	S. 619	2361	S. 639	2414	S. 658	2465	S. 670	2515	S. 686	2565	S. 704
2312	S. 620	2362	S. 640	2415	S. 659	2466	S. 670	2516	S. 686	2566	S. 704
2313	S. 620	2363	S. 640	2416	S. 659	2467	S. 671	2517	S. 686	2567	S. 705
2314	S. 621	2364	S. 640	2417	S. 659	2468	S. 671	2518	S. 686	2568	S. 705
2315	S. 621	2365	S. 641	2418	S. 659	2469	S. 671	2519	S. 686	2569	S. 705
2316	S. 621	2366	S. 641	2419	S. 659	2470	S. 672	2520	S. 687	2570	S. 706
2317	S. 621	2367	S. 641	2420	S. 659	2471	S. 672	2521	S. 687	2571	S. 706
2318	S. 622	2368	S. 642	2421	S. 660	2472	S. 672	2522	S. 688	2572	S. 707
2319	S. 622	2370	S. 643	2422	S. 660	2473	S. 672	2523	S. 688	2573	S. 707
2320	S. 622	2371	S. 644	2423	S. 660	2474	S. 672	2524	S. 688	2575	S. 707
2321	S. 623	2372	S. 644	2424	S. 660	2475	S. 673	2525	S. 689	2576	S. 708
2322	S. 623	2373	S. 645	2425	S. 661	2476	S. 673	2526	S. 689	2577	S. 708
2323	S. 623	2374	S. 645	2426	S. 661	2477	S. 673	2527	S. 690	2578	S. 708
2324	S. 623	2375	S. 645	2427	S. 661	2478	S. 674	2528	S. 690	2579	S. 709
2325	S. 624	2376	S. 646	2428	S. 661	2479	S. 674	2529	S. 691	2580	S. 709
2326	S. 624	2377	S. 647	2429	S. 661	2480	S. 675	2530	S. 691	2581	S. 710
2327	S. 624	2379	S. 647	2431	S. 661	2481	S. 675	2531	S. 691	2582	S. 710
2328	S. 624	2380	S. 647	2432	S. 662	2482	S. 676	2532	S. 692	2583	S. 710
2329	S. 625	2381	S. 647	2433	S. 662	2483	S. 676	2533	S. 693	2584	S. 711
2330	S. 625	2382	S. 647	2434	S. 662	2484	S. 676	2534	S. 693	2585	S. 711
2331	S. 625	2383	S. 648	2435	S. 662	2485	S. 676	2535	S. 694	2586	S. 712
2332	S. 626	2384	S. 648	2436	S. 662	2486	S. 677	2536	S. 694	2587	S. 712
2333	S. 626	2385	S. 648	2437	S. 663	2487	S. 677	2537	S. 695	2588	S. 713
2334	S. 626	2386	S. 648	2438	S. 663	2488	S. 678	2538	S. 695	2589	S. 713
2335	S. 627	2387	S. 649	2439	S. 663	2489	S. 678	2539	S. 696	2590	S. 714
2336	S. 628	2388	S. 649	2440	S. 663	2490	S. 679	2540	S. 696	2591	S. 714
2337	S. 629	2389	S. 649	2441	S. 664	2491	S. 679	2541	S. 696	2592	S. 714
2338	S. 629	2390	S. 649	2442	S. 664	2492	S. 679	2542	S. 696	2593	S. 715
2339	S. 630	2391	S. 650	2443	S. 664	2493	S. 680	2543	S. 697	2594	S. 715
2340	S. 630	2392	S. 650	2444	S. 665	2494	S. 680	2544	S. 697	2595	S. 715
2341	S. 631	2393	S. 651	2445	S. 665	2495	S. 680	2545	S. 697	2596	S. 716
2342	S. 631	2394	S. 651	2446	S. 666	2496	S. 681	2546	S. 698	2597	S. 716
2343	S. 631	2395	S. 651	2447	S. 666	2497	S. 681	2547	S. 698	2598	S. 717
2344	S. 631	2397	S. 651	2448	S. 666	2498	S. 681	2548	S. 698	2599	S. 717
2345	S. 632	2398	S. 651	2449	S. 666	2499	S. 682	2549	S. 698	2600	S. 718
2346	S. 632	2399	S. 652	2450	S. 666	2500	S. 682	2550	S. 698	2601	S. 718
2347	S. 633	2400	S. 652	2451	S. 667	2501	S. 682	2551	S. 699	2602	S. 719
2348	S. 633	2401	S. 652	2452	S. 667	2502	S. 682	2552	S. 699	2603	S. 720
2349	S. 634	2402	S. 653	2453	S. 667	2503	S. 682	2553	S. 699	2604	S. 721
2350	S. 634	2403	S. 654	2454	S. 667	2504	S. 683	2554	S. 699	2605	S. 722
2351	S. 635	2404	S. 654	2455	S. 668	2505	S. 683	2555	S. 700	2606	S. 722
2352	S. 635	2405	S. 655	2456	S. 668	2506	S. 683	2556	S. 700	2607	S. 723
2353	S. 636	2406	S. 655	2457	S. 668	2507	S. 683	2557	S. 700	2608	S. 724
2354	S. 636	2407	S. 656	2458	S. 668	2508	S. 683	2558	S. 700	2609	S. 724
2355	S. 637	2408	S. 656	2459	S. 669	2509	S. 684	2559	S. 701	2610	S. 726
2356	S. 637	2409	S. 656	2460	S. 669	2510	S. 684	2560	S. 701	2611	S. 725

## Urteile 2612–2912

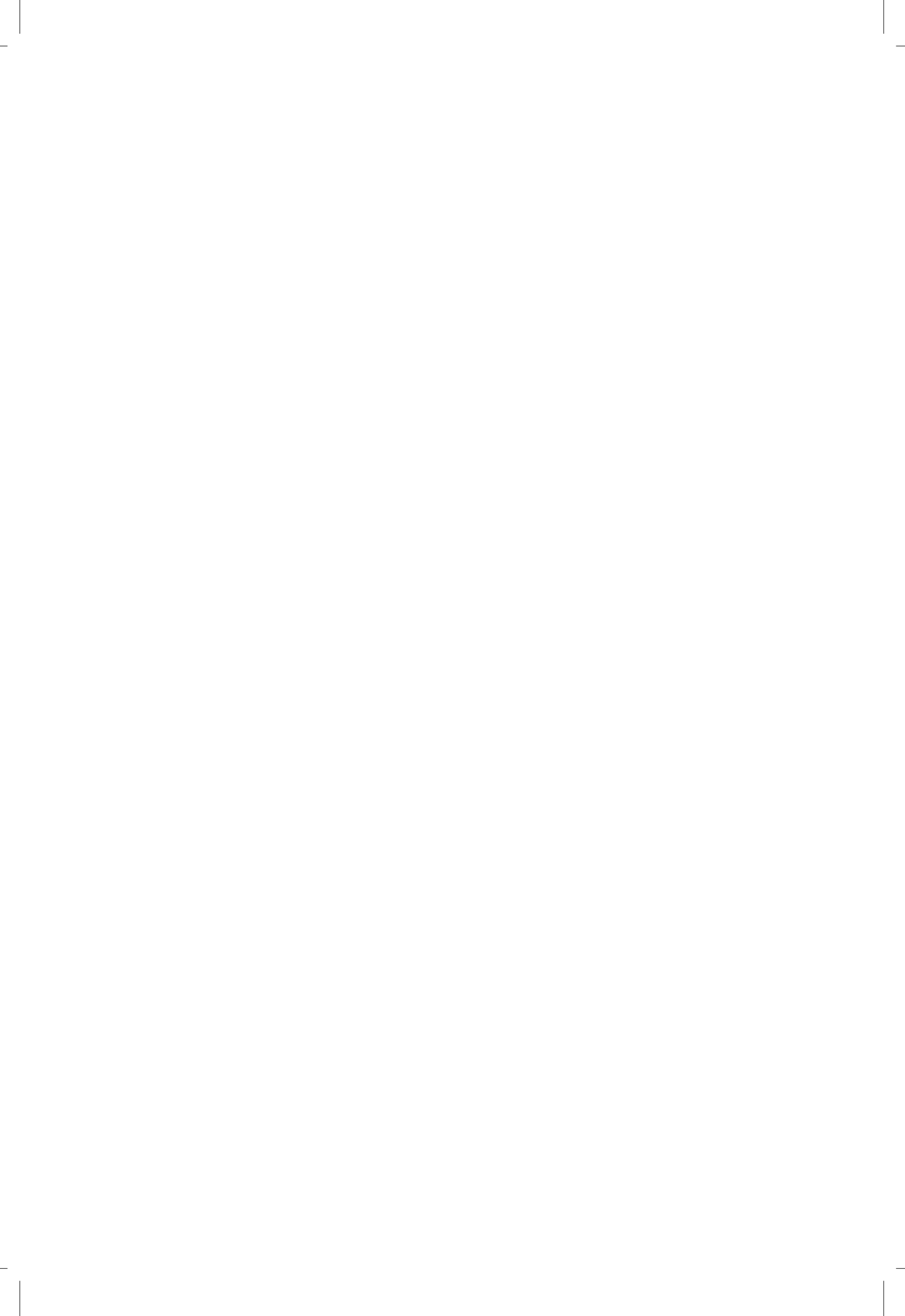
2612	S. 725	2663	S. 740	2713	S. 751	2763	S. 767	2813	S. 790	2863	S. 811
2613	S. 726	2664	S. 740	2714	S. 751	2764	S. 768	2814	S. 790	2864	S. 811
2614	S. 726	2665	S. 741	2715	S. 751	2765	S. 769	2815	S. 791	2865	S. 812
2615	S. 727	2666	S. 741	2716	S. 752	2766	S. 769	2816	S. 791	2866	S. 812
2616	S. 727	2667	S. 741	2717	S. 752	2767	S. 770	2817	S. 791	2867	S. 813
2617	S. 728	2668	S. 741	2718	S. 752	2768	S. 770	2818	S. 792	2868	S. 813
2618	S. 728	2669	S. 741	2719	S. 752	2769	S. 770	2819	S. 792	2869	S. 813
2619	S. 728	2670	S. 742	2720	S. 752	2770	S. 770	2820	S. 792	2870	S. 814
2620	S. 729	2671	S. 742	2721	S. 753	2771	S. 770	2821	S. 793	2871	S. 814
2621	S. 729	2672	S. 742	2722	S. 753	2772	S. 771	2822	S. 793	2872	S. 815
2622	S. 729	2673	S. 742	2723	S. 753	2773	S. 771	2823	S. 793	2873	S. 815
2623	S. 729	2674	S. 742	2724	S. 754	2774	S. 773	2824	S. 794	2874	S. 816
2624	S. 729	2675	S. 742	2725	S. 754	2775	S. 774	2825	S. 794	2875	S. 816
2625	S. 730	2676	S. 743	2726	S. 754	2776	S. 775	2826	S. 795	2876	S. 816
2626	S. 730	2677	S. 743	2727	S. 755	2777	S. 775	2827	S. 795	2877	S. 816
2627	S. 730	2678	S. 743	2728	S. 755	2778	S. 776	2828	S. 795	2878	S. 817
2628	S. 730	2679	S. 743	2729	S. 755	2779	S. 776	2829	S. 795	2879	S. 817
2629	S. 730	2680	S. 743	2730	S. 756	2780	S. 776	2830	S. 796	2880	S. 818
2630	S. 731	2681	S. 743	2731	S. 756	2781	S. 776	2831	S. 797	2881	S. 819
2631	S. 731	2682	S. 743	2732	S. 756	2782	S. 776	2832	S. 797	2882	S. 819
2632	S. 731	2683	S. 744	2733	S. 756	2783	S. 776	2833	S. 797	2883	S. 819
2633	S. 731	2684	S. 744	2734	S. 757	2784	S. 777	2834	S. 797	2884	S. 820
2634	S. 732	2685	S. 744	2735	S. 758	2785	S. 777	2835	S. 798	2885	S. 821
2635	S. 733	2686	S. 744	2736	S. 758	2786	S. 777	2836	S. 798	2886	S. 821
2636	S. 733	2687	S. 745	2737	S. 759	2787	S. 779	2837	S. 799	2887	S. 822
2637	S. 733	2688	S. 745	2738	S. 759	2788	S. 779	2838	S. 799	2888	S. 822
2638	S. 734	2689	S. 745	2739	S. 759	2789	S. 779	2839	S. 800	2889	S. 823
2639	S. 734	2690	S. 746	2740	S. 759	2790	S. 779	2840	S. 801	2890	S. 824
2640	S. 734	2691	S. 746	2741	S. 760	2791	S. 779	2841	S. 802	2891	S. 825
2641	S. 735	2692	S. 746	2742	S. 760	2792	S. 779	2842	S. 803	2892	S. 826
2642	S. 735	2693	S. 746	2743	S. 760	2793	S. 779	2843	S. 803	2893	S. 826
2643	S. 736	2694	S. 747	2744	S. 761	2794	S. 779	2844	S. 803	2894	S. 827
2644	S. 736	2695	S. 747	2745	S. 761	2795	S. 780	2845	S. 803	2895	S. 827
2645	S. 737	2696	S. 747	2746	S. 761	2796	S. 779	2846	S. 804	2896	S. 827
2646	S. 737	2697	S. 748	2747	S. 762	2797	S. 780	2847	S. 804	2897	S. 827
2647	S. 738	2698	S. 748	2748	S. 762	2798	S. 781	2848	S. 805	2898	S. 828
2649	S. 738	2699	S. 748	2749	S. 762	2799	S. 781	2849	S. 805	2899	S. 828
2650	S. 738	2700	S. 748	2750	S. 763	2800	S. 781	2850	S. 806	2900	S. 828
2651	S. 738	2701	S. 749	2751	S. 763	2801	S. 782	2851	S. 806	2901	S. 829
2652	S. 738	2702	S. 749	2752	S. 763	2802	S. 782	2852	S. 806	2902	S. 829
2653	S. 738	2703	S. 749	2753	S. 763	2803	S. 782	2853	S. 806	2903	S. 829
2654	S. 738	2704	S. 749	2754	S. 764	2804	S. 784	2854	S. 807	2904	S. 830
2655	S. 738	2705	S. 749	2755	S. 764	2805	S. 784	2855	S. 807	2905	S. 830
2656	S. 739	2706	S. 750	2756	S. 765	2806	S. 785	2856	S. 808	2906	S. 831
2657	S. 739	2707	S. 750	2757	S. 765	2807	S. 785	2857	S. 808	2907	S. 831
2658	S. 739	2708	S. 750	2758	S. 766	2808	S. 786	2858	S. 809	2908	S. 832
2659	S. 740	2709	S. 750	2759	S. 766	2809	S. 786	2859	S. 809	2909	S. 833
2660	S. 740	2710	S. 750	2760	S. 766	2810	S. 786	2860	S. 809	2910	S. 833
2661	S. 740	2711	S. 751	2761	S. 766	2811	S. 789	2861	S. 810	2911	S. 834
2662	S. 740	2712	S. 751	2762	S. 766	2812	S. 789	2862	S. 810	2912	S. 835

## Urteile 2913–3215

2913	S. 835	2964	S. 865	3014	S. 888	3066	S. 909	3116	S. 927	3166	S. 943
2914	S. 836	2965	S. 866	3015	S. 888	3067	S. 909	3117	S. 927	3167	S. 943
2915	S. 838	2966	S. 868	3016	S. 888	3068	S. 909	3118	S. 927	3168	S. 944
2916	S. 838	2967	S. 868	3017	S. 889	3069	S. 909	3119	S. 928	3169	S. 944
2917	S. 839	2968	S. 869	3018	S. 889	3070	S. 910	3120	S. 928	3170	S. 944
2918	S. 839	2969	S. 869	3019	S. 889	3071	S. 910	3121	S. 928	3171	S. 945
2919	S. 839	2970	S. 869	3020	S. 890	3072	S. 910	3122	S. 928	3172	S. 945
2920	S. 840	2971	S. 870	3021	S. 890	3073	S. 911	3123	S. 928	3173	S. 945
2921	S. 840	2972	S. 871	3022	S. 890	3074	S. 911	3124	S. 928	3174	S. 946
2922	S. 841	2973	S. 872	3023	S. 891	3075	S. 912	3125	S. 929	3175	S. 946
2923	S. 842	2974	S. 873	3024	S. 892	3076	S. 912	3126	S. 929	3176	S. 946
2924	S. 842	2975	S. 873	3025	S. 893	3077	S. 913	3127	S. 929	3177	S. 947
2925	S. 843	2976	S. 874	3026	S. 893	3078	S. 913	3128	S. 929	3178	S. 947
2926	S. 843	2977	S. 875	3027	S. 894	3079	S. 913	3129	S. 930	3179	S. 947
2927	S. 844	2978	S. 876	3028	S. 895	3080	S. 914	3130	S. 930	3180	S. 948
2928	S. 845	2979	S. 876	3029	S. 896	3081	S. 914	3131	S. 930	3181	S. 948
2929	S. 845	2980	S. 877	3030	S. 896	3082	S. 914	3132	S. 931	3182	S. 948
2930	S. 846	2981	S. 877	3031	S. 897	3083	S. 915	3133	S. 931	3183	S. 949
2931	S. 846	2982	S. 878	3032	S. 897	3084	S. 915	3134	S. 931	3184	S. 949
2932	S. 847	2983	S. 879	3033	S. 897	3085	S. 915	3135	S. 931	3185	S. 949
2933	S. 847	2984	S. 880	3034	S. 897	3086	S. 916	3136	S. 932	3186	S. 950
2934	S. 848	2985	S. 880	3035	S. 898	3087	S. 917	3137	S. 932	3187	S. 950
2935	S. 848	2986	S. 880	3036	S. 898	3088	S. 917	3138	S. 933	3188	S. 950
2936	S. 848	2987	S. 880	3037	S. 898	3089	S. 918	3139	S. 933	3189	S. 950
2937	S. 849	2988	S. 881	3038	S. 898	3090	S. 919	3140	S. 933	3190	S. 951
2938	S. 850	2989	S. 881	3039	S. 899	3091	S. 919	3141	S. 933	3191	S. 951
2939	S. 850	2990	S. 881	3040	S. 900	3092	S. 919	3142	S. 934	3192	S. 951
2940	S. 851	2991	S. 881	3041	S. 901	3093	S. 920	3143	S. 934	3193	S. 952
2941	S. 851	2992	S. 881	3042	S. 902	3094	S. 920	3144	S. 934	3194	S. 952
2942	S. 852	2993	S. 882	3043	S. 902	3095	S. 920	3145	S. 935	3195	S. 952
2943	S. 852	2994	S. 882	3044	S. 902	3096	S. 921	3146	S. 935	3196	S. 952
2944	S. 853	2995	S. 882	3045	S. 903	3097	S. 922	3147	S. 936	3197	S. 952
2945	S. 853	2996	S. 883	3046	S. 903	3098	S. 923	3148	S. 936	3198	S. 953
2946	S. 854	2997	S. 883	3047	S. 903	3099	S. 923	3149	S. 936	3199	S. 953
2947	S. 854	2998	S. 883	3048	S. 903	3100	S. 924	3150	S. 937	3200	S. 953
2948	S. 855	2999	S. 884	3050	S. 904	3101	S. 924	3151	S. 937	3201	S. 953
2949	S. 855	3000	S. 884	3051	S. 904	3102	S. 924	3152	S. 938	3202	S. 953
2950	S. 855	3001	S. 884	3053	S. 904	3103	S. 924	3153	S. 939	3203	S. 954
2951	S. 856	3002	S. 885	3054	S. 904	3104	S. 925	3154	S. 939	3204	S. 954
2952	S. 857	3003	S. 885	3055	S. 905	3105	S. 925	3155	S. 939	3205	S. 954
2953	S. 857	3004	S. 885	3056	S. 905	3106	S. 925	3156	S. 939	3206	S. 954
2954	S. 858	3005	S. 885	3057	S. 906	3107	S. 925	3157	S. 939	3207	S. 954
2955	S. 859	3006	S. 886	3058	S. 906	3108	S. 925	3158	S. 939	3208	S. 954
2956	S. 860	3007	S. 886	3059	S. 906	3109	S. 925	3159	S. 940	3209	S. 954
2957	S. 861	3008	S. 886	3060	S. 907	3110	S. 926	3160	S. 940	3210	S. 955
2958	S. 862	3009	S. 886	3061	S. 907	3111	S. 926	3161	S. 940	3211	S. 955
2959	S. 863	3010	S. 887	3062	S. 907	3112	S. 926	3162	S. 941	3212	S. 955
2960	S. 863	3011	S. 887	3063	S. 908	3113	S. 926	3163	S. 941	3213	S. 955
2962	S. 864	3012	S. 887	3064	S. 908	3114	S. 926	3164	S. 942	3214	S. 955
2963	S. 864	3013	S. 888	3065	S. 908	3115	S. 927	3165	S. 942	3215	S. 956

**Urteile 3216–3463**

3216	S. 956	3258	S. 879	3300	S. 67	3343	S. 72	3385	S. 782	3427	S. 538
3217	S. 957	3259	S. 773	3301	S. 80	3344	S. 128	3386	S. 791	3428	S. 723
3218	S. 957	3260	S. 107	3302	S. 296	3345	S. 161	3387	S. 772	3429	S. 653
3219	S. 958	3261	S. 169	3303	S. 670	3346	S. 109	3388	S. 487	3430	S. 357
3220	S. 958	3262	S. 455	3304	S. 218	3347	S. 273	3389	S. 60	3431	S. 867
3221	S. 958	3263	S. 480	3305	S. 546	3348	S. 130	3390	S. 544	3432	S. 272
3222	S. 958	3264	S. 476	3306	S. 777	3349	S. 436	3391	S. 243	3433	S. 475
3223	S. 959	3265	S. 89	3307	S. 260	3350	S. 773	3392	S. 636	3434	S. 240
3224	S. 959	3266	S. 796	3308	S. 138	3351	S. 703	3393	S. 471	3435	S. 900
3225	S. 959	3267	S. 790	3309	S. 270	3352	S. 449	3394	S. 471	3436	S. 788
3226	S. 959	3268	S. 50	3310	S. 79	3353	S. 778	3395	S. 173	3437	S. 544
3227	S. 959	3269	S. 293	3311	S. 882	3354	S. 461	3396	S. 563	3438	S. 446
3228	S. 960	3270	S. 715	3312	S. 74	3355	S. 778	3397	S. 818	3439	S. 774
3229	S. 960	3271	S. 914	3313	S. 110	3356	S. 187	3398	S. 747	3440	S. 589
3230	S. 960	3272	S. 466	3314	S. 921	3357	S. 432	3399	S. 860	3441	S. 772
3231	S. 960	3273	S. 181	3315	S. 820	3358	S. 869	3400	S. 689	3442	S. 490
3232	S. 961	3274	S. 850	3316	S. 98	3359	S. 486	3401	S. 381	3443	S. 331
3233	S. 961	3275	S. 215	3317	S. 71	3360	S. 786	3402	S. 213	3444	S. 182
3234	S. 961	3276	S. 235	3318	S. 466	3361	S. 261	3403	S. 96	3445	S. 802
3235	S. 961	3277	S. 707	3319	S. 321	3362	S. 780	3404	S. 281	3446	S. 263
3236	S. 961	3278	S. 519	3320	S. 267	3363	S. 775	3405	S. 377	3447	S. 57
3237	S. 962	3279	S. 196	3322	S. 464	3364	S. 785	3406	S. 191	3448	S. 538
3238	S. 962	3280	S. 74	3323	S. 465	3365	S. 254	3407	S. 501	3449	S. 351
3239	S. 962	3281	S. 460	3324	S. 116	3366	S. 67	3408	S. 438	3450	S. 47
3240	S. 962	3282	S. 424	3325	S. 812	3367	S. 448	3409	S. 467	3451	S. 569
3241	S. 963	3283	S. 468	3326	S. 775	3368	S. 901	3410	S. 158	3452	S. 572
3242	S. 963	3284	S. 241	3327	S. 421	3369	S. 81	3411	S. 374	3453	S. 281
3243	S. 963	3285	S. 369	3328	S. 635	3370	S. 767	3412	S. 461	3454	S. 158
3244	S. 964	3286	S. 473	3329	S. 420	3371	S. 837	3413	S. 217	3455	S. 223
3245	S. 964	3287	S. 851	3330	S. 819	3372	S. 770	3414	S. 858	3456	S. 881
3246	S. 964	3288	S. 57	3331	S. 443	3373	S. 610	3415	S. 433	3457	S. 175
3247	S. 964	3289	S. 473	3332	S. 485	3374	S. 489	3416	S. 366	3458	S. 922
3248	S. 965	3290	S. 241	3333	S. 918	3375	S. 63	3417	S. 62	3459	S. 775
3249	S. 965	3291	S. 457	3334	S. 490	3376	S. 355	3418	S. 440	3460	S. 586
3250	S. 965	3292	S. 457	3335	S. 500	3377	S. 911	3419	S. 787	3461	S. 849
3251	S. 966	3293	S. 182	3336	S. 456	3378	S. 199	3420	S. 690	3462	S. 897
3252	S. 967	3294	S. 178	3337	S. 456	3379	S. 133	3421	S. 152	3463	S. 171
3253	S. 967	3295	S. 117	3338	S. 922	3380	S. 415	3422	S. 814		
3254	S. 968	3296	S. 105	3339	S. 844	3381	S. 611	3423	S. 878		
3255	S. 968	3297	S. 929	3340	S. 783	3382	S. 320	3424	S. 794		
3256	S. 356	3298	S. 73	3341	S. 429	3383	S. 793	3425	S. 59		
3257	S. 796	3299	S. 338	3342	S. 73	3384	S. 319	3426	S. 456		



# I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung

In dieser Zusammenstellung wird im Allgemeinen das volle Schmerzensgeld genannt.

**Mitverschulden:** Wurde es jedoch wegen Mitverschuldens des Verletzten oder wegen Anrechnung der Betriebsgefahr gekürzt, so enthält die vorletzte Spalte „Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgeblich waren“ einen entsprechenden Hinweis. Außerdem wurde in der zweiten Spalte „Betrag“ das Zeichen ● als Hinweis angebracht.

**Schmerzensgeldanpassung:** Das ausgeurteilte Schmerzensgeld kann nur eine Bewertungshilfe für einen Entschädigungsanspruch sein. Ggf. ist der Zeitablauf seit Entscheidung zu berücksichtigen. Der in Klammern (*Anp.2024*) angegebene Betrag ist mit Hilfe des Verbraucherpreisindex auf die aktuelle Ausgabe der SchmerzensgeldBeträge indiziert worden (vgl. ausführlich hierzu Seite 17).

Nr.	Betrag DM Euro ( <i>Anp.2024</i> )	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Verletzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
-----	------------------------------------	------------	---	-----------------------	--------------	--	---

## Arm

Weitere Urteile zur Rubrik »Arm« siehe auch:

bis € 5000: 2687 (S. 745)

ab € 25 000: 2329 (S. 625), 2345 (S. 632)

## Arm - Amputation

3450	€ 12 000 + immat. Vorbehalt	Armamputation	Zunächst mehrfache Operationen zur Erhaltung des Arms, der schließlich nach einem nicht rechtzeitig erkannten Gefäßverschluss amputiert werden musste	Frau	Verlust eines Arms	Die Klägerin hat durch die Amputation ihren rechten Arm verloren. Dieser Verlust hat nach Überzeugung des Senats erhebliche Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der noch jungen Klägerin, die sie das ganze Leben begleiten werden. Allerdings kann hier nicht von der Amputation eines gesunden Armes ausgegangen werden. Bereits durch das Unfallgeschehen und im Ergebnis des ersten Versuchs einer Rettung des Armes war der Arm schwerstgeschädigt und hat Merkmale einer subtotalen Amputation aufgewiesen. Damit hat ein nicht mehr heilbarer Arm vorgelegen, der auch bei durchgehend korrektem ärztlichen Handeln in seinem Zustand einer „Bioprothese“ gleichzusetzen wäre. Für das Schmerzensgeld relevant bleibt mithin allein die kosmetische Beeinträchtigung durch den Verlust des Armes statt eines funktionslosen Armes	Brandenburgisches OLG 16.5.2024 12 U 139/23 juris
1	80 000 € 40 000 + immat. Vorbehalt (€ 60 353)	Amputation des rechten Unterarms auf Grund einer unzureichenden Primärversorgung einer Schnittwunde an der Beugeseite (Beugesehne) des rechten distalen Unterarms, die zu einem posttraumatischen Kompartiment-Syndrom geführt hat		44-jähr. Versicherungsvertreter	Verlust des rechten Unterarms; Erwerbsunfähigkeitsrente	Grober ärztlicher Behandlungsfehler; Kläger litt 2 ½ Jahre unter Schmerzen, mehrere operative Eingriffe, dann Amputation des rechten Unterarms erforderlich	Saarländisches OLG 28.1.2004 1 U 45/02-10 RAe Meinecke & Meinecke, Köln



Nr.	Betrag DM Euro (Anp.2024)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Ver- letzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
<b>Fortsetzung von »Arm - Amputation«</b>							
2	€ 50 000 + immat. Vorbehalt (€ 62 073)	Amputation des rechten Unterarmes wegen verspäteten Erkennens eines Kompartmentsyndroms	Umfangreiche Krankenhausbehandlung, die schließlich zur Amputation mit Wundheilungsstörungen führte. Daraus resultierte ein ca. 10-tägiger Krankenhausaufenthalt, bei dem eine operative Nachresektion des distalen Radiusendes, eine Neurolyse des Nervus ulnaris und eine Neuromexstirpation erfolgten. Ein weiterer Krankenhausaufenthalt wurde erforderlich, um eine neoelektrische Unterarmprothese anzupassen, eine schmerztherapeutische Konsiliarbehandlung und eine neurologische Konsiliarbehandlung durchzuführen. Daneben sind fortlaufende ambulante Vorstellungen zur Kontrolle notwendig	48-jähr. Mann	Phantomschmerzen und sonstige zeitweilige Beschwerden am Armstumpf	Bei der Ermittlung des konkreten Schmerzensgeldes hat der Senat die unter d. ausgeführten Umstände und bislang eingetretenen Nachteile berücksichtigt. Insbesondere fällt aber ins Gewicht, dass der 1963 geborene Kläger vorhersehbar lebenslang mit den aus der Amputation resultierenden Beeinträchtigungen wird leben müssen. Der Senat befindet sich bei der Bemessung des Schmerzensgeldes auch im Rahmen dessen, was andere Gerichte ausgeurteilt haben (vgl. OLG Saarbrücken, Urt. v. 28.1.2004 – 1 U 45/02-10)	OLG Hamm 13.6.2017 26 U 59/16 juris
3	120 000 € 60 000 (€ 101 239)	Totale Oberarmamputation rechts; Dünndarmperforation; Rückenfrakturen	Über 4 Monate stationär; 5 Operationen; immer noch arbeitsunfähig	52-jähr. Rentner	Vermutlich MdE: 100%	Beim Kläger hat sich ein ausgeprägtes depressives Syndrom entwickelt. Darüber hinaus ist er gezwungen, andauernd Medikamente zu nehmen, um die Phantomschmerzen halbwegs erträglich zu gestalten. Der Senat, im Berufungsverfahren vor dem OLG München, wies darauf hin, dass es gerade die psychischen Folgen gebieten, hier vom Normalfall abzuweichen. Der Senat hält ein Schmerzensgeld von DM 120 000 (€ 60 000) für angemessen. Daraufhin wurde ein entsprechender Vergleich geschlossen	OLG München 2.6.1995 10 U 2259/95 RA Truxa, Haag
4	135 000 ● € 67 500 + immat. Vorbehalt (€ 117 536)	Amputation des linken Arms im Schultergelenk, Bruch des linken Ober- und Unterschenkels mit Verlust der linken Knie- scheibe und einer Zerstörung des Streckapparats des linken Kniegelenks	Nahezu 4 Monate Krankenhaus, die ersten 3 Wochen Intensivstation (Lebensgefahr)	29-jähr. Programmierer	Beinverkürzung links um 3,4 cm, starke Bewegungseinschränkung im linken Kniegelenk und oberen Sprunggelenk; 100% schwerstbehindert, MdE: 90%	10% Mitverschulden; die physischen und psychischen Beeinträchtigungen (z. B. Verhinderung beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und sportlicher Betätigungen) sind schmerzensgeld erhöhend, ebenso die Tatsache, dass die Beklagten nicht einmal eine Abschlagszahlung geleistet haben	OLG Frankfurt am Main 19.1.1994 7 U 189/92 zfs 1994, 82

Nr.	Betrag DM Euro (Anp.2024)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Verletzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
<b>Fortsetzung von »Arm - Amputation«</b>							
5	€ 75 000 + immat. Vorbehalt (€ 101 871)	Ausriss des linken Arms mit Öffnung der linksseitigen Achselregion, Wundheilungsstörung, Schädelhirntrauma 1. Grades mit Kopfplatzwunde, Thoraxtrauma, Hämatothorax links, Fraktur der linken Großzehe	7 Tage Intensivstation, anschließend 96 Tage stationärer Aufenthalt, anschließend weitere 6 Monate Reha, insgesamt 9 ½ Monate AU zu 100%	Mann, CNC-Dreher	MdE 80%; Verlust des linken Arms mit kurzem Oberarmstumpf, Lähmung der Schultermuskulatur links, verschiedene Narben am Körper, Sensibilitätsverlust der linken Oberarmspitze, deutliche Schmerzüberempfindlichkeit; Kläger leidet zudem unter starken psychischen sowie sozialen Einschränkungen	Für den Kläger bestand Lebensgefahr; er muss infolge des Armverlustes mit massiven Einschränkungen im beruflichen und privaten Bereich leben	LG Lübeck 9.7.2010 9 O 265/09 RA Klotmann, Hamburg
6	€ 85 000 (€ 118 132)	Amputation des linken Unterarmes nach dreigradig offener Unterarmfraktur links mit schwerstem Decollement im Handbereich und Radiusluxation links; Schädelkontusion mit frontaler Kopfplatzwunde, Verletzung der Ohrmuschel links, stumpfes Bauchtrauma mit zentraler Milzruptur und kapulärem hilusseitigem Hämatom sowie subkapulärem Nierenhämatom links	5 Wochen Krankenhaus, anschließend 2 Monate stationäre Reha-Maßnahme, 3 Jahre danach nochmals 3 Wochen stationär	60-jähr. Hausfrau	MdE: 100%	Schmerztherapie wegen starker Schmerzen am Amputationsstumpf sowie Phantomschmerzen, begleitet von psychologischer Betreuung; Wundheilungsstörungen am Unterarmstumpf verbunden mit täglicher Wundbehandlung; die Klägerin wird weiterhin psychologisch betreut und medikamentös behandelt. Die Klägerin war Linkshänderin. Der Stumpf kann nicht mit einer myoelektrischen Prothese versorgt werden, lediglich Schmuckprothese. Sie leidet an schweren Depressionen. Ihr Erscheinungsbild ist beeinträchtigt durch die Unterarmprothese, Narbe nach Stirn- und Kopfplatzwunde sowie narbig verheilte Ohrmuschelverletzung. Die Klägerin ist nicht in der Lage, ihren Haushalt zu organisieren und ist ständig auf fremde Hilfe angewiesen	Thüringer OLG 20.2.2008 4 U 903/06 RAe Röscher & Junkert, Bamberg
<b>Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente</b>							
7	€ 70 000 und € 200 Rente monatlich ab 1.12.2000 (€ 104 303)	Abriss des rechten Arms, Ausriss des oberen Plexus brachialis und vena subclavia, Ausriss des Schlüsselbein- und Schulterblattgelenks, Fraktur Ober- und Unterschenkel, Ruptur des hinteren Kreuzbandes am rechten Knie	4 Monate stationäre Behandlung mit mehreren Operationen	17-jähr. Schüler	Funktions-, Kraft- und Gefühlsverlust des rechten Schultergelenks und des rechten Arms, Instabilität des rechten Kniegelenks; MdE: 80%	Kläger musste die 11. Schulklasse wiederholen	OLG Celle 7.10.2004 14 U 27/04 SP 2004, 407